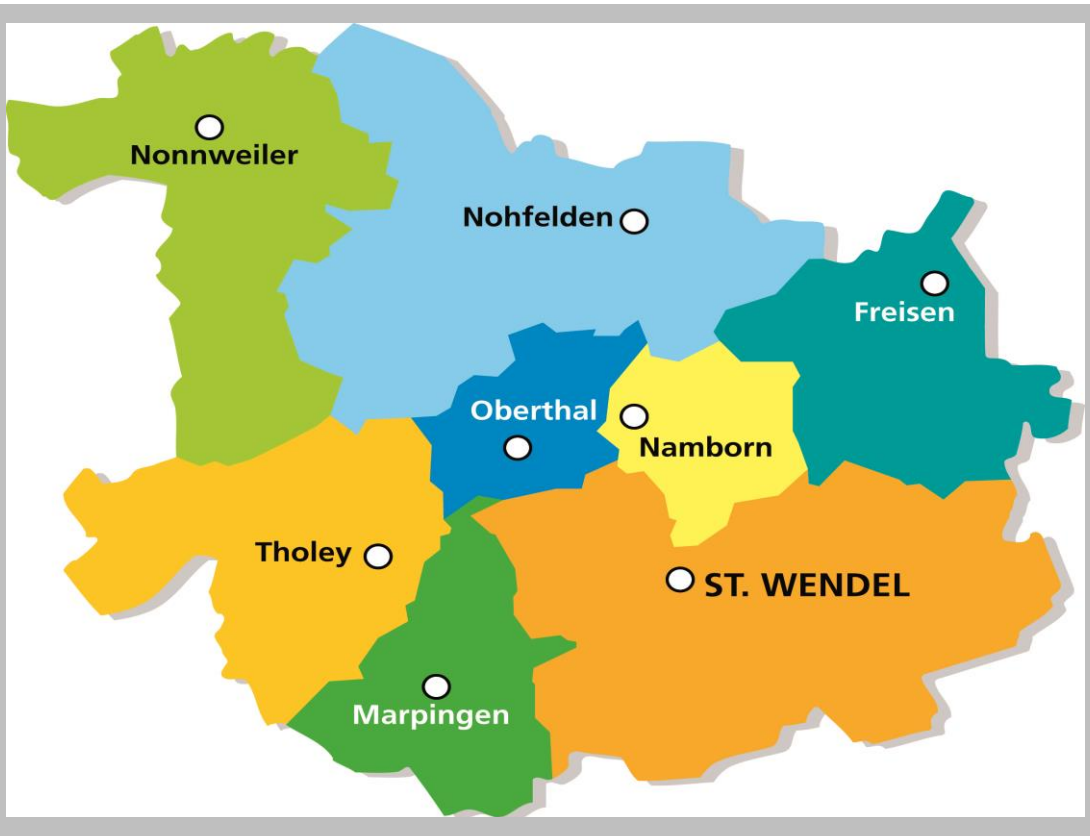


Stephan Baas & Heinz Müller

ANLAUFSTELLEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN IM LANDKREIS ST. WENDEL

Abschlussbericht zur Konzeptentwicklung auf kommunaler Ebene im Rahmen des Bundesmodellprogramms “Anlaufstellen für ältere Menschen“ im Auftrag des Landkreises St. Wendel und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Stephan Baas & Heinz Müller

ANLAUFSTELLEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN IM LANDKREIS ST. WENDEL

Abschlussbericht zur Konzeptentwicklung auf kommunaler Ebene im Rahmen des Bundesmodellprogramms "Anlaufstellen für ältere Menschen“ im Auftrag des Landkreises St. Wendel und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Mainz und St. Wendel 2015

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism).
Flachsmarktstraße 9, 55116 Mainz

www.ism-mainz.de
Stephan Baas 06131/240 41-13 stephan.baas@ism-mainz.de

Gliederung

1. EINLEITUNG 6

2. THEORIE UND WEITERE GRUNDLEGUNG 8

2.1 THEORETISCHE GRUNDLAGEN 8
2.1.1 Modell der Selektiven Optimierung mit Kompensation 8
2.1.2 Vier Dimensionen der Lebensqualität nach Lawton 9
2.1.3 Rahmenmodell zum Person-Umwelt-Austausch 12
2.2 DEMOGRAFISCHER WANDEL, GENERATIONENBEZIEHUNGEN UND WOHNWÜNSCHE 14
2.3 EHRENAMT UND GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT IM SAARLAND 17
2.4 VON DER WOHNUNG ZUM QUARTIER 19
2.5 KOMMUNALE ALTENHILFEPLANUNG UND ERWARTUNGEN AN GESELLSCHAFTLICHE (KOMMUNALE) AKTEURE 21

3. ZIELE DES KONZEPTES 24

3.1 ALTENHILFEPLANUNG ALS NETZWERKPLANUNG IM QUARTIER 24
3.2 LANGFRISTIGE ZIELE 26
3.2.1 langfristiges Ziel 1: Beförderung von Generationensolidarität 26
3.2.2 langfristiges Ziel 2: Sorgende Gemeinschaften, neue Subsidiarität und Ehrenamt 28
3.2.3 langfristiges Ziel 3: Partizipation 29
3.2.4 langfristiges Ziel 4: Verstetigung sichern 31

4. AUFGABEN UND HANDLUNGSSCHRITTE 32

4.1 NOTWENDIGE STRUKTUREN IM QUARTIER 38
4.2 QUARTIERE IDENTIFIZIEREN 44
4.3 ANALYSE DES QUARTIERS 47
4.4 FÖRDERUNG VON BEGEGNUNGSMÖGLICHKEITEN UND GELEGENHEITSSTRUKTUREN 53
4.5 VERNETZUNG DER AKTEURE IM QUARTIER 59
4.6 BERATUNG IM QUARTIER 61

5. AUSBLICK UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN 63

LITERATUR 71

ABBILDUNGSVERZEICHNIS 75

ANHANG 76

1. Einleitung

Der **demografische Wandel** wird in der öffentlichen Diskussion häufig auf **drei Aspekte** reduziert: **Zum einen** werden die deutlichen Auswirkungen auf die Bevölkerungs- und Altersstruktur in den Kommunen und Regionen Deutschlands diskutiert und beispielsweise davon ausgegangen, dass ländliche Regionen besonders stark betroffen sind und schon in wenigen Jahren ganze Landstriche von dramatischen Veränderungen betroffen sein werden. **Zum zweiten** wird auf die Auswirkungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme hingewiesen: Diskutiert wird beispielsweise, ob die demografischen Veränderungen die Grundlage des Generationenvertrags in Renten- und Pflegeversicherung in Frage stellen und wir auf einen "Krieg der Generationen" zusteuern**. Schließlich** wird der demografische Wandel nicht selten auf eine zu erwartende Zunahme an Pflegebedürftigkeit reduziert - ausgehend von rund 2,5 Millionen Pflegebedürftigen (Stand Dezember 2011) wird schon für die nahe Zukunft ein Pflegekollaps befürchtet und darüber hinaus die Frage gestellt, wer eigentlich in wenigen Jahren pflegebedürftige ältere Menschen versorgen soll.

Kurz: Die Themen "demografischer Wandel", oder "ältere Menschen" werden sehr häufig mit gesamtgesellschaftlichen Belastungen gleichgesetzt. Das gilt - aus individueller Perspektive - auch für die Themen "Alter" und "Älterwerden": Beides wird häufig mit Abbau von Kompetenzen und körperlichen Fähigkeiten, Krankheit und schließlich Pflegebedürftigkeit gleichgesetzt - auch hier finden sich eine Vielzahl von eher pessimistischen Einschätzungen.

Einer detaillierten Analyse halten die hier nur angedeuteten Vorannahmen aber nicht stand. So weist Andreas Kruse zu Recht auf die (individuellen wie gesamtgesellschaftlichen) Potenziale des Alters hin und bezeichnet seine Streitschrift "Alternde Gesellschaft - eine Bedrohung?" ausdrücklich als Gegenentwurf zur angedeuteten Diskussion. So sollte der demografische Wandel neben seinen unbestreitbaren Auswirkungen auf Bevölkerungs- und Altersstruktur nicht losgelöst von den Veränderungen im Bereich der (familialen und nichtfamilialen) Lebensformen betrachtet werden. Fachliche Diskussionen und praktische Beispiele weisen darauf hin, dass zwischen den Generationen neue Formen der intra- und intergenerationellen Solidarität notwendig sind und bereits erprobt werden - dies zeigt etwa die Diskussion um die "sorgenden Gemeinschaften" oder "neuen Nachbarschaften".

Vor diesem Hintergrund ist auch das Leitziel des vorliegenden Konzepts "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" zu verstehen.

"Ein überschaubares lokales Hilfenetz aus professionellen und nicht-professionellen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Wohnviertel, Dorf oder Stadtteil stellt sicher, dass ältere Menschen ab 60 Jahre mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen auch bei Hilfe- oder Pflegebedarf - solange wie möglich - und unter Erhalt größtmöglicher persönlicher Zufriedenheit und Lebensqualität selbstbestimmt Zuhause leben können" (Projektskizze Landkreis St. Wendel 2014).

Mit diesem Konzept soll ein Teil der strukturellen Voraussetzungen zur Erreichung dieses Ziels geschaffen werden. Dabei folgt das Leitziel **zwei wesentlichen Erkenntnissen der**

gerontologischen Forschung: Ältere Menschen wollen solange wie möglich in ihrer vertrauten Wohnung bzw. ihrem Haus in der bekannten räumlichen und sozialen Umwelt - ihrem Quartier - wohnen bleiben, auch wenn dieses Quartier nicht in jeder Hinsicht eine optimale Umwelt darstellt.

Konkret geht es um die Entwicklung eines Konzepts, das mit einem kleinräumigen, quartiersbezogenen und bedürfnisgerechten Ansatz an der untersten Stufe der Versorgungskette, bei den Familien und Menschen im Dorf, im Wohnquartier, in der Nachbarschaft mit folgender Zielrichtung ansetzt:

- Schaffung alten- und bedürfnisgerechter Hilfe- und Unterstützer-Arrangements im Dorf
- Aktivierung und Erhalt quartierbezogener Netz- und Hilfewerke
- Förderung der sozialen Teilhabe
- Stärkung der sozialen Infrastruktur und der Solidarität zwischen den Generationen
- Entwicklung eines "Hilfe-Netzwerkes“ für ältere Menschen, die aus dem Dorf heraus für das Dorf und seine Bewohner organisiert wird und das es grundsätzlich erlaubt, so lange wie möglich im gewohnten Umfeld zu verbleiben
- Im Hinblick auf die demografischen Entwicklung soll zudem einer Entleerung des ländliches Raumes durch verstärkte Kooperationen (etwa zwischen den Gemeinden, zwischen Altenhilfeträgern, zwischen Nachbarn) entgegengewirkt werden.

Die Konzeptentwicklung erfolgt im Rahmen des Bundesmodellprogramms "Anlaufstellen für ältere Menschen" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und wurde im Jahr 2014 vom Landkreis St. Wendel an das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism gGmbH) vergeben. Die Konzeptentwicklung wurde vom ism gGmbH im Zeitraum April bis Dezember 2014 in Abstimmung mit und unter Federführung des Landkreises St. Wendel durchgeführt. Als Modellstandort für die geplanten empirischen Arbeiten wurde die Gemeinde Tholey ausgewählt.

Das vorliegende Konzept gliedert sich in **vier Abschnitte: im ersten Teil** werden die notwendigen theoretischen und weiteren Grundlegungen im Überblick skizziert. **Im zweiten Teil** werden dann generelle und eher langfristige Ziele dargestellt, die mit der Umsetzung des Konzepts verbunden sind. Im Hauptteil des Konzepts, im **dritten Abschnitt**, werden auf der Grundlage der empirischen Erkenntnisse am Modellstandort Tholey konkrete Aufgaben und Handlungsschritte zusammengestellt, die für die Schaffung einer "Anlaufstelle für ältere Menschen" notwendig sind und im Zuge der Quartiersentwicklung Beachtung finden sollten. Im abschließenden **vierten Abschnitt** erfolgt eine Zusammenfassung des vorliegenden Berichts.

Bedanken möchten wir uns an dieser Stelle insbesondere beim Bürgermeister der Gemeinde Tholey, Herrn Herrmann Josef Schmidt und der Jugend- und Generationenbeauftragten der Gemeinde Tholey, Frau Ines Ney für ihre Unterstützung vor Ort in der Gemeinde Tholey. Unser Dank gilt auch Herrn Klaus Lauck vom Seniorenbüro des Landkreises St. Wendel für die wertvollen Hinweise zur Erstellung des vorliegenden Berichts.

2. Theorie und weitere Grundlegung

Im folgenden Abschnitt werden die für das Konzept relevanten Grundlagen im Überblick dargestellt. Dazu gehört zunächst einmal ein theoretisches Modell, welches insbesondere die Verbindungen zwischen dem einzelnen Individuum und der ihn umgebenden Umwelt in den Blick nimmt. Dies ist u.a. notwendig, um dann die im folgenden Abschnitt dargestellten Wohnwünsche älterer Menschen nachvollziehen zu können. Im dritten Abschnitt erfolgt dann eine Annäherung an den Begriff des Quartiers, der im Rahmen der Konzepterstellung für die "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" eine wichtige Bedeutung einnimmt, bevor dann im vierten Abschnitt eine kurze Darstellung der Grundlagen der kommunalen Altenhilfeplanung erfolgt.

2.1 Theoretische Grundlagen

Aus der weithin bekannten Definition der Gerontologie, die vor über zwei Jahrzenten von Paul und Margaret Baltes vorgeschlagen wurde, ergibt sich mehr oder weniger automatisch die folgende kurze Abhandlung wichtiger Theorien, die der Konzepterstellung vorangestellt werden soll: "Gerontologie beschäftigt sich mit der Beschreibung, Erklärung und Modifikation von körperlichen, psychischen, sozialen, historischen und kulturellen Aspekten des Alterns und des Alters, einschließlich der Analyse von alternsrelevanten und alterskonstituierenden Umwelten und sozialen Institutionen" (Baltes & Baltes 1992: 8). Ein theoretischer Baustein entstammt aus Konzepten, die sich auf individueller Ebene mit Entwicklungsprozessen im Lebenslauf beschäftigen. Der zweite Baustein thematisiert die möglicherweise wichtigste Zielvariable in diesem (lebenslangen) Entwicklungsprozess - die Lebensqualität. Der dritte Baustein setzt beides - ganz im Sinne der Definition von Baltes und Baltes - in den Kontext der Umwelt.

2.1.1 Modell der Selektiven Optimierung mit Kompensation

Paul und Margaret Baltes haben eine Entwicklung im Lebensverlauf skizziert, die von Gewinnen und Verlusten geprägt ist. Besonders im Alter ist diese Entwicklung durch eine wachsende negativ-Bilanz geprägt, vor allem im Bereich körperlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten, aber auch in Bezug auf psychische oder soziale Aspekte. Damit stellt sich aber auch die Frage, welche Strategien ältere Menschen im Umgang mit diesen Verlusten anwenden. Ihre Überlegungen basieren auf der Annahme, dass sich "auch im Alter dem Menschen die Möglichkeit [bietet] - unter sich verändernden persönlichen Rahmenbedingungen und sozialen, räumlichen und strukturellen Kontexten - sein Leben aktiv zu gestalten und regulativ auf die … Herausforderungen des Alterns zu reagieren" (Martin & Kliegel 2005: 60). Baltes und Baltes beschreiben drei fundamentale Anpassungsprozesse, mit deren Hilfe ein stabiles Funktionsniveau, ein positives Selbstbild und vor allem ein hohes subjektives Wohlbefinden aufrechterhalten werden soll:

- **Selektion** bedeutet in diesem Zusammenhang die Konzentration auf bestimmte ausgewählte Lebensbereiche oder Ziele. Selektion kann bei Verlusten auch darin bestehen, dass Ziele neu bestimmt oder umformuliert werden und damit selbst gewählte Standards angepasst werden.
- **Optimierung** beinhaltet dagegen "das (Neu-)Erwerben und /oder Verbessern von Mitteln, Ressourcen und Handlungsweisen […,] die zielrelevant sind und helfen, die selegierten Ziele zu erreichen. Konkret geht es hierbei neben dem Erwerb neuer Fertigkeiten um Prozesse wie eine verstärkte Aufmerksamkeit aus etwas zu richten, sich mehr anzu-

strengen, mehr zu üben, mehr Zeit zu investieren, sich selbst zu motivieren, aber auch darum, sich - notfalls - externe Hilfe zu Nutze zu machen" (Martin & Kliegel 2005: 61).
- **Kompensation** bezeichnet dagegen die bewusste oder unbewusste Reaktion auf Verluste mit dem Ziel, den gewohnten Funktionsstand wiederherzustellen oder aufrechtzuerhalten. Gelingt es also nicht mehr, durch Optimierung von Mitteln, Ressourcen oder Handlungsweisen das gesetzte Ziel zu erreichen, kann es also beispielsweise notwendig werden, durch Hinzuziehung von externen Hilfen die alltäglichen Lebensvollzüge aufrechtzuerhalten.

Dieses Modell - auf Grund der drei Anpassungsprozesse auch SOK-Modell genannt - ist hilfreich, um (individuelle und kognitive) Anpassungsprozesse insbesondere im höheren Alter nachvollziehen zu können, kritisch kann allerdings die Vernachlässigung sozialstruktureller Rahmenbedingungen gesehen werden: "Die individuelle Gestaltungskraft des einzelnen Älteren wird überbetont, während eher nach gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten und Angeboten gesucht werden sollte, die es dem einzelnen erlauben, die ihm gemäße Form des Alters zu finden" (Backes & Clemens 2008: 183). Zunächst einmal aber soll kurz der Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung das sog. subjektive Wohlbefinden hat.

Der Blick auf die zugrunde liegende Forschung macht zunächst einmal deutlich, dass es sich beim subjektiven Wohlbefinden oder der Lebenszufriedenheit um ein Konstrukt handelt, das Teil eines größeren Konstruktes ist. Als übergeordnetes Konstrukt wird an dieser Stelle häufig der Begriff "Lebensqualität“ verwendet (etwa Zapf 1984; Veenhoven 2000). Veenhoven macht aber darauf aufmerksam, dass es in Bezug auf die Begriffe "Lebensqualität“, "subjektives Wohlbefinden“, "Glück“ oder "Wohlfahrt“ immer noch eine große Begriffsverwirrung gebe (Veenhoven 2000). Grundlegend ist aber insgesamt das Verständnis, welches stellvertretend Lawton formuliert hat: Lebensqualität ist ein (theoretisches) Konstrukt, welches das Individuum mit der ihn umgebenden Umwelt in Beziehung setzt (vgl. Lawton 2001). Dabei ist das menschliche Handeln auf die Erreichung von Lebensqualität oder "Glück" ausgerichtet (vgl. 1989). "Hierin steckt die Vorstellung, dass Handeln und Wählen nicht zufällig, sondern zielgerichtet sind und zwar auf ein allem Streben gemeinsames Ziel hin: das oberste Gute“ (Brandenburg/Güther 2014: 146). Zugleich hat die bisherige Forschung darauf aufmerksam gemacht, dass zwischen objektiven und subjektiven Aspekten dieses Konstruktes unterschieden werden kann (vgl. Veenhoven 2000). Grundlage für eine solche Unterscheidung ist aber das Zugeständnis an das Individuum, selbst entscheiden zu können, was ein “gutes Leben” überhaupt ausmacht. (vgl. Diener 2000).

2.1.2 Vier Dimensionen der Lebensqualität nach Lawton

Eine Antwort auf die Frage nach der Bedeutung von subjektivem Wohlbefinden geben stellvertretend Baltes und Baltes, die schon 1990 darauf hingewiesen haben, dass subjektives Wohlbefinden eines von sieben möglichen Kriterien für erfolgreiches Altern darstelle (Baltes & Baltes 1990). Zugleich ist das subjektive Wohlbefinden zentraler Bestandteil des SOK-Modells: So verweisen Baltes und Baltes darauf, dass angepasste Zielvorstellungen im Rahmen des SOK-Prozesses dazu dienen können, ein gleichbleibendes Niveau an subjektivem Wohlbefinden sicherzustellen. Dies ist ein Aspekt, den Staudinger später auf der Grundlage von Daten der Berliner Altersstudie auch als sog. Wohlbefindensparadox bezeichnet hat, also den Sachverhalt, "dass sich widrige Lebensumstände (…) – solange existentielle Mindestanforderungen nicht unterschritten werden – kaum bis gar nicht in den Bewertungen des subjektiven Wohlbefindens der Betroffenen widerspiegeln“ (Staudinger 2000, 186).

Auch Staudinger macht in einer Verknüpfung von subjektivem Wohlbefinden und SOK-Modell darauf aufmerksam, dass das "subjektive Wohlbefinden immer wieder als subjektiver Indikator produktiv-adaptiver Entwicklung verwendet wird“ (Staudinger 2000, 194). Vor dem Hintergrund von Selektion - Optimierung – Kompensation "wäre das Kriterium für Wohlbefinden … festzusetzen als die Minimierung der Verluste bei gleichzeitiger Maximierung der Gewinne“ (Staudinger 2000, 194). In diesem Verständnis sind die Prozesse von Selektion - Optimierung – Kompensation damit eine entscheidende Voraussetzung für die Sicherstellung von subjektivem Wohlbefinden. Andererseits macht Staudinger darauf aufmerksam, dass es zu Rückkoppelungen dergestalt kommen kann, dass ein höheres Wohlbefinden wiederum als Ressource im SOK-Modell eingesetzt werden kann. Der Bezug zur Interventionsgerontologie wird u.a. in der Berliner Altersstudie deutlich: "Die Ergebnisse über das subjektive Wohlbefinden veranschaulichen die bemerkenswerte Fähigkeit alter Menschen, sich durch selbstbezogene Regulationsprozesse ihren Lebensumständen anzupassen. Wir müssen aber darauf hinweisen, dass die Anforderungen und Verluste des hohen Alters diese psychologische Widerstandsfähigkeit an ihre Grenzen führen können. Aus dieser Perspektive wird die Notwendigkeit deutlich, das Wohlbefinden alter Menschen zu unterstützen“ (Smith et al. 1996, 497).

Aber was ist überhaupt das subjektive Wohlbefinden? Und welches sind die Einflussfaktoren auf das subjektive Wohlbefinden? Ein hilfreiches Modell hat der amerikanische Gerontologe M. Powell Lawson mit einem Modell geliefert, welches in der in der sozialökologischen Gerontologie verwurzelt ist. Diese Perspektive fragt danach, "welchen Einfluss die räumlich-soziale Umwelt auf den Verlauf von Alternsprozessen besitzt, wobei das zugrunde gelegte Menschenbild stets impliziert, dass ältere Menschen ihre räumlich-sozialen Umwelten auch selbst proaktiv verändern können. In den Mittelpunkt rückt damit auch die Frage, wie räumliche soziale Aspekte beeinflussen und vice versa" (Wahl; Mollenkopf & Oswald 1999: 279). Dieses Konzept betont also, dass Altern von den Ressourcen und Begrenzungen der jeweiligen Umwelt abhängt - auch hier wird der Bezug zur Definition von Baltes und Baltes schnell deutlich. Das Modell geht allerdings über seine sozialökologischen Wurzeln hinaus und betont das gleichberechtigte Nebeneinander von subjektiven und objektiven Aspekten.

Generell versteht Lawton Lebensqualität als "the multidimensional evaluation, by both intrapersonal and social-normative criteria, of the person-environment system of an individual in time past, current, and anticipated“ (Lawton, 1991, zitiert nach Becker et al. 2005, 109). Das daraus resultierende Modell unterteilt Lebensqualität in insgesamt vier Dimensionen. Die vier Dimensionen beinhalten keine implizite Wertung in "gut“ oder "schlecht“, sondern jeweils zwei objektive bzw. subjektive Komponenten (vgl. Abbildung 1):

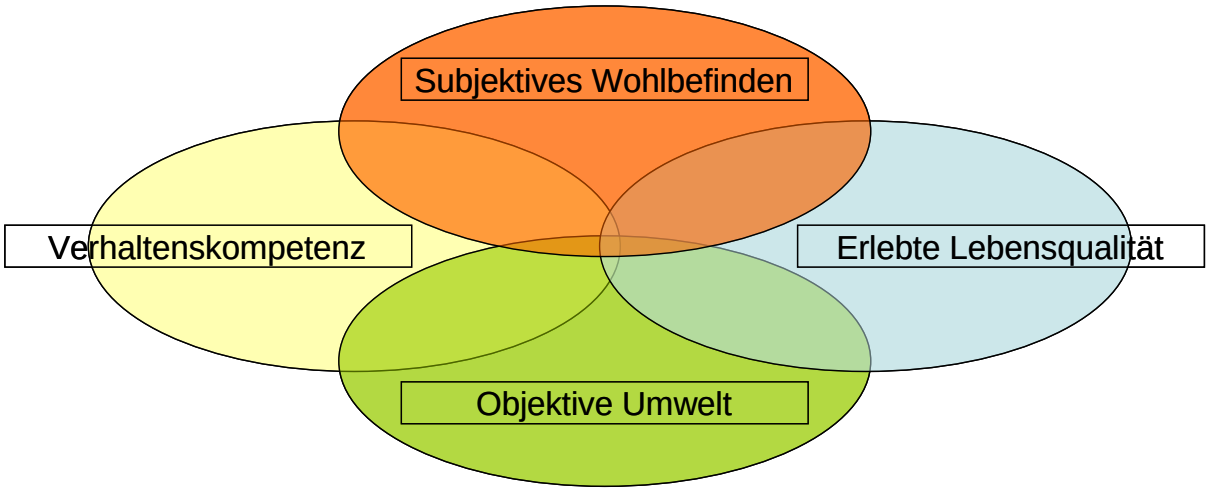
- Als **(objektive) Verhaltenskompetenz** lassen sich zum Beispiel funktionelle und kognitive Fähigkeiten umschreiben, die eigenständiges Leben ermöglichen, etwa die weithin bekannten "Aktivitäten des alltäglichen Lebens“, die Selbständigkeit einer Person, ihre geistige Leistungsfähigkeit oder soziale Fertigkeiten.
- Die **(objektive) Umwelt** beinhaltet demgegenüber die tatsächlich gegebene soziale und räumliche Umwelt.
- Diese Umwelt kann nun ihrerseits Gelegenheiten bieten, aber auch Restriktionen auferlegen, vor allem im Hinblick auf Sozialverhalten und außerhäusliche Mobilität. Zugleich wird diese Umwelt auch subjektiv "erlebt“ bzw. "wahrgenommen“ – das Modell bezeich-

net diesen Aspekt als **erlebte (subjektive) Lebensqualität.** Diese gibt an, wie das Individuum beispielsweise seine sozialen, psychischen oder körperlichen Lebensbereiche (subjektiv) einschätzt.

- Schließlich geht das Modell noch davon aus, dass das **subjektive Wohlbefinden** ein Teilaspekt des übergeordneten Konstrukts "Lebensqualität“ darstellt. Mit subjektivem (oder auch seelischem) Wohlbefinden wird in diesem Modell zumeist die emotionale Befindlichkeit verstanden (etwa bei Becker et al. 2005; Becker et al. 2006). Dabei handele es sich, so Lawton (1994), um eine generelle Einschätzung des Wohlbefindens, die über den Teilaspekten der erlebten Lebensqualität stehe.

In diesem Modell wird das subjektive Erleben von Lebensumständen als Ergebnis verstanden (Becker et al. 2010): Vor allem die objektive Umwelt, aber auch die Verhaltenskompetenz werden hier als Voraussetzung für erlebte Lebensqualität und subjektives Wohlbefinden verstanden.

Abbildung 1: Vier Dimensionen der Lebensqualität nach Lawton



Quelle: eigene Abbildung auf der Grundlage von Becker et al. 2005, 109

Dieses Modell stellt derzeit wohl die Grundlage der meisten theoretischen Überlegungen dar, die sich mit der Lebensqualität vor allem älterer Menschen auseinandersetzen. Dies mag insbesondere damit zusammenhängen, das in diesem Modell der Verhaltenskompetenz eine große Bedeutung beigemessen wird: "Entsprechend interpretiert Lawton die Anregung zu selbständigem und selbstverantwortlichem Verhalten – mit dem Ziel der Erhaltung und Steigerung der Verhaltenskompetenz – als eine zentrale Komponente der Intervention“ (Kruse 2004, 4).

Wichtig ist an dieser Stelle die folgende Erkenntnis der Gerontologie: Das Lebensalter ist nicht gleichbedeutend mit Belastungen - Kruse erweitert daher auch die Verletzlichkeitsperspektive um diejenige der Potenziale (Kruse 2013). Auf der einen Seite gibt es unbestreitbar eine mit dem Alter eine abnehmende körperliche Leistungsfähigkeit, das Ansteigen des Risikos bestimmter Erkrankungen, eine reduzierte Regenerationsfähigkeit oder auch negati-

ve Veränderungen im sozialen Umfeld. Trotzdem ist diese Verletzlichkeit nicht gleichzusetzen mit Multimorbidität, Pflegebedürftigkeit oder Einsamkeit. Auf der Seite der Potenziale sieht Kruse demgegenüber "die potenziellen Stärken und Kräfte des Alters […,] zu denen neben differenzierten Wissenssystemen, reflektierten Erfahrungen und effektiven, vielfach erprobten Handlungsstrategien auch die Fähigkeit zu zählen ist, selbst im Falle von Belastungen und Verlusten eine positive Lebenseinstellung aufrechtzuerhalten … Zudem werden die erlebte und praktizierte Mitverantwortung für nachfolgende Generationen ('Generativität') […] als Potenziale des Alters beschrieben" (Kruse 2013: 9).

2.1.3 Rahmenmodell zum Person-Umwelt-Austausch

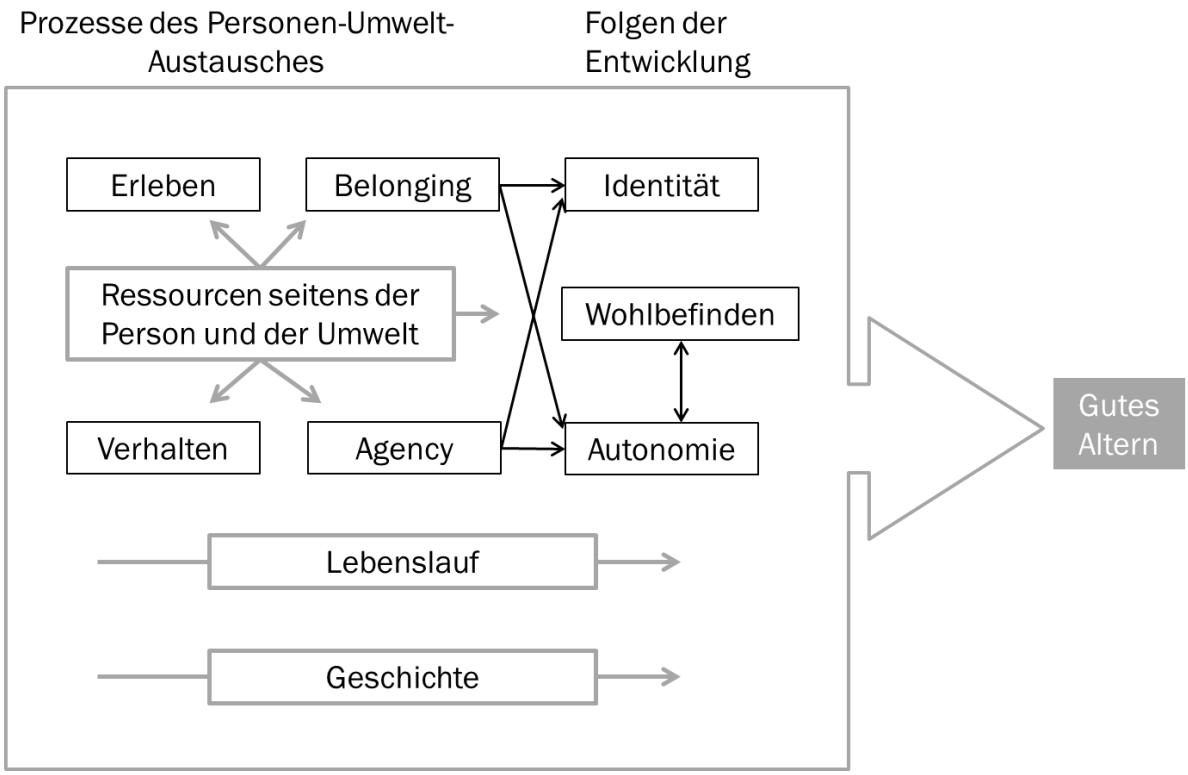
Erweitert werden nun diese Überlegungen durch eine explizite Einbeziehung der Umwelten des Alterns: "Die Annahme einer bedeutsamen Rolle der räumlich-dinglichen Umwelt für den Verlauf von Altern rekurriert auf der einen Seite auf die Verletzlichkeit des Menschen im Alternsprozess. Altern, vor allem Hochaltrigkeit, ist mit signifikanten Verlusten der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit verbunden, die wiederum dazu führen, dass Adaptationsanforderungen zunehmend weniger wirkungsvoll begegnet werden kann. Eine typische Adaptationsanforderung ist die Aufrechterhaltung selbständigen Wohnens in den gegebenen räumlich-dinglichen Rahmenbedingungen, die den verbliebenen Leistungsmöglichkeiten möglicherweise nicht angemessen sind und subjektiv zu Gefühlen der Überforderung, Unsicherheit und Wohnzukunftsängsten sowie objektiv zu Vernachlässigung, Verletzungen und Selbständigkeitsverlusten führen können. Auf der anderen Seite besitzen in ihrer Infrastruktur geeignete bzw. entsprechend optimierte Umwelten das Potenzial, die Lebensqualität alternder Menschen substanziell zu unterstützen, vor allem dann, wenn bedeutsame umweltbezogene Einbußen und Veränderungen auf der Personebene eingetreten sind" (Claßen et al. 2014: 14).

Ein entsprechendes Rahmenmodell findet sich in der folgenden Abbildung 2. Dieses Modell verbindet mehr oder weniger die bisherigen Überlegungen und fügt ihnen noch wesentliche Aspekte hinzu.

Das Modell beschreibt auf der Ebene des (subjektiven) Erlebens mit dem Begriff des **Belonging** "erlebensbezogene Prozesse der Bewertung, Bedeutungszuschreibung und Bindung bzw. Verbundenheit mit dem jeweiligen Umweltausschnitt" (Claßen et al. 2014: 22). Dazu gehören beispielsweise Konzepte wie Umweltzufriedenheit, Umweltidentität, Umweltverbundenheit, aber auch der subjektiv erlebte Umweltstress, der sich beispielsweise aus Barrieren außerhalb der Wohnung ergeben kann.

Unter dem Begriff des **Agency** werden demgegenüber "Prozesse der verhaltensbezogenen Aneignung, Nutzung, Auseinandersetzung und Veränderung bzw. der nur teilweise möglichen Kompensation mit Umwelt im Alter verstanden" (Claßen et al. 2014: 23)

Abbildung 2: Rahmenmodell zum Person-Umwelt-Austausch im höheren Erwachsenenalter



Quelle: eigene Abbildung auf der Grundlage von Claßen et al. 2014

Belonging und Agency haben wiederum bestimmte Folgen im Lebenslauf: Zum einen kann davon ausgegangen werden, dass erfolgreiche Belonging-Prozesse zur Aufrechterhaltung von Identität vor allem im höheren Erwachsenenalter beitragen. Zum anderen tragen Agency-Prozesse im Rahmen eines generellen Person-Umwelt-Austausch entscheidend zur Autonomie bei. "Schließlich kann angenommen werden, dass beide Umweltprozesse mitsamt den Folgen auf der Ebene von Identität und Autonomie auch Auswirkungen auf das subjektive Wohlbefinden haben" (Claßen et al. 2014: 24).

Diese kurzen theoretischen Überlegungen sind notwendig, um beispielsweise die im Folgenden dargestellten Wohnwünsche älterer Menschen besser nachvollzuziehen zu können.

2.2 Demografischer Wandel, Generationenbeziehungen und Wohnwünsche

Selbstverständlich stellt auch der vielzitierte demografische Wandel, von dem das Saarland in ganz besonderer Weise betroffen ist, einen der vielen Ausgangspunkte für die Notwendigkeit der Entwicklung von Anlaufstellen für ältere Menschen dar: Auf diesen kann aber im Rahmen dieser Grundlegung nicht im Detail eingegangen werden - stellvertretend sei an dieser Stelle auf die diesbezüglichen Ausführungen des Landesseniorenplans im Saarland (Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales Saarland 2007) oder den Vierten Kinder- und Jugendbericht für das Saarland (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Saarland & Institut für Sozialpädagogische Forschung 2014) verwiesen. Eine aktuelle Einschätzung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes bringt es auf folgende Formel: "Die Bevölkerungsentwicklung im Saarland wird maßgeblich von drei großen Trends beeinflusst. Sie lassen auf die auf die kurze Formel **‚weniger – älter – bunter'** bringen" (2012: 7). So weist beispielsweise das Saarland den höchsten Altenquotienten[1] der alten Bundesländer auf (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013). Trotzdem betont die Landesregierung: "Die Folgen des Demographischen Wandels müssen nicht als unvermeidbares Schicksal hingenommen werden. Der Demographische Wandel ist gestaltbar" (ebd., 23).

Das zu entwickelnde Konzept der Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel muss auch als Reaktion auf **sich verändernde Generationenbeziehungen** verstanden werden. So stellt ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Hinblick auf Herausforderungen und Potenziale der Generationenbeziehungen fest: "Generationenbeziehungen sind in Zeiten gesellschaftlichen und demografischen Wandels, deren Charakteristika z.B. eine zunehmende Individualisierung sowie eine abnehmende Selbstverständlichkeit und Zuverlässigkeit familialer Bindungen sind, ein Thema, das der besonderen Aufmerksamkeit und Zuwendung bedarf." (BMFSFJ 2012: 6). Konkret deutet das Gutachten etwa auf die gestiegenen Mobilitätsanforderungen des Arbeitsmarktes, die damit verbundene steigende durchschnittliche Wohnentfernung zwischen Eltern, Kindern und Enkelkindern und die Abnahme von "Möglichkeiten zur direkten gegenseitigen Hilfeleistung und Unterstützung im Alltagsleben" (BMFSFJ 2012: 18). Auch betont das Gutachten die Bedeutung von Generationenbeziehungen außerhalb der Familie, insbesondere bei Kinderlosigkeit: "Der Blick auf die Gruppe der dauerhaft kinderlosen Erwachsenen wie auch der Blick auf fragile und/oder nicht funktionierende Familiensysteme erfordert die Suche nach Möglichkeiten der Stärkung, Unterstützung und Sicherung der Generationenbeziehungen in diesen Familien oder nach Möglichkeiten der Kompensation" (BMFSFJ 2012: 26).

Diese Veränderungen, die häufig unter den Stichworten **"Individualisierung"** oder ohne negative Konnotation als **"Zunahme vielfältiger Lebensformen"** (etwa bei Jurczyk & Klinkhardt 2014) diskutiert werden, werden schon seit längerem in Wissenschaft und Öffentlichkeit diskutiert, im Hinblick auf die ältere Generation vor allem mit Bezug auf familiale Pflegeressourcen: So zeigen sich pessimistische Annahmen, etwa bei Thomas Klie, der im Kontrast zu den bisherigen stabilen familialen Netzen vor Ort davon ausgeht, dass die "tradi-

[1] Üblicherweise werden zur Beschreibung der demografischen Struktur einer Bevölkerung Alten- bzw. Jugendquotienten verwendet. Diese beschreiben das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im sog. erwerbsfähigen Alter (18 bis 64 Jahre) und der noch nicht erwerbsfähigen Bevölkerung (unter 18 Jahre: Jugendquotient) bzw. der nicht mehr erwerbsfähigen Bevölkerung (65 Jahre und älter: Altenquotient).

tionellen Netze und Normen erodieren" (Klie 2014: 116). Auf der anderen Seite zeigt aber beispielsweise die aktuelle Generali-Altersstudie, "dass zwischen den Generationen nicht nur eine enge emotionale Verpflichtung besteht. Es gibt zusätzlich beachtliche zeitliche und materielle Unterstützungsleistungen - und zwar in beide Richtungen" (Generali Zukunftsfond 2012: 243). Allerdings geht auch diese Studie davon aus, dass im Verlauf des demografischen und sozialen Wandels der sog. Generationenvertrag sowohl auf der familialen als auch der gesellschaftliche Ebene unter Druck gerät, weist aber auf die "Möglichkeiten der politischen Gestaltung zur Vermeidung einer im demografischen wie sozialen Wandel gleichsam 'automatisch' stattfindenden weiteren 'strukturellen Schwächung' praktizierter Familiensolidarität" hin (Generali Zukunftsfond 2012: 246), etwa in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf.

Allerdings weist das bereits erwähnte Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen auf die großen Herausforderungen hin, wenn das "Beziehungsgeflecht zwischen den Generationen durch politisches Handeln in seiner Funktionsfähigkeit gefördert oder unterstützt werden soll. Solches Handeln mag dort gefordert sein, wo sich Beziehungen zwischen den Generationen innerhalb der Familien als wenig oder gar nicht mehr tragfähig oder dem Wohlergeben der Familienmitglieder gar als abträglich erweisen. Hier ist Suche nach Möglichkeiten, innerfamiliale durch außerfamiliale Generationenbeziehungen zu ergänzen oder zu ersetzen, ein wichtiges Anliegen. Darüber hinaus sind aber auch vielfältige Potenziale in den Beziehungen zwischen den Generationen außerhalb der Familien zu vermuten, die es zu entdecken und auszuschöpfen gilt" (BMFSFJ 2012: 7).

In eine ähnliche Richtung gehen die Vorschläge des vielbeachteten "Netzwerk: Soziales neu gestalten" unter Federführung der Bertelsmann Stiftung, welches sich für den Auf- und Ausbau subsidiärer Hilfesysteme auf Quartiersebene ausspricht, eine stärkere Beteiligung der älteren Generation an der Gestaltung zukünftiger Wohn- und Versorgungsformen fordert und damit zugleich auch die Bedeutung der eigenen Wohnung für das Leben im Alter verdeutlicht: "Die Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels erfordert eine stärkere Beteiligung der älteren Generation an der Gestaltung zukünftiger Wohn- und Versorgungsformen. Je mehr es gelingt, die Eigeninitiative der älteren Generation zu wecken und zu erhalten, desto eher wird es möglich sein, das verringerte Hilfepotenzial der jüngeren Generation auszugleichen und staatliche Versorgungsleistungen zu reduzieren. Neue Wohnformen, die die Selbständigkeit der Lebensführung betonen […], sind in besonderer Weise geeignet, die Selbsthilfekräfte der älteren Generation zu stärken" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2006: 14).

Weitere Aspekte finden sich in der Diskussion um die sog. sorgenden Gemeinschaften, die in Deutschland derzeit vor allem mit Thomas Klie verbunden ist, der unter Sorge "anteilnehmende, vorrausschauende Verantwortungsübernahme für sich und andere" beschreibt " und damit die Verantwortungsbeziehung, die in der Sorge zum Ausdruck kommt, in den Mittelpunkt" stellt (Klie 2014: 117). Auch wenn Klie die Schwierigkeiten einräumt, die der Begriff der Sorge im Vergleich zum englischen Sprachgebrauch besitzt ("care"), geht er davon aus, dass die Fähigkeit zur Sorge eine gesellschaftliche Notwendigkeit darstellt: "Die soziale Sorgefähigkeit ist Voraussetzung für langfristigen, gesellschaftlichen Wohlstand. Von der Sorgefähigkeit der Menschen vor Ort in ihren unterschiedlichen Spielarten hängen die Stabilität des Gemeinwesens und seine Zukunftsfähigkeit ab. Diese Sorgefähigkeit wurde bislang

vorausgesetzt: Traditionelle Familienstrukturen mit entsprechender Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern haben sowohl in der Kindererziehung als auch im hohen Alter und im alltäglichen gemeinsamen Haushalten eine tragfähige Basis für die gegenseitige Aufmerksamkeit, das fürsorgliche Kümmern, dass alltägliche Besorgen und Vorsorgen geliefert. Meist unsichtbar, wenig gewürdigt, eben vorausgesetzt. Dies ist für die Zukunft so nicht mehr möglich" (Klie 2013: 120). Auch wenn der Fokus in der Diskussion von Thomas Klie auf dem Aspekt von Pflege liegt, bietet seine Erweiterung der sorgenden Gemeinschaften um die Nachbarschaften Anknüpfungspunkte für das vorliegende Konzept: "Die kleinen Lebenskreise, in denen wir Verantwortung für den anderen zeigen, kennen seit eh und je die Nachbarn und Nachbarschaften. Sie und andere Formen gegenseitiger Unterstützung bedürfen zunehmend der bewussteren Gestaltung und Unterstützung. Dabei geht es in sorgenden Gemeinschaften nicht um Dienstleistungen. Die Wechselseitigkeit von sorgen und Sorge empfangen, von geben und nehmen ist ein zentrales Merkmal einer Sorgenkultur" (Klie 2010: 123). Seine zentrale Frage lautet daher: "Schaffen wir es, sorgende Gemeinschaften auch auf das Alltagsmanagement im Alter und das Interesse am Wohlergeben der älteren Menschen auszuweiten? Hierzu fehlen uns (noch) Vorbilder, die Übung, die Spielregeln und die Kultur" (Klie 2013: 124).

Damit ist ein wesentlicher Kern des vorliegenden Konzepts angesprochen - das selbstbestimmte Leben auch im höheren Erwachsenenalter, wie es beispielsweise im Leitziel der Projektskizze "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" formuliert ist: "Ein überschaubares lokales Hilfenetz aus professionellen und nicht-professionellen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Wohnviertel, Dorf oder Stadtteil stellen sicher, dass ältere Menschen ab 60 Jahre mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen auch bei Hilfe-, oder Pflegebedarf - solange wie möglich - und unter Erhalt größtmöglicher persönlicher Zufriedenheit und Lebensqualität selbstbestimmt Zuhause leben können" Etwas abstrakter formuliert es schon 2004 das Modellprogramm "Selbstbestimmt Wohnen im Alter", wenn es zwei vorrangige Zielsetzungen definiert: "die Förderung von Selbständigkeit im Alter und die Förderung der sozialen Integration älterer Menschen" (BMFSFJ 2004: 21).

Diese Zielvorstellung ist ebenfalls Bestandteil der Saarländischen Seniorenpolitik - so fordert die dritte Leitlinie der Saarländischen Seniorenpolitik: "Ältere Menschen sollen selbstbestimmt und möglichst lange selbständig ihr Leben organisieren können. Dies ist durch gesundheitliche Vorsorge, gesellschaftliche Mitwirkung und altersgerechte Umfeld- und Umweltgestaltung zu sichern" (Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales Saarland 2007: 9) und wurde im zweiten Teil des Landesseniorenplans weiter ausgearbeitet (Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales Saarland 2009). In diesem wurde u.a. auf die große Bedeutung des Wohnens in der angestammten Wohnung und dem gewohnten Lebensumfeld hingewiesen bzw. auf die Bedeutung der Wohnung als vertrautem Lebensraum, der Sicherheit und Geborgenheit vermittelt. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das Saarland im Vergleich mit anderen Bundesländern die höchste Eigentümerquote aufweist (die im ländlichen Raum noch einmal höher ausfällt als im städtischen Raum), stellt der Landesseniorenplan das Thema "Wohnen im Alter" als zentralen Arbeitsschwerpunkt einer zukunftsorientierten Senioren- und Generationenpolitik heraus (Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales Saarland 2009).

Vor der Betrachtung der Wohnwünsche älterer Personen lohnt noch kurzer Blick auf das Rahmenmodell zum Person-Umwelt-Austausch, und hier insbesondere die große Bedeutung

des Wohnerlebens (Belonging). Es kann nämlich davon ausgegangen werden, "dass im Hinblick auf diese nicht zielgerichteten Prozesse des ‚Belonging' vermutet wird, dass sie in der Folge zur Aufrechterhaltung von Identität bzw. identitätsrelevanter Persönlichkeitsaspekte im höheren Lebensalter beitragen. Die Frage ‚Wer bin ich?' wird im höheren Alter nicht zuletzt auch aus Beschreibungen der Person im Verhältnis zu ihrer Umwelt gespeist und bildet damit einen Teil des ‚ökologischen Selbst' […] Dies könnte auch ein Erklärungsansatz dafür sein, warum ältere Menschen häufig hohe Risiken eingehen, ihre Selbständigkeit zu verlieren, wenn sie dabei nur an gewohnten Umweltbedingungen festhalten können, eben wie sich darin auch die eigene Identität widerspiegelt" (Oswald 2010: 172). Zwei aktuelle Studien zeigen dies eindrucksvoll:

- Ein Frankfurter Forschungsprojekt zur Bedeutung des Wohnens in der Nachbarschaft für gesundes Altern mit dem Titel "Hier will ich wohnen bleiben!" (Oswald et al. 2013) belegt, dass in Bezug auf die Zukunftspläne das Wohnen betreffend nur 6 Prozent der Befragten konkrete Umzugspläne haben. Demgegenüber berichteten 72 Prozent der Befragten, dass sie ohne weitere Veränderungen an der Wohnung wohnen bleiben möchten, weitere 15 Prozent unter der Voraussetzung, dass die Wohnung barrierefrei gestaltet wird. "Der größte Anteil älterer Menschen lebt in Privatwohnungen. Dies wird auch mittelfristig so bleiben, trotz einer zunehmenden Diskussion alternativer Wohnformen für ältere Menschen […] Ältere Menschen messen mit zunehmenden Alter dem Verbleiben in der vertrauten Wohnumwelt eine immer größere Bedeutung bei. In der gewohnten Umwelt zu bleiben hat dabei nicht nur mit der Aufrechterhaltung von Selbständigkeit zu tun, sondern auch mit dem Erhalt von Identität" (Oswald et al. 2013: 9). Weitergehende Analysen zeigen, dass "eine starke erlebte Verbundenheit mit dem eigenen Stadtteil zu einer höheren Verbleibenserwartung beiträgt. Objektive Zugänglichkeitsprobleme, die Wohndauer im Stadtteil oder etwa der erlebte Zusammenhalt in der Nachbarschaft erwiesen sich hingegen nicht als bedeutsam zur Vorhersage der Verbleibenserwartung" (Oswald et al. 2013: 47).
- Weitere Analysen liefert die Generali Altersstudie 2013 (Generali Zukunftsfond 2012): Diese Studie belegt ebenfalls das zentrale Anliegen der älteren Generation, möglichst lange ein selbständiges Leben führen zu können. Allerdings schätzt nur etwa ein Drittel der befragten 65- bis 85-Jährigen die Wohnung bzw. das Haus als altersgerecht ein, rund zwei Drittel geben an, ihr Haus bzw. ihre Wohnung sei nur eingeschränkt altersgerecht. Diese Einschätzung steht allerdings im Widerspruch zu den tatsächlichen Problemen: Nur 8 Prozent der Befragten haben Probleme mit ihrer Wohnung bzw. ihrem Haus, weil es nicht altersgerecht ist, 57 Prozent kommen gut klar. Gefragt nach den Möglichkeiten und Wünschen einer altersgerechten Gestaltung der eigenen Wohnsituation, werden von den Befragten vor allem barrierefrei Badezimmer, die Vermeidung von Treppen und die Möglichkeit genannt, über ein Hausrufsystem bzw. einen Alarmknopf Hilfe rufen zu können. Sollte dann doch die Situation eintreten, nicht mehr selbständig leben zu können bzw. auf Unterstützung angewiesen zu sein, möchten die meisten Befragten in der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus unter Hinzuziehung eines Pflegedienstes verbleiben. Deutlich seltener ist der Wunsch nach einer eigenen Wohnung bzw. einem eigenem Zimmer im Seniorenwohnheim, und nur etwa jeder fünfte Befragte möchte bei den Kindern oder Enkeln leben.

2.3 Ehrenamt und gesellschaftlicher Zusammenhalt im Saarland

Die bereits angesprochene Diskussion über die sorgenden Gemeinschaften bietet darüber hinaus auch Anknüpfungspunkte für ein (mögliches) bürgerschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement (nicht nur) von älteren Menschen.

Schon der fünfte Altenbericht der Bundesregierung, der sich mit den Potenzialen des Alters beschäftigt hat, verwendet in diesem Zusammenhang beispielsweise einen umfassenden Produktionsbegriff, "der Produktivität eben nicht nur mit Leistungen in der Arbeitswelt gleichsetzt, sondern jede Form der Bereicherung anderer Menschen als Ausdruck von Produktivität versteht" (Kruse 2013: 22). Darunter subsumiert Kruse etwa die Wissensweitergabe von kritisch reflektierten Erfahrungen von Älteren an Jüngere. Eine wichtige Gelegenheitsstruktur für einen solchen Austausch sieht Kruse insbesondere in der Generationenmischung im Quartier als einer bedeutsamen Form der Sozialraumgestaltung.

Insgesamt sieht Kruse hier noch ein großes gesellschaftliches Potenzial: "Wir treffen vielfach auf jene körperlichen, kognitiven, emotionalen und sozialen Ressourcen, die für die freiwillig geleistete Fortsetzung der beruflichen Tätigkeit bzw. für das bürgerschaftliche Engagement notwendig sind […] Würde man diese Ressourcen nutzen, und dies heißt auch: würde man entsprechende Rahmenbedingungen für die Umsetzung dieser Ressourcen schaffen, so würde man damit (I) einen signifikanten Beitrag zum Humanvermögen unserer Gesellschaft leisten […], (II) zudem die intergenerationelle Perspektive, die für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft wichtig ist, stärken" (Kruse 2013: 28f).

Schon im fünften Altenbericht (BMFSFJ 2006) wurde auf das hohe Engagement älterer Menschen hingewiesen, die im Vergleich mit jüngeren zum damaligen Zeitpunkt deutlich aufgeholt hatten, vor allem in traditionellen Bereichen wie Sport, Kirche oder sozialen Organisationen. "Es gibt daneben aber auch eine kleine Gruppe von ‚Pionieren', die sich mit zentralen Zukunftsthemen wie ‚Wohnen im Alter, ‚intergenerationelles Engagement', ‚Umwelt- und Denkmalschutz' oder ‚Ältere als Akteure des Verbraucherschutzes für ältere Menschen' neue zukunftsweisende Engagementformen erproben und entwickeln, die innovative Antworten auf die Herausforderungen der Zeit und der demografischen Alterung geben" (BMFSFJ 2006: 259). Darüber hinaus ist aber fünfte Altenbericht bereits von einem unausgeschöpften Potenzial für bürgerschaftliches Engagement bei älteren Personen ausgegangen: " Freiwillig Engagierte – vor allem Ältere – können i.d.R. mehr als ihnen abverlangt wird" (BMFSFJ 2006: 217).

Beide Erkenntnisse - ein hohes Maß älterer Mitbürger und Mitbürgerinnen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und ein noch vorhandenes Potenzial für stärkeres Engagement bestätigen sich auch in der aktuellen Untersuchung der Generali Altersstudie 2013 (Generali Zukunftsfond 2012). Schwerpunkte dieser Betätigung macht die Studie dabei in den Bereichen Kirche, Freizeit und Geselligkeit, Sport und Bewegung, Kultur und Musik sowie - wie schon zuvor - im sozialen Bereich aus. Einen großen Einfluss haben dabei Bildung und Gesundheit - je höher die Bildung, je besser die Einschätzung der eigenen Gesundheit, desto höher das Engagement. "Für knapp jeden Fünften käme es in Frage, sich (noch stärker) zu engagieren. Diese Bereitschaft ist insbesondere in den höheren Bildungsschichten und den Unter-75-Jährigen gegeben" (Generali Zukunftsfond 2012: 535). Voraussetzung dafür nach Angabe der Befragten, dass es sich um ein interessantes Projekt handeln müsse, welches ein Engagement lohnenswert mache.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang auch eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt (Bertelsmann Stiftung 2014). Dieser wird definiert als das (messbare) Ausmaß der " Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders in einem territorial abgegrenzten Gemeinwesen. Eine kohäsive Gesellschaft ist gekennzeichnet durch be-

lastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit ihrer Mitglieder mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung. Diese drei Bereiche verstehen wir als die drei Kernbereiche von Zusammenhalt. Soziale Beziehungen repräsentieren hierbei das horizontale Netz, das zwischen einzelnen Personen und Gruppen innerhalb der Gesellschaft existiert. Verbundenheit steht für die positive Bindung der Menschen an das Gemeinwesen als solches und seine Institutionen. Gemeinwohlorientierung schließlich beschreibt die Handlungen und Haltungen der Gesellschaftsmitglieder, in denen sich Verantwortung für andere und für das Gemeinwesen ausdrückt" (Bertelsmann Stiftung 2014: 14f). Im Vergleich aller Bundesländer weist das Saarland den drittstärksten gesellschaftlichen Zusammenhalt aller Bundesländer auf. So ist im Saarland das Netz sozialer Beziehungen überdurchschnittlich fest geknüpft, auch im Bereich der Verbundenheit (z.B. Identifikation mit dem Gemeinwesen, Vertrauen in Institutionen und Gerechtigkeitsempfinden) weist das Saarland im Vergleich mit anderen Bundesländern einen Spitzenplatz auf. In Bezug auf die Gemeinwohlorientierung ist das Bild im Saarland etwas uneinheitlich: Während der Teilaspekt der gesellschaftlichen Teilhabe im Saarland sehr ausgeprägt ist, sind Solidarität und Hilfsbereitschaft im Saarland nur schwach ausgeprägt. Auch die Akzeptanz von Diversität als ein Bestandteil sozialer Beziehungen ist im Saarland im Vergleich mit anderen Bundesländern deutlich unterdurchschnittlich. Insgesamt also weist das Saarland in diesem Vergleich eine Reihe von zum Teil starken Dimensionen und zwei markanten Schwächen auf.

2.4 Von der Wohnung zum Quartier

Das Frankfurter Forschungsprojekt "Hier will ich wohnen bleiben!" macht neben Aspekten des Wohnens auf die besondere Bedeutung des Wohnenbleibens im **Quartier** aufmerksam: So finden die meisten Aktivitäten außerhalb der Wohnung in der näheren Umgebung statt, ca. 70 Prozent der Aktivitäten in einem Umfeld von etwa 5 Kilometern rund um die Wohnung (Oswald et al. 2013). "Es konnten [...] zahlreiche Belege für die Bedeutung sogenannter ‚weicher' Faktoren des Alterns im Quartier erbracht werden, z.B. die Identifikation mit dem Stadtteil […] und Facetten des Nachbarschaftserlebens. Diese werden bei der kommunalen Altenplanung häufig zu wenig berücksichtigt […] So zeigt sich, das erst im sehr hohen Alter (80 bis 89 Jahre) der direkte Einfluss von Gesundheit auf Wohlbefinden durch nachbarschaftliche Zusammengehörigkeit und Stadtteilverbundenheit abgemildert wird. Das heißt, gerade bei schlechter Gesundheit im sehr hohen Alter wird nachbarschaftliche Zusammengehörigkeit und Stadtteilverbundenheit für das eigene Wohlbefinden wichtig (Oswald et al. 2013: 52).

Die Einbeziehung der näheren Umwelt ist bereits angelegt in der Perspektive der sozialökologischen Gerontologie: "Altern in all seinen Ausdrucksformen [...] findet primär in der Kleinräumigkeit des Wohnbereichs statt. Im Wohnen spiegelt sich deshalb wie in einem Brennglas das facettenreiche Zusammenspiel äußerer sozial-räumlicher Umweltbedingungen mit den vielfältigsten Aspekten von Verhalten [...] und Erleben [...] Diese Sichtweise findet ihre komplementäre Fortsetzung in der außerhäuslichen Mobilität und im Handeln und Erleben des näheren und weiteren Wohnumfelds im Sinne einer Bewegung im öffentlichen Räumen, sei es zu Fuß oder mit welcher Art von Verkehrsmittel auch immer [...] Aspekte wie 'Hier kenn ich mich aus', 'Hier gehöre ich hin' oder 'Hier fühle ich mich wohl (oder: nicht mehr wohl)" dürften zu den Grundelementen der Lebenswelt der meisten älteren Menschen gehören" (Mollenkopf et al. 2004: 301).

Zugleich ist die Quartiersperspektive angelegt in der Projektskizze für die "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel", geht es doch um die Entwicklung eines "kleinräumigen, quartiersbezogenen, bedürfnisgerechten Ansatzes an der untersten Stufe der Versorgungskette, bei den Familien und Menschen im Dorf, im Wohnquartier, in der Nachbarschaft". Damit stellt sich zunächst einmal die Frage nach der Definition dessen, was ein Quartier ausmacht. Allerdings gibt es keine eindeutige Definition, steht doch die gemeinsame und partizipative Bestimmung dessen, was als Quartier angesehen wird, häufig am Anfang einer Reihe von sozialräumlich ausgerichteten Projekten (z.B. in der Übersicht bei van Rießen et al. 2015). Einen Vorschlag für eine Definition, aber auch für das Vorgehen zur Bestimmung von Quartieren, liefert das Kuratorium Deutsche Altershilfe: "Wenn in der Kommune Einigkeit besteht, dass der Quartiersansatz im Rahmen Altenhilfe bestimmender Leitgedanke sein soll, gilt es, im nächsten Schritt die Quartiere innerhalb der Kommune zu bestimmen. Es müssen Quartiere sein, mit denen sich die BewohnerInnen identifizieren, die sie als Lebensräume verstehen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 66). Damit verbunden ist dann auch die Frage, wie groß Quartiere sein dürfen: Das KDA geht davon aus, nachbarschaftsbezogene Quartiere, in denen der direkte soziale Nahraum als Identifikationsraum dient, eine maximale Quartiersgröße zwischen 3.000 und 5.000 Einwohnern aufweisen sollten. Lege man nur einen sozialen Identifikationsraum zugrunde, sollten diese nicht mehr als 20.000 Einwohner aufweisen (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013).

Sinnvoller erscheint an dieser Stelle der Verweis auf die **Grundprinzipien der Quartiersorientierung**, die das KDA auf der Grundlage von Praxisbeispielen zusammengetragen hat: "Es geht nicht primär um die Optimierung einzelner Leistungen für Ältere, sondern darum, die sozialen Nahräume auf die Bedarfe von Menschen mit Unterstützungsbedarf ganzheitlich anzupassen und die BewohnerInnen und AkteurInnen vor Ort in die Bedarfsermittlung und die Gestaltungsprozesse einzubeziehen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 60).

- **raumbezogen und kleinteilig**: Nicht der einzelne Fall, sondern die altersgerechte Gestaltung von sozialen Nahräumen, mit denen sich die Bewohner identifizieren können, sollte im Fokus stehen. Um dies zu gewährleisten, müssen die sozialen Räume überschaubar bzw. kleinteilig sein.
- **ganzheitlich und prozesshaft**: Um den Lebensraum bedarfsgerecht zu gestalten, benötigt es einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Lebensfelder der älteren Menschen berücksichtigt. Damit muss eine quartiersbezogene Altenhilfeplanung über eine Pflegebedarfsplanung hinausgehen. Zudem sollte sich ein Quartiersprojekt fortlaufend und

  sich ggf. auf verändernde Bedarfslagen einzustellen.
- **kooperativ und partizipativ**: Kooperation und Vernetzung möglichst vieler Akteure vor Ort sind wichtige Voraussetzungen bei Quartierskonzepten. Dabei sind immer auch die Bewohner der Quartiere einzubeziehen. "Zentral für die Umsetzung von Quartierskonzepten ist die Partizipation der QuartiersbewohnerInnen sowohl bei der Planung als

  fahrungen, Interessen und Potenziale bei der Ausgestaltung des Lebensraums mit ein-
- **ohne "Kümmerer" geht es nicht**: Quartiersprojekte benötigen einen "Kümmerer", der das Quartiersmanagement übernimmt.

Zugleich darf im Rahmen einer quartiersbezogenen Entwicklung der Bezug zu einer möglichen (ambulanten wie auch stationären) Pflege nicht außer Acht gelassen werden. Darauf weist etwa die Generali Altersstudie hin: "Es gibt keine Alternative dazu, im Wohnquartier komplementär zum erforderlichen altersgerechten Umbau von Hunderttausenden von Wohnungen zusätzlich soziale Unterstützungsnetzwerke aufzubauen und dass nahe Wohnumfeld als Pflege- und Kontaktstützpunkt bei Bedarf zu nützen" (Generali Zukunftsfond 2012: 313). Ähnlich argumentiert auch das "Netzwerk: Soziales neu gestalten" und betont zum einen die ökonomische Notwendigkeit quartiersbezogener Versorgungssysteme und fordert zum anderen, die vorhandenen Potenziale für Eigeninitiative, Eigenverantwortung und gegenseitige Hilfe weiter zu stärken. "Die quartiersbezogenen Wohnkonzepte gehen deshalb über bisherige Bemühungen hinaus, die offene Altenhilfe und die ambulante Versorgung als Alternative zur stationären Versorgung auszubauen. Neu ist einmal die kleinräumige Organisation und zum anderen, dass die stationäre Versorgung in diese Quartiersorientierung einbezogen wird. Schon aus Kostengründen können stationäre und ambulante Versorgung auf Dauer nicht unabhängig voneinander weiterentwickelt werden. Dies bedingt auch eine Umstrukturierung der stationären Einrichtungen" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2006: 11). Auf einen weiteren Vorteil weist das Berlin-Institut hin: "Wo Menschen auf Menschen treffen, schwinden Berührungsängste. Durch direkte Ansprache im Wohnviertel lassen sich die Älteren nicht nur besser informieren, sondern auch leichter motivieren, am kulturellen und sozialen Leben teilzunehmen und sich zu engagieren" (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014: 69).

Schon früh hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in seinem Modellprogramm "Selbstbestimmt wohnen im Alter" (BMFSFJ 2004) auf die Implikationen und Verantwortlichkeiten hingewiesen, die mit der (Weiter-)Entwicklung von Quartieren verbunden sind: "Die Weiterentwicklung wohnortnaher Infrastruktur, die ein selbstbestimmtes, sozial integriertes Leben im Alter ermöglicht, setzt neben dem Willen zur Veränderung das Wissen der örtlichen Akteure und Entscheidungsträger über die baulichen und sozialräumlichen Gegebenheiten voraus […] Die Gestaltung des Wohnortquartiers im Interesse und unter Beteiligung der älteren Bevölkerung erfordert eine stärkere Verknüpfung aller Beteiligten, sowohl auf der Maßnahmen- als auch auf der Planungsebene. Sie ist gemeinsame Aufgabe der unterschiedlichen Träger wie Wohnungsunternehmen, Kommunen und Wohlfahrtsverbände. Auf der Ebene der Planung und Umsetzung kommunaler Entwicklungskonzepte stellt die Förderung selbstbestimmten Wohnens im Alter nicht nur eine altenpolitische Fragestellung dar, sondern ist als Querschnittsaufgabe in kommunalen Planungen zu verankern. Kommunale Planungsverfahren sollten deshalb zukünftig, ähnlich bereits zum Teil angewandter Prüfverfahren [...] die Generationenverträglichkeit grundsätzlich berücksichtigen“ (3).

Vor diesem Hintergrund und entsprechend den Grundprinzipien der Quartiersorientierung nach Maßgabe des KDA wird im folgenden Abschnitt insbesondere der Aspekt der kommunalen Verantwortlichkeiten und möglichen Aufgaben weiter beleuchtet.

2.5 kommunale Altenhilfeplanung und Erwartungen an gesellschaftliche (kommunale) Akteure

Unbestritten ist, dass sich die Kommunen als planende und koordinierende Akteure in großen Teilen neu aufstellen müssen: "Denn die Zukunft des Alter(n)s ist eine wichtige kommu-

nale Gestaltungsaufgabe" (Rüßler 2007: 159). Dies ist auch eine der Forderungen aus dem Frankfurter Forschungsprojekt "Hier will ich wohnen bleiben!": "Es gilt, die Balance zu halten zwischen individuellen Wünschen nach selbstbestimmter, sinnvoll erlebter, aktiver Alltagsgestaltung und kommunaler Partizipation einerseits sowie der Vermeidung von Risiken eines möglichst langen Verbleibens in der gewohnten Umgebung andererseits. Dabei muss auch benötigter Hilfebedarf erkannt werden. Auch einem mit dem Alter steigenden Risiko der Unselbständigkeit kann häufig im gewohnten Umfeld am besten begegnet werden" (Oswald et al. 2013: 8).

Der Auftrag für die kommunale Altenhilfeplanung ergibt sich - neben den relevanten Regelungen aus dem SGB XI in Bezug auf die Pflegestrukturplanung - aus dem sog. Altenhilfeparagraf (§ 71 SGB XII). Damit ergeben sich **drei Aufgabenschwerpunkte für die kommunale Altenhilfeplanung** (vgl. Rohden & Villard 2010):

- Kommunale Entwicklungsplanung
- örtliche Pflegestrukturplanung
- Schaffung von Maßnahmen und Diensten gemäß § 71 SGB XII ("Die Altenhilfe soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen")

Aus dem Altenhilfeparagrafen lässt sich aber nicht unmittelbar eine Verpflichtung der Kommunen zur Altenhilfeplanung ableiten, auch wenn diese Regelung einen breiten Gestaltungsspielraum zulässt: "Die Programmatik des ‚Altenhilfeparagrafen' bietet eine geeignete Arbeitsgrundlage, um mit niedrigschwelligen Angeboten die Ressourcen zur Lebensbewältigung im Alter rechtzeitig zu fördern. Sie lässt den erforderlichen Spielraum für eine auf Prävention ausgerichtete Altenplanung, sofern sich die Kommunen vom tradierten Fürsorgeverständnis verabschieden, dessen Defizitorientierung einen Perspektivwechsel auf die Ressourcen von älteren Menschen erschwert" (Rohden & Villard 2010: 52). Seit den 1990ern lässt sich in der Altenhilfe aber ein Paradigmenwechsel dahingehend feststellen, "wonach Alter(n) heute weniger unter defizitären Betreuungs- als vielmehr unter ressourcengestützten Selbstbestimmungsaspekten gesehen wird" (Rüßler 2007: 66).

Allerdings bleibt in der kommunalen Umsetzung oftmals unberücksichtigt, dass Altenhilfeplanung als ein Bestandteil gesamtkommunaler Sozialplanung betrachtet werden sollte. Insbesondere seit Inkrafttreten des Pflegeversicherungsgesetzes verschob sich der Planungsfokus der Kommunen auf die jeweilige Pflegeplanung, was zu einer nicht sinnvollen Trennung zwischen Pflegestrukturplanung und offener Altenhilfe geführt hat (vgl. Rohden & Villard 2010). Auch die ebenfalls im Altenhilfeparagraf verankerte Soziale Altenhilfe bzw. Soziale Altenarbeit (oder auch Soziale Arbeit in der Pflege) mit dem Ziel, "sowohl im Einzelfall als auch für Gruppen von Bedürftigen subsidiär notwendige Ressourcen zur Exklusionsvermeidung und Inklusionsvermittlung" bereitzustellen (Aner 2010: 33), wird von den Kommunen immer noch weitgehend als freiwillige, aber nicht notwendige Leistung angesehen. "Nicht nur aus Sicht der Adressaten und Adressatinnen, die jenseits akuter materieller und gesundheitlicher Notlagen keine einklagbaren Rechte hinsichtlich der Lebensbewältigung vorfinden, sondern auch aus Sicht der Profession ist also zu bedauern, dass die im Vergleich zur Jugendhilfe schwache Verrechtlichung wohl auch in Zukunft bestehen bleibt" (Aner 2010: 49). Genau dieser Aspekt der kommunalen Altenhilfeplanung - die offene Altenhilfe - steht aber

im Fokus dieses Konzepts: Diese bezeichnet "die Summe all jener Einrichtungen, Maßnahmen, Angebote und Veranstaltungen, die sich nicht ausschließlich oder vorrangig auf die Erbringung professioneller Pflegehilfen beziehen, sondern eher dem Bereich der allgemeinen Beratung, des Wohnens, der Freizeitgestaltung und Beschäftigung und der damit verbundenen Probleme und Hilfebedarfe Älterer zuzurechnen sind" (Deutscher Verein 2000: 33). Damit ist die offene Altenhilfe ein eigenständiger Querschnittsbereich, der u.a. Engagementförderung und Partizipation zum Ziel hat.

Positiv hervorzuheben ist auf der anderen Seite aber eine seit den 1990er Jahren stattfindende Verschiebung der Altenhilfeplanung hin zu diskursiven Prozessen - Altenhilfeplanung entwickelt sich in Diskursen und ist eher ein Prozess als ein Resultat (Rohden & Villard 2010). Zusammenfassend fordern Rohden und Villard folgendes für die zukünftige Altenhilfeplanung: "Altenplanung ist nicht als autoritäre administrative Planung zu verstehen, sondern als partizipativer Prozess zu gestalten. Als Antwort auf den sozialstrukturellen Wandel und auf den Strukturwandel des Alters als einem Teilprozess, muss eine praxistaugliche Form der Altenplanung angelegt werden, die in der Lage ist, über die klassische Infrastrukturplanung hinausgehend die sozialen Strukturen in den Orten des Zusammenlebens zu erhalten“ (2010: 54).

Besonders hervorzuheben ist in diesen Forderungen der Aspekt der Partizipation - auf diesen wird im Verlauf der Konzeptentwicklung noch im Detail eingegangen. Auch eine repräsentative Umfrage kann in diesem Sinne als Partizipation betrachtet werden. Gefragt nach ihren Erwartungen an staatliche und gesellschaftliche Akteure, ergeben sich aus den Daten der Generali Altersstudie folgende Konsequenzen für die Organisation der Altenpolitik auf örtlicher Ebene (vgl. Generali Zukunftsfond 2012):

- Alter und Altern ist als Querschnittsaufgabe in die Kommunalpolitik zu integrieren.
- Benötigt werden Handlungskonzepte, die auf Gemeinwesenorientierung und Vernetzung zielen, nicht aber mehr ausschließlich auf den Einzelfall.
- Notwendig sind keine Standardlösungen, sondern eine sachgerechte Heterogenität als Folge der zunehmenden sozialen Differenzierung des Alters.
- Entscheidend ist die Mitwirkung der Betroffenen als Experten in eigener Sache.

3. Ziele des Konzeptes

Aus den bisherigen Überlegungen ergeben sich eine Reihe von ableitbaren Zielen für die Konzepterstellung im Rahmen der "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel": Diese werden in den folgenden beiden Abschnitten im Detail dargestellt. Dies erfolgt in drei verschiedenen Abstufungen in Bezug auf die Abstraktheit:

- Zunächst werden generelle Ziele der kommunalen Altenhilfeplanung beschrieben. Diese Ziele sind noch abstrakt und bedürfen der anschließenden Konkretisierung, dienen aber als Grundlage für die folgenden Ziele (vgl. Abschnitt 3.1).
- Diese Konkretisierung erfolgt dann im Abschnitt 3.2, der sich mit den eher langfristigen Zielen dieses Konzepts auf einer (gesellschaftlichen) Makroebene auseinandersetzt.
- Im dritten Schritt werden konkrete Aufgaben und Handlungsschritte herausgearbeitet, die sich in einer mittel- bis kurzfristigen Perspektive ergeben. Diese Ziele werden im Detail konkretisiert und werden im Hauptteil dieser Konzeption (Abschnitt 4) dargestellt.

Gleichsam als Grundlage können dabei die Thesen dienen, die Andreas Kruse als notwendige Voraussetzungen für eine **altersfreundliche Kultur** aufgestellt hat (Kruse 2013):

- Altersfreundliche Kultur bedeutet die Einbeziehung älterer Menschen in sie betreffende Diskurse: "Über ältere Menschen, aber nicht mit diesen zu sprechen, legt die Annahme nahe, dass diese nicht als ein aktiver, mitverantwortlich handelnder Teil der Gesellschaft wahrgenommen, dass diese in ihren Potenzialen nicht ernstgenommen werden" (ebd., 38)
- Altersfreundliche Kultur bedeutet, das Alter in eine intergenerationelle Perspektive zu integrieren.
- Altersfreundliche Kultur bedeutet ein hohes Interesse an den Potenzialen im Alter und des Alters
- Altersfreundliche Kultur bedeutet die Förderung sozialräumlicher Kontexte, die Selbständigkeit und Selbstverantwortung fördern und Teilhabe und Mobilität sichern
- "Eine altersfreundliche Kultur leugnet nicht die Rechte, Ansprüche und Bedürfnisse jüngerer Menschen, sondern ist vielmehr von dem Bemühen bestimmt, die Rechte, Ansprüche und Bedürfnisse aller Generationen zu erkennen und anzuerkennen, wobei keine Generation bevorzugt oder benachteiligt wird“ (ebd., 40).

3.1 Altenhilfeplanung als Netzwerkplanung im Quartier

Im Frankfurter Forschungsprojekt "Hier will ich wohnen bleiben!" zeigen sich aus der Perspektive der älteren Generation insgesamt **vier zentrale Themenfelder und Problemlagen**, die im Hinblick auf Selbständigkeit und Zufriedenheit von großer Bedeutung sind (vgl. Oswald et al. 2013):

- **Wohnen und sozialer Austausch**: Betont wird der Wunsch, im Quartier wohnen zu bleiben und nach Orten der Begegnung und nach Begleitung
- **Barrierefreiheit, Zugänglichkeit, Sicherheit und Sauberkeit** im unmittelbaren Wohnumfeld
- **Mobilität** (insbesondere diejenige zu Fuß) und Alltagsaktivitäten außerhalb der eigenen Wohnung
- **Versorgung und Dienstleistungen** im Wohnumfeld

Nun soll im Rahmen des Umsetzungskonzeptes "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" und der nachfolgenden Umsetzung nicht die gesamte Bandbreite dieser Anforderungen an eine altersgerechte räumliche und soziale Umwelt in den Blick genommen werden. Der Blick in aktuelle Forschungsergebnisse, die Diskussion um Nachbarschaften, sorgende Gemeinschaften, intergenerationelle Solidarität oder eine mögliche "neue Subsidiarität" machen aber die enorme Bedeutung dessen deutlich, was der soziale Austausch umfasst. Aus diesem Grund steht der soziale Austausch im Vordergrund dieses Konzepts. Unterstützung findet sich aus der Perspektive der sozialen Altenarbeit: Trotz der unbefriedigenden schwachen Verrechtlichung (vgl. Aner 2010) bescheinigt Kricheldorf der Sozialen Arbeit mit älteren Menschen eine verstärkte Hinwendung hin zum Gemeinwesen: "Das Konzept Altern im Gemeinwesen bricht [...] die eher geschlossenen Strukturen in herkömmlichen familiären Bezügen und in den traditionellen Institutionen der Altenhilfe auf und richtet sich auf die Initiierung und Stärkung lebendiger Nachbarschaften und auf die Vernetzung vorhandener Strukturen. Damit wird die Zielsetzung eines selbständigen und gelingenden Alterns in sozialer und intergenerationeller Verbundenheit [...] klar fokussiert" (Kricheldorf 2015: 22). Kennzeichnend für dieses Konzept ist der Aufbau generationenübergreifender Netzwerke, der Abbau von Zugangsbarrieren bzw. die Eröffnung von Zugangsmöglichkeiten hin zu Unterstützungssystemen mit dem Ziel, älteren Menschen und ihren Angehörigen soziale Teilhabe zu ermöglichen oder zu erhalten. Insgesamt geht Kricheldorf davon aus, dass durch "den Paradigmenwechsel in der Sozialen Arbeit mit älteren Menschen – von der klassischen offenen Altenarbeit zur Arbeit mit Älteren und für Ältere im Gemeinwesen [...] – und der damit sozialräumlichen Ausrichtung aller Tätigkeiten [...] die Nachbarschaft insgesamt an Bedeutung gewonnen" hat (Kricheldorf 2015: 23).

Kricheldorf (2015) fasst die Aufgaben der Sozialen Arbeit im Kontext des demografischen Wandels im Gemeinwesen daher wie folgt zusammen:

- Schaffung von Räumen für den intergenerationellen Austausch und Begegnungsmöglichkeiten, auch für immobile Menschen im Umfeld
- Initiierung und Unterstützung von neuen Wohnformen
- Herstellung von Vernetzung und Transparenz

Einen weiteren "Baustein" liefern Schubert et al. (2015): Sie gehen davon aus, dass die Altenhilfe über einen langen Zeitraum in nicht miteinander verbundene funktionale Teilaufgaben gleichsam fragmentiert war. "Die fehlende Transparenz der zergliederten Abläufe verstärkte, dass die professionellen Akteure der verschiedenen Ressorts und der einzelnen Einrichtungen relativ isoliert auf ihren operativen Inseln agierten [...] Vor diesem Hintergrund setzte sich [...] die Einsicht durch, dass die integrierte Qualitätsentwicklung von Diensten und Einrichtungen in den Sozialräumen der Bewohnerinnen und Bewohner entscheidend davon abhängt, ob diese Barrieren überwunden werden. Entdeckt wurde das Netzwerk als neue Organisationsform [...], weil das Prinzip zugrunde liegt, 'Brücken' zwischen den operativen Inseln 'schlagen' zu können. Die Sozial- und Infrastrukturplanung für ältere Menschen wird daher zunehmend nach den Kriterien der 'Netzwerkkooperation' modernisiert" (Schubert et al. 2015, 138).

Damit bilden soziale Ressourcen in 'natürlichen' Netzen - etwa in Familie, Nachbarschaft

oder Vereinen - Anknüpfungspunkte für die professionelle Soziale Arbeit mit Älteren. "Mit der Konstruktion künstlicher (Dienstleistungs-)Netzwerke zwischen Diensten und Einrichtungen der öffentlichen und freien Altenhilfe werden professionelle Ressourcen gebündelt und fachliche Aktivitäten interdisziplinär koordiniert sowie mit den lokalen Primär- und Sekundärnetzwerken der älteren Menschen gekoppelt" (Schubert et al. 2015: 138f.).

Damit ist moderne Altenhilfeplanung durch mindestens vier Aspekte gekennzeichnet: Neben der "klassischen Pflegestrukturplanung" und in Ergänzung der ohnehin vorauszusetzenden Sozialraumorientierung[2] (vgl. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2011) wird sie bestimmt durch eine Fokussierung hin auf den sozialen Austausch, durch soziale Arbeit im Gemeinwesen und in Nachbarschaften und durch eine zunehmende Netzwerkorientierung.

Insgesamt ergeben sich folgende **Leitlinien für eine kommunale Altenhilfeplanung** (vgl. Rohden & Villard 2010):

- Die Ziele der Altenhilfeplanung müssen ein bestimmtes Maß an Konkretheit aufwei-
- Es bedarf einer aktiven und aktivierenden Beteiligung der älteren Bürger und Bürge-
- "Eine auf Prävention ausgerichtete Altenplanung fördert die Kompetenzen älterer nehmenden Hilfebedarf zu erschließen und macht die Menschen nicht zu Subjekten
- Unterschiedliche Lebenslagen und Bedürfnisstrukturen sind in der Altenhilfeplanung
- Altenhilfeplanung sollte die Fragmentierung in Teilaufgaben (vgl. Schubert et al.
- Altenhilfeplanung ist zu begreifen als "gemeinsamer lokaler Lern- und Suchprozess der örtlichen Akteure" (55).

Diese Leitlinien bilden damit die Grundlage für die im Folgenden dargestellten langfristigen und kurzfristigen Ziele, die mit der Umsetzung des Konzepts "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" verbunden sein sollten.

3.2 langfristige Ziele

Hier werden diejenigen Ziele dargestellt, die sich einer langfristigen Perspektive angestrebt werden. Hierbei handelt es sich um wünschenswerte Zustände auf einer gesellschaftlichen Makroebene, wie beispielsweise Werte oder Einstellungen, die allerdings nicht direkt beobachtbar sind.

[2] **Sozialraumorientierung geht auf die Erkenntnis zurück, dass soziale Probleme nur jeweiligen Kontext zu bearbeiten sind. Damit ist Sozialraumorientierung im Rahmen der Gemeinwesenarbeit das Grundprinzip der Sozialen Arbeit. Entstanden ist die Sozialräumorientierung eigentlich im Bereich der Hilfen zur Erziehung als Kritik einer versäulten, nur am Einzelfall orientierten Hilfe (vgl. Thole et al. 2015).**

3.2.1 langfristiges Ziel 1: Beförderung von Generationensolidarität

Ein wichtiges langfristiges Ziel besteht in der Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen, indem das Beziehungsgeflecht zwischen den Generationen (nicht zuletzt) durch kommunales politisches Handeln gefördert und unterstützt wird.

Auf die Veränderungen vor allem familialer Beziehungen, insbesondere eine möglicherweise abnehmende Selbstverständlichkeit und Zuverlässigkeit der Beziehungen zwischen den Generationen wurde an anderer Stelle schon hingewiesen. Insbesondere bei Kinderlosen und fragilen oder nicht funktionierenden Familienbeziehungen können daher Generationenbeziehungen außerhalb der Familie an Bedeutung gewinnen, aber nicht nur in diesem Fall: "Es ist lohnend, die Potenziale von Generationenbeziehungen auch außerhalb des familialen Kontexts zu erkennen und zu nutzen, selbst wenn sie innerhalb von Familien verfügbar sind und funktionieren. Denn es ist unbestritten, dass Beziehungen zwischen den Generationen außerhalb von Familien auch einen eigenständigen Wert besitzen und eine große Bereicherung für die jeweiligen Individuen darstellen resp. als eine solche erlebt werden" (BMFSFJ 2012: 26). Diese Überzeugung findet sich auch in den Handlungsempfehlungen für eine "Partnerschaft der Generationen" im Landesseniorenplan des Saarlandes: "Benötigt wird eine Stärkung privater, familiärer und selbstorganisierter Netzwerke unter Anerkennung des 'kleinen' Generationenvertrages der informellen und materiellen Transferleistungen zwischen den Generationen. Dabei gilt es - trotz der nach wie vor besonderen Bedeutung der Linienverwandtschaften - die Vielfalt vorzufindender Familienformen ebenso wie nicht-familiäre Beziehungen angemessen zu berücksichtigen" (Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales Saarland 2007: 110). Schon vorher geht das Modellprogramm "Selbstbestimmt wohnen im Alter" davon aus, dass die Förderung intergenerationeller Solidarität eine wesentliche Vorausaussetzung bildet für "dauerhafte Bestehen funktionierender Selbst- und Nachbarschaftshilfen" (BMFSF 2004: 23).Konsequent weitergedacht könnte diese Generationensolidarität auch im Bereich der häuslichen Pflege Anwendung finden: "Generationenübergreifende und kleinräumige Unterstützungsnetzwerke, in denen Angehörige, Nachbarn, bürgerschaftlich Engagierte und professionelle Dienstleister zusammenarbeiten, können ein zusätzliches Standbein im Versorgungsmix bilden" (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2015: 8).

Als mögliches Problem sieht das bereits erwähnte Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen aber das Prinzip der Reziprozität, das sozialen Beziehungen bzw. jeder Form von sozialem Austausch innewohnen sollte: "Werden Geben und Nehmen nicht als ausgeglichen wahrgenommen, so ist es unwahrscheinlich, dass solche Beziehungen über längere Dauer fortbestehen und gepflegt werden. Denn die Möglichkeit, erhaltene Hilfeleistungen in irgendeiner Form erwidern oder vergelten zu können, ist von zentraler Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Wohlbefindens gerade der älteren Menschen, sofern sie auf solche Kontakte angewiesen sind" (BMFSFJ 2012: 28).

Insgesamt geht dieses Gutachten von hohen Voraussetzungen für diese gesellschaftlich notwendige Entwicklung aus, die nicht als kompensatorisch, sondern ergänzend zu den bestehenden Beziehungen angesehen werden: "Alle gegenwärtigen Versuche, auf der mittleren Ebene zwischen Familie und Gesellschaft in den Kommunen und Regionen Generationensolidarität zu schaffen und zu gestalten betreten Neuland und können in der Sozial- und

Kulturgeschichte unserer Gesellschaft nicht auf historische Vorbilder zurückgreifen" (BMFSFJ 2012: 15).

Dabei gilt es folgendes zu beachten: Ein entsprechendes Handeln oder Planen - sei es auf der abstrakten Ebene von Generationenpolitik oder der konkreten Ebene von Altenhilfeplanung - im Blick haben, ob und in welchem Ausmaß die in anderen Bereichen geplanten oder durchgeführten Maßnahmen Auswirkungen auf die Generationenbeziehungen haben (vgl. BMFSFJ 2012). Selbstverständlich gilt diese Forderung auch in umgedrehter Perspektive. Dieses Ziel mag vergleichsweise abstrakt erscheinen, findet seine Entsprechung aber auch im Konzept des "Kuratorium Deutsche Altershilfe" als erstes Ziel einer erfolgreichen Quartiersentwicklung, dem wertschätzenden gesellschaftlichen Umfeld (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013).

3.2.2 langfristiges Ziel 2: Sorgende Gemeinschaften, neue Subsidiarität und Ehrenamt

Neben der Beförderung der Generationensolidarität sollte die Arbeit im Quartier langfristig dazu führen, dass sich in den Quartieren subsidiäre Unterstützungsstrukturen im Sinne sorgender Gemeinschaften bilden können.

Dieses Ziel hängt selbstverständlich eng mit dem zuerst genannten Ziel der Beförderung von Generationensolidarität zusammen, soll aber zumindest in einer analytischen Perspektive getrennt werden. Deutlich wird dieser Zusammenhang beispielswiese in der Beschreibung dessen, was das Kuratorium Deutsche Altershilfe unter dem zuletzt angesprochenen wertschätzenden gesellschaftlichen Umfeld versteht: Dieses "bildet die Voraussetzung dafür, dass die Bürgerinnen füreinander im Quartier Verantwortung übernehmen. Es geht darum, an den normativen Grundlagen im Quartier zu arbeiten, das heißt, die gemeinsame Identität zu stärken und an einem 'Wir-Gefühl' zu arbeiten. Sie bilden den Kit für eine Gemeinschaft. Damit diese Gemeinschaft auch das Potenzial als 'sorgende Gemeinschaft' [...] ausschöpft, werden Werte benötigt, die das Element des 'Sorgenden' auch unterstützen. Hierzu muss jedoch an den gesellschaftlichen Werten gearbeitet werde" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 16).

Die Diskussion um sorgende Gemeinschaften, darauf wurde schon zuvor hingewiesen, ist ebenfalls eine Folge sich verändernder Generationenbeziehungen vor dem Hintergrund gesellschaftstheoretischer Überlegungen: "Der Begriff der sorgenden Gemeinschaft reagiert auf diese existenzielle, für die Gesellschaft grundlegende Bedeutung von Gemeinschaften. Ihm liegt die anthropologische Annahme zugrunde, dass der Mensch danach strebt, sich gegenüber anderen Menschen verantwortlich zu zeigen. Er sorgt sich um andere, von ihm geht Sorge für andere Menschen aus, und er erfährt zugleich Unterstützung und Sorge durch andere Menschen. So sind wir Menschen soziale Wesen" (Klie 2014: 123). Zugleich benötigt eine sorgende Gemeinschaft, darauf weist Klie weiter hin, einer "sicherheitsstiftenden Infrastruktur und eines professionellen Back-ups" (Klie 2014: 128), also einer Anbindung an kommunale Planungsstrukturen. Klie sieht hier sogar eine klare Verantwortung der Kommunen: "Die vielfältigen Bedürfnisse von Familien mit Klein- und Schulkindern, aber auch mit ihren auf Unterstützung verwiesenen alten Angehörigen nach zeitlicher Entlastung, Abstimmung und Vereinbarkeit lassen sich auch durch neue Formen der kommunalen Planung, Steuerung, Vernetzung und Kooperation beantworten" (Klie 2014: 129).

Im Zusammenhang mit der Diskussion von sorgenden Gemeinschaften steht auch diejenige um eine mögliche "Renaissance des Subsidiaritätsprinzips" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2009), also einer Rückbesinnung auf die Selbstorganisationsfähigkeit kleiner Gemeinschaften wie beispielsweise Familie, aber auch von Nachbarschaften. Ein modernes Verständnis von Subsidiarität setzt dabei voraus, dass eine "übergreifende Gesamtaufgabe auf eine Vielzahl von Akteuren und Trägern verteilt ist" (Klie 2014: 186). Gefordert wird der Auf- und Ausbau subsidiärer Hilfesysteme durch Gemeinwesenorientierung und Eigeninitiative unter Verweis auf die Selbsthilfekräfte der älteren Generation durch die Stärkung vorhandener sozialer Netze: "Gemeinwesenorientierung und Eigenverantwortung verweisen auf einen schwierigen und anspruchsvollen Umsteuerungsprozess von einer Sozial-Konsumgesellschaft hin zu einer zivilgesellschaftlichen Verantwortungslogik. Ein solcher Umbau bedarf auf kommunaler Ebene hochrangiger politischer Unterstützung im Sinne von öffentlich begründeter Ressourcen-Umverteilung. Natürlich ist ein Konzept guter Gemeinwesenarbeit auf den ersten Blick scheinbar abstrakt, da sich die Wirkungen nur schwerlich ‚begreifen' lassen. Dazu passt, dass sozialstaatliche Leistungen immer von Defiziten und nicht von Ressourcen ausgehen. Dabei wird die Vorstellung, dass eine immer bessere Qualität als Ergebnis einer weitgehend ausschließlichen Professionalisierung von Sozialen Diensten entwickelt wird, nicht nur aus materiellen Gründen immer fragwürdiger" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2006: 14). Ähnlich argumentiert auch Klie: "Dabei ist Subsidiarität Ordnungsprinzip und Resultat zugleich. Das Prinzip der Subsidiarität eignet sich nicht, aus ihm abzuleiten wer, wann, wie und wofür zuständig ist, nach dem Motto: ‚Erst die Familie und wenn sie gar nicht mehr kann und erschöpft ist, der Staat'. So sieht die Realität vielfach heute noch aus. Vielmehr ist Verantwortungsteilung gefragt. Aushandeln ist gefragt" (Klie 2014: 129).

Und: Gelingt es, ein wertschätzendes gesellschaftliches Umfeld zu schaffen, in dem sich Ansätze für eine sorgende Gemeinschaft und eine "neue Subsidiarität" zeigen, wird damit zugleich die Mobilisierung des Bürgerschaftlichen Engagement unterstützt. So versteht beispielsweise der Deutsche Verein das bürgerschaftliche Engagement als eine wichtige Säule des Gemeinwesens (Deutscher Verein 2006), weist aber zugleich darauf hin, dass bürgerschaftliches Engagement nicht den Abbau sozialstaatlicher Angebote oder Einsparungen in den Kommunen vor Ort kompensieren sollte.

3.2.3 langfristiges Ziel 3: Partizipation

Voraussetzung für eine gelingende Zielerreichung ist eine umfassende Partizipation älterer Bürger und Bürgerinnen im Sinne einer direkten und intensiven Beteiligung bereits in der Phase der Planung und Gestaltung des Quartiers als Experten in eigener Sache.

Mit Partizipation ist an dieser Stelle nicht in erster Linie die Beteiligung im Sinne von bürgerschaftlichem Engagement gemeint, sondern eher die Chancen der kontinuierlichen, direkten und intensiven Beteiligung der Bürger bereits in der Phase der kommunalen Gestaltung und Planung (in diesem Sinne kann Partizipation dennoch als ein Bestandteil bürgerschaftlichen Engagements angesehen werden). Diese Einbeziehung älterer Menschen in sie betreffende Diskurse bezeichnet Kruse auch als wesentliche Voraussetzung für eine altersfreundliche Kultur. Darunter versteht er die "Einbeziehung älterer Menschen in den gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Diskurs, dabei auch in den gesellschaftlichen und kulturellen Fortschritt. Nicht selten ist im öffentlichen Raum die Tendenz erkennbar, über ältere Menschen zu sprechen, aber eben nicht mit diesen" - ein Aspekt, der dann von Kruse als Diskri-

minierung bezeichnet wird (Kruse 2013: 38).

Aus der Perspektive der Gemeinwesenarbeit als einer sozialräumlichen Strategie, die sich nicht sozialpädagogisch auf einzelne Individuen konzentriert, sondern soziale Räume wie etwa das Quartier im Blick hat, erhalten die Bewohner somit eine wichtige Funktion: Diese werden dabei, auch im Sinne eines Empowermentansatzes, als Akteure und Experten in eigener Sache gesehen" (Kricheldorf 2015: 25). Im Rahmen einer solchen Beteiligung, die sich schon aus den Leitlinien für eine kommunale Altenhilfeplanung ergibt (vgl. Rohden & Villard 2010), rückt dabei insbesondere die Tatsache der Beteiligung als solche in den Fokus:: "entscheidend für die Wirksamkeit von Altenplanungen sind nicht allein ihre Pläne, sondern die 'Güte' der initiierten Lern- und Kulturentwicklungsprozesse der unterschiedlichen örtlichen Akteure" (Rohden & Villard 2010: 56).

So kann beispielsweise die Lebensqualität älterer Menschen bereits im Verlaufe der Beteiligung gestärkt werden. Rüßler und Stiel (2015) gehen davon aus, dass die Lebensqualität bereits durch im Verlaufe der Beteiligung in Erfahrung gebrachte Wertschätzung oder die "mit Partizipation einhergehenden Erfahrungen individueller und kollektiver Selbstwirksamkeitsstärkung" (163) beeinflusst und gestärkt werden kann. Letzteres bezeichnen Rüßler und Stiel auch als Empowerment, also der Herstellung von Selbstbestimmung über die Rahmenbedingungen des eigenen Alltags.

Auch das Kuratorium Deutsche Altershilfe weist in seinen Überlegungen für eine altersgerechte Quartiersentwicklung (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013) darauf hin, dass beispielsweise Netzwerke als ein wesentlicher Bestandteil eben dieser Quartier nur funktionieren, wenn eben jene Bürger beteiligt sind. Durch die Beteiligung der wesentlichen Akteursgruppen entstehen Verantwortungsgemeinschaften, die dann gemeinsam die Verantwortung für die Bedarfslage in einem bestimmten Sozialraum übernehmen. Zugleich ist damit auch eine Kontrolldimension implementiert: "In die lokalen Kooperationen und Netzwerke sind immer auch die BürgerInnen des Quartiers einzubinden. Quartierskonzepte gehen von den Menschen aus, sie orientieren sich an ihren Bedürfnissen - daher können Quartierskonzepte nicht ohne die BürgerInnen im Quartier umgesetzt werden. Zentral für die Umsetzung von Quartiersprojekten ist die Partizipation der QuartiersbewohnerInnen sowohl bei der Planung als auch bei der Umsetzung. Sie sollen in allen Umsetzungsphasen ihre Bedürfnisse, Erfahrungen, Interessen und Potenziale bei der Ausgestaltung ihres Lebensraums mit einbringen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 61).

Von großer Bedeutung für eine gelingende Partizipation ist die Wahl der jeweils angemessenen Methode der Beteiligung - auf diesen Aspekt wird im Rahmen der Aufgaben- und Prozessbeschreibung (vgl. Abschnitt 4) noch im Detail eingegangen. So weist beispielsweise das Modellprogramm "Selbstbestimmt wohnen im Alter" auf mögliche Probleme hin: "Die Ergebnisse der Umsetzung beteiligungsorientierter Verfahren weisen auch darauf hin, dass die Verfahren gut vorbereitet, auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmt und durchgeführt werden müssen. Dann sind auch oftmals nur schwer zu erreichende Zielgruppen (z. B. Migranten und Migrantinnen, ältere Frauen) zu motivieren, sich im begrenzten Maß weiterhin zu engagieren. Allerdings stößt die Bereitschaft zur aktiven Teilhabe im Rahmen von Beteiligungsverfahren an altersbedingte Grenzen" (BMFSF 2004: 8).

3.2.4 langfristiges Ziel 4: Verstetigung sichern

Entscheidend für die Erreichung vor allem der langfristigen Ziele ist die Verstetigung der Quartiersarbeit nach Ablauf einer Projekt- oder Anlaufphase

Zuletzt sei an dieser Stelle noch abschließend auf den Aspekt der Verstetigung hingewiesen: Diese Forderung ergibt sich mehr oder weniger logisch aus der Tatsache, dass die bisher dargestellten langfristig zu erreichenden Ziele eben nur dann erreicht werden können, wenn Strukturen und Prozesse im Quartier langfristig aufrecht erhalten werden. Dies kann aber nur dann gelingen, wenn auch eine nachhaltige Finanzierung der Strukturen vor Ort bzw. im Quartier sichergestellt werden kann.

So verweist etwa Kricheldorf in Bezug auf Gemeinwesenarbeit darauf hin, das beispielsweise nachbarschaftliche Netzwerke kein Selbstläufermodell sind, "weil die Aneignung von Kompetenzen zur Selbstorganisation in der Bevölkerung sehr ungleich verteilt sind und oft professionelle Unterstützung brauchen. Wenn aber Bürgerbeteiligung wirklich gewollt und erwünscht ist, müssen für die Förderung von Selbstorganisation- und Beteiligungsprozessen und von Engagement, auch entsprechende personelle Ressourcen im Rahmen eines Quartiersmanagements oder über Personalstellen in der Gemeinwesenarbeit geschaffen werden" (Kricheldorf 2015: 25).

Darüber hinaus weist das Kuratorium Deutsche Altershilfe noch aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive auf mögliche fiskalische Einspareffekte hin, da durch eine gelingende Quartiersentwicklung und dem damit längeren Verbleib in den "eigenen vier Wänden" auch der weitere Ausbau der stationären Pflege vermieden werden könne (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013; vgl. auch Generali Zukunftsfond 2012).

4. Aufgaben und Handlungsschritte

In diesem Abschnitt werden auf der Grundlage der theoretischen Überlegungen (Abschnitt 2), der langfristigen Ziele (Abschnitt 3) und der empirischen Arbeiten, die in der Gemeinde Tholey als Modellstandort durchgeführt, konkrete Aufgaben und Handlungsschritte herausgearbeitet, die Rahmen der Etablierung von "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" empfohlen werden.

Die Projektarbeiten wurden im Zeitraum Frühjahr 2014 bis Anfang 2015 in Abstimmung mit dem Landkreis St. Wendel durchgeführt. Als Modellstandort für notwendige empirische Arbeiten vor Ort wurde die Gemeinde Tholey ausgewählt. Dort wurde am 2. Juli 2014 ein Expertenworkshop unter folgender Leitfrage durchgeführt: "Was ist notwendig bzw. was wird benötigt, damit in der Gemeinde Tholey jeder älter werdende Mensch solange in seinem Lebensumfeld bleiben kann, wie er bzw. sie es möchte?". In diesem Workshop konnten wichtige Hinweise zur vorhandenen Struktur von Angeboten im Bereich der Altenhilfe auf der einen Seite und Wünschen und Anforderungen auf der anderen Seite gewonnen werden. Im Dezember 2014 wurde darüber hinaus gemeinsam mit der Gemeinde Tholey eine schriftliche Umfrage an interessierte Bürger verteilt. Auch diese Erhebung stand unter der Leitfrage: "Was trägt dazu bei, dass Menschen auch im hohen Alter selbständig und zufrieden in ihrer gewohnten Umwelt - ihrem Quartier - leben können?" Insgesamt nahmen 85 Bewohner der Gemeinde Tholey an dieser Umfrage teil (siehe weitergehende Materialien im Anhang).

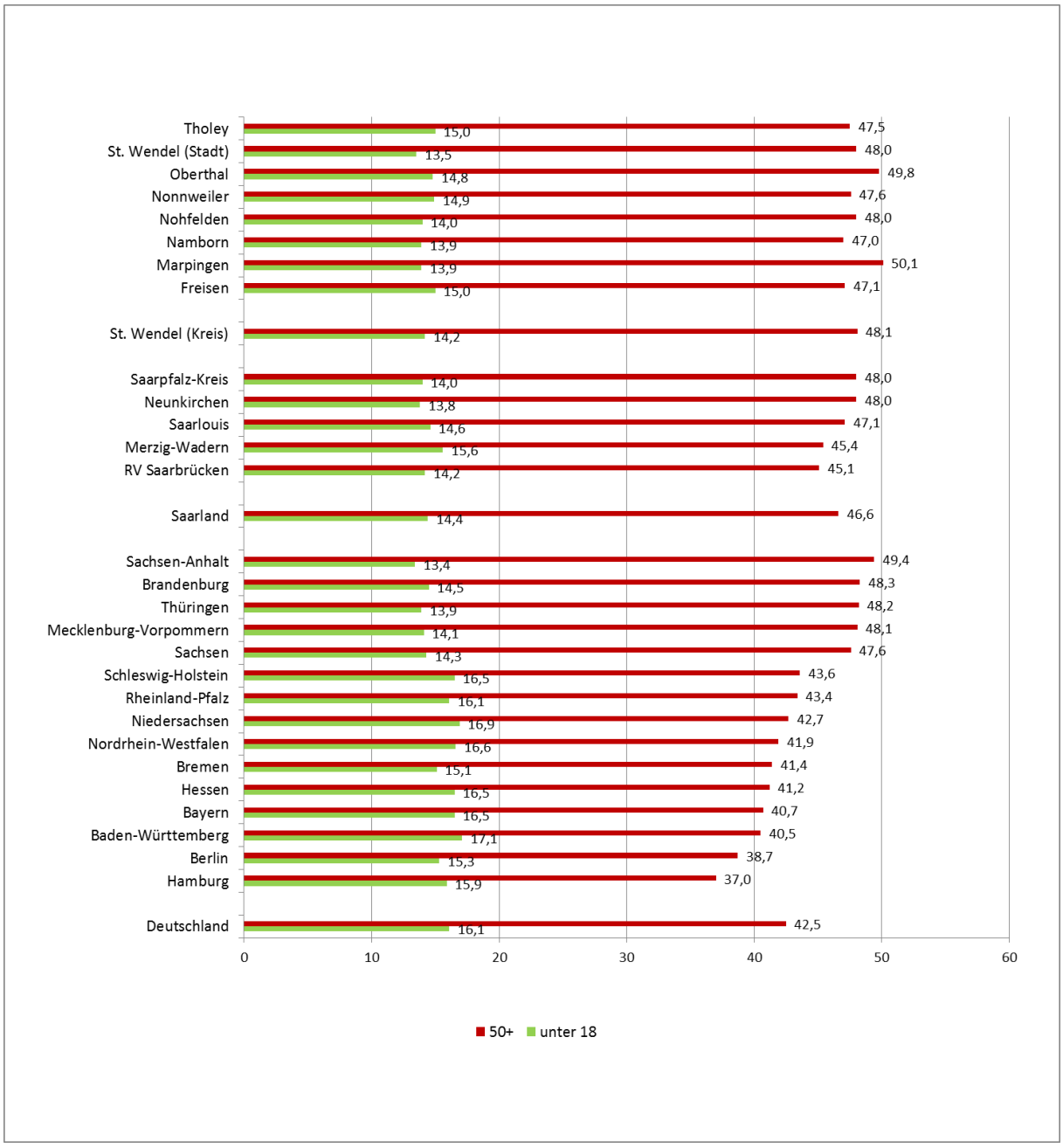
Die Notwendigkeit für die Entwicklung von "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" im Quartier ergibt sich letztlich aus den demografischen Strukturen vor Ort (vgl. folgende Abbildung 3): Im Vergleich aller Bundesländern weist das Saarland eine vergleichsweise alte Bevölkerungsstruktur auf. Deutlich wird dies am überdurchschnittlichen Anteil derjenigen Personen im Alter von 50 Jahren und älter bzw. am unterdurchschnittlichen Anteil junger Personen im Alter von unter 18 Jahren. In Bezug auf beide Relationen weist das Saarland den höchsten Anteil älterer Personen bzw. den niedrigsten Anteil jüngerer Personen aller alten Bundesländer auf. Auch die fünf Landkreise innerhalb des Saarlandes - darunter auch der Landkreis St. Wendel - und der Regionalverband Saarbrücken weisen vergleichbare Relationen auf. Auf der darunter liegenden Ebene der Gemeinden setzt sich dieses Bild fort: So weist die Gemeinde Tholey einen Anteil von Personen im Alter von 50 Jahren und älter von rund 48 Prozent auf, in den Gemeinden Oberthal und Marpingen liegt dieser Anteil bereits bei rund 50 Prozent. Entsprechend fallen auch die Anteile weiterer Altersgruppen im Landkreis St. Wendel überdurchschnittlich aus (Stand 31.12.2013, ohne Tabelle): Bereits jetzt liegt der Anteil der Altersgruppe 60 Jahre und älter bei rund 30 Prozent, derjenigen der Personen im Alter von 65 Jahren und älter bei rund 22 Prozent.

Die Gemeinden des Landkreises St. Wendel weisen eine vergleichsweise alte Bevölkerungsstruktur auf. Dieses Verhältnis zwischen Jung und Alt erfordert entsprechende Angebote und Maßnahmen.

Ältere Bürgerinnen und Bürger stellen damit einen überdurchschnittlichen Anteil der Bevölkerung. Dieser Anteil wird zudem weiter steigen: Begründen lässt sich dies durch die geringe Zahl von Geburten im Landkreis St. Wendel und den ebenfalls nur geringen Zuzug von

Familien in den Landkreis St. Wendel. Vor diesem Hintergrund ergibt sich damit die Notwendigkeit, dem sich verändernden Verhältnis zwischen Alt und Jung durch geeignete Angebote und Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Abbildung 3: Anteile ausgewählter Altersgruppen im Vergleich zum Stand 31.12. 2013



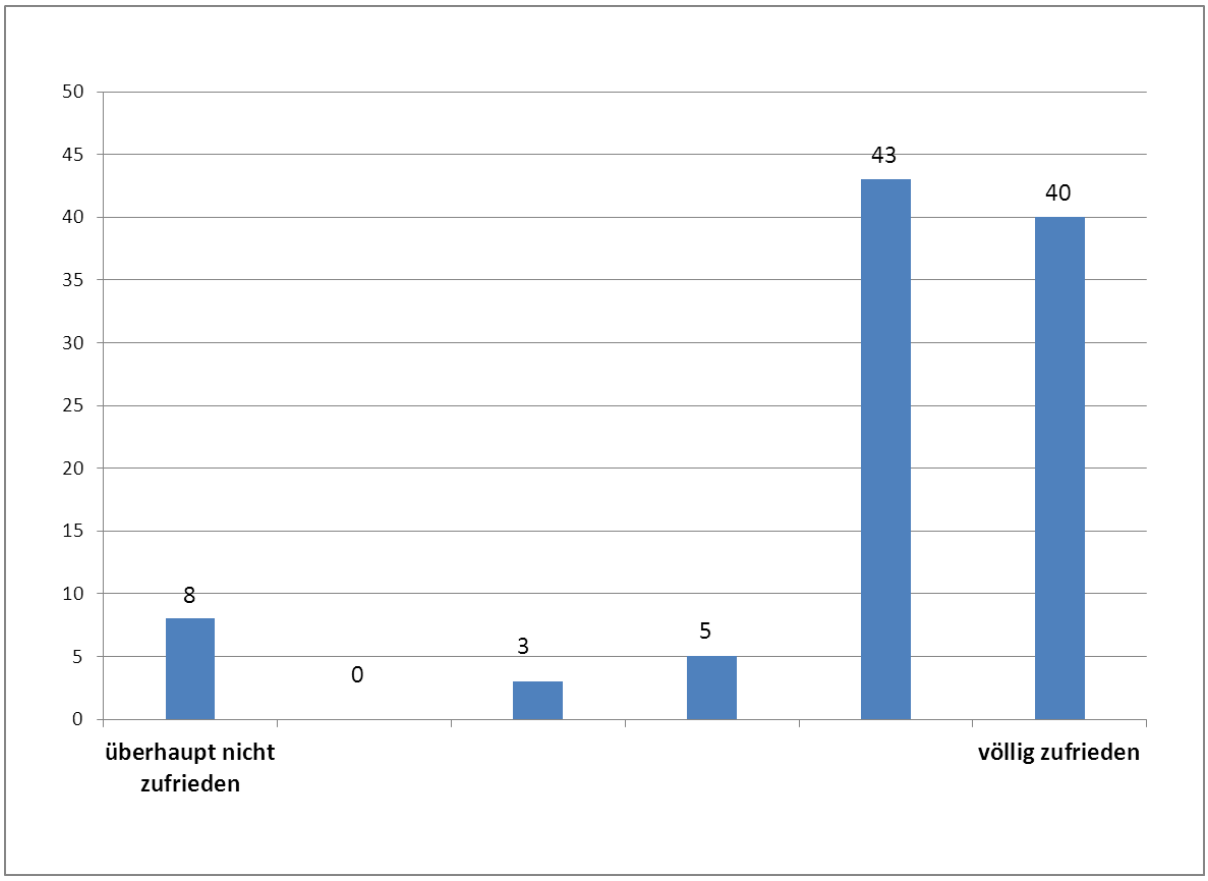
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung

Die 85 Befragten der Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey leben durchschnittlich seit 46 Jahren in ihrer Wohnung bzw. ihrem Haus und scheinen damit fest in ihrem jeweiligen Quartier verwurzelt. Die Befragten sind überwiegend weiblich (66 Prozent) und durchschnittlich 73 Jahre alt. 60 Prozent der Befragten sind verheiratet und wohnen überwiegend mit

dem (Ehe-)partner im gemeinsamen Haushalt.

Auffallend ist indessen die sehr hohe Lebenszufriedenheit der Befragten (vgl. Abbildung 4): Über 80 Prozent der Befragten sind mit ihrem Leben (Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit Ihrem Leben?", Einstufung auf 6-stufiger Skala von "überhaupt nicht zufrieden" bis "völlig zufrieden") entweder weitestgehend oder völlig zufrieden. Die folgenden Analysen werden dann zeigen, ob diese Einschätzung auch mit anderen Bewertungen der sozialen und räumlichen Umwelt übereinstimmt.

Abbildung 4: Lebenszufriedenheit



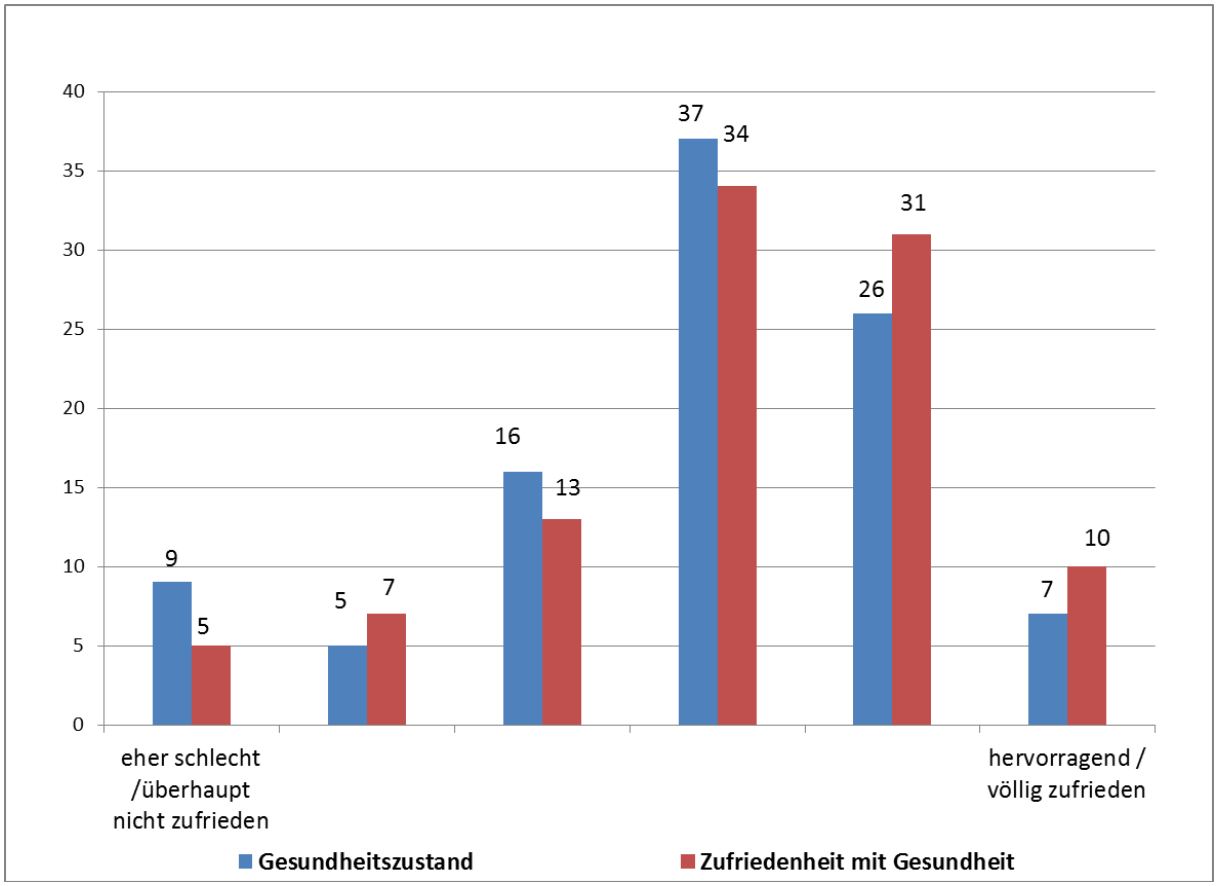
Quelle: Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey 2014, eigene Auswertung

Befragt nach Zufriedenheit mit der Gesundheit ("Wie zufrieden sind Sie - alles in allem - mit Ihrer Gesundheit?", Einstufung auf 6-stufiger Skala von "überhaupt nicht zufrieden" bis "völlig zufrieden") zeigen sich die Befragten ebenfalls sehr zufrieden mit ihrer Gesundheit. Rund 40 Prozent der Befragten sind mit ihrer Gesundheit weitestgehend oder völlig zufrieden, nur 12 Prozent sind mit ihrer Gesundheit eher unzufrieden.

Im Vergleich mit dieser subjektiven Zufriedenheit der Gesundheit fällt die (ebenfalls subjektive) Einschätzung der Gesundheit (Wie würden Sie derzeit Ihre Gesundheit bzw. Ihren Gesundheitszustand beschreiben?", Einstufung auf 6-stufiger Skala von "eher schlecht" bis "hervorragend") geringfügig schlechter aus (vgl. folgende Abbildung 5). Noch deutlicher wird der mögliche Unterschied zwischen der tatsächlichen Gesundheit und der Zufriedenheit mit

der Gesundheit, wenn nach Veränderungen der Gesundheit gefragt wird ("Hat sich Ihr Gesundheitszustand in den letzten 3 Jahren verändert?", vgl. Abbildung 6): Hier zeigt sich, dass nach eigener Einschätzung der Befragen der Gesundheitszustand bei 50 Prozent der Befragten in den letzten drei Jahren vor der Befragung entweder etwas oder sogar deutlich schlechter geworden ist. Damit bestätigen sich Ergebnisse aus anderen Untersuchungen, etwa im Deutschen Alterssurvey (vgl. DZA 2014): Obwohl mit steigendem Alter körperliche Erkrankungen und Einschränkungen der Mobilität zunehmen, bewerten ältere Menschen ihre Gesundheit oft als relativ gut. Dies kann auch als Hinweis auf das bereits erwähnte Zufriedenheitsparadox gesehen werden, also der Erhaltung oder Wiederherstellung von subjektiver Zufriedenheit trotz bestehender Einschränkungen oder Belastungen.

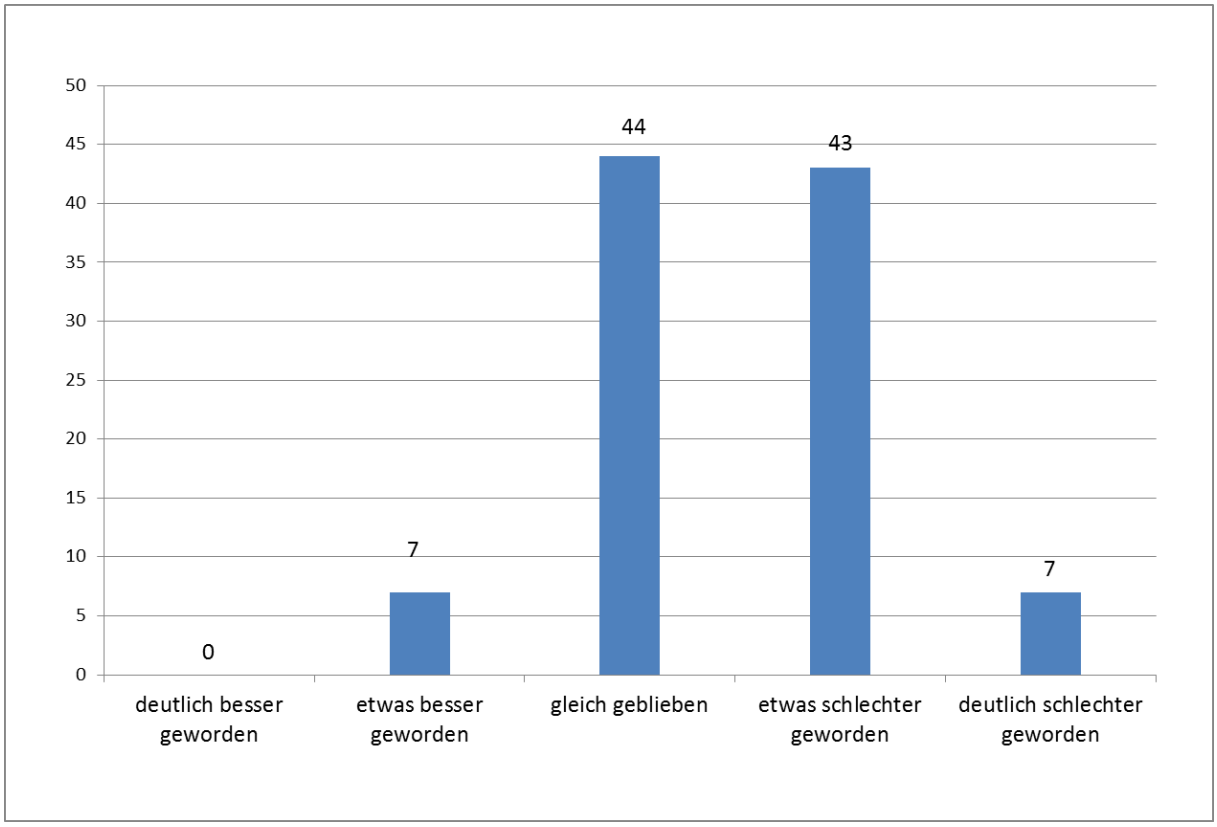
Abbildung 5: Gesundheitszustand und Zufriedenheit mit der Gesundheit



Quelle: Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey 2014, eigene Auswertung

Trotz bestehender Einschränkungen sind die Befragten in der Gemeinde Tholey mit ihrer Gesundheit sehr zufrieden.

Abbildung 6: Veränderungen des Gesundheitszustandes



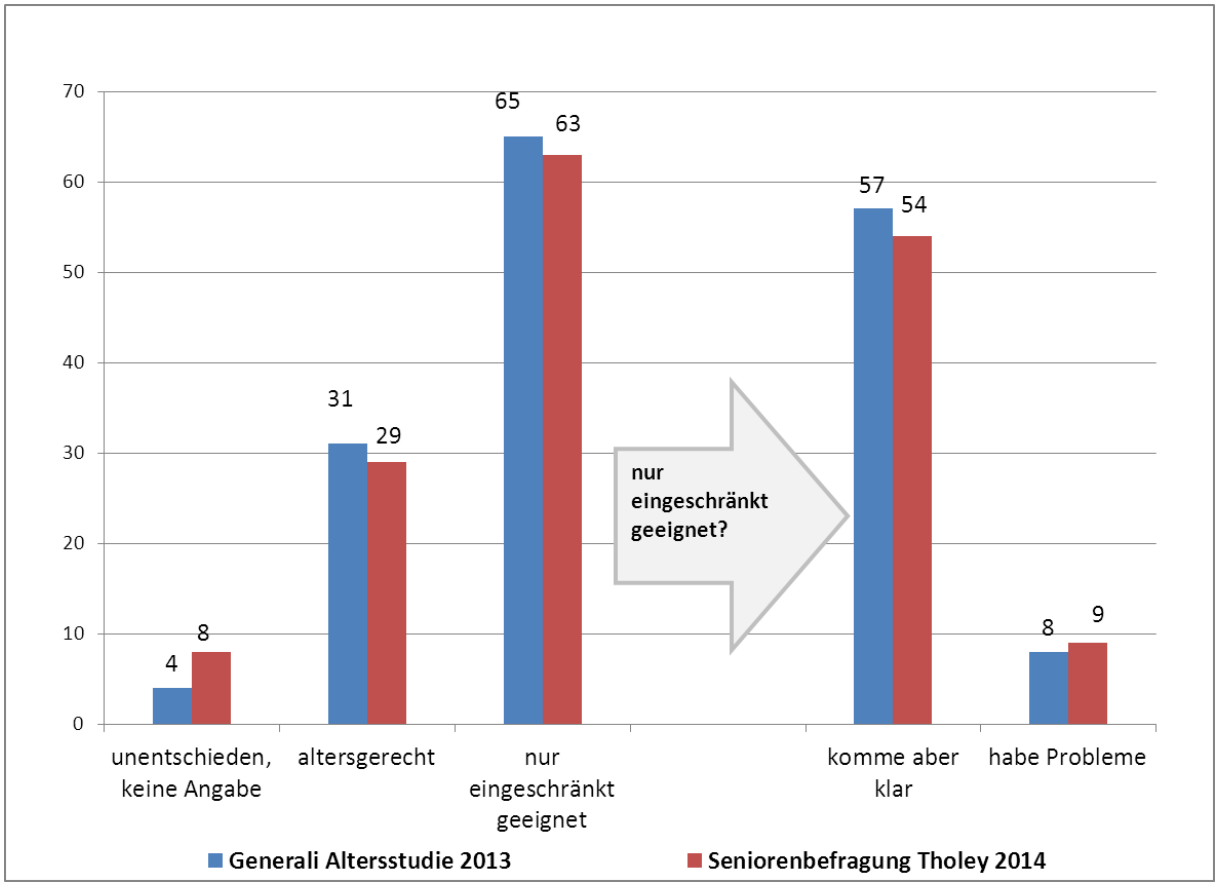
Quelle: Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey 2014, eigene Auswertung

Bereits an anderer Stelle wurde auf aktuelle Forschungsergebnisse verwiesen, denen zufolge sich nur ein sehr kleiner Teil von älteren Menschen mit konkreten Umzugsplänen beschäftigt, der größte Teil dieser älteren Menschen hingegen in der bisherigen Wohnung bzw. dem bisherigen Haus verbleiben möchte (vgl. Oswald et al. 2013): Zudem wurde auf Ergebnisse aus der Generali Altersstudie hingewiesen, der zufolge rund zwei Drittel der im Rahmen dieser Studie befragten 65- bis 85-Jährigen davon ausgehen, dass ihr Haus bzw. ihre Wohnung nur eingeschränkt altersgerecht sei und die dennoch keine Probleme in ihrer Wohnung berichten (vgl. Generali Zukunftsfonds 2013).

Die Häuser bzw. Wohnungen der Befragten in Tholey sind nur bedingt für das Leben im Alter geeignet.

Dieses Bild bestätigt sich in einem Vergleich auch bei den Befragten in der Gemeinde Tholey (vgl. Abbildung 7): Auch hier gehen 63 Prozent der Befragten davon, dass ihr Haus bzw. ihre Wohnung nur bedingt altersgerecht ist. Trotzdem berichtet nur etwa jeder zehnte Befragte in Tholey über tatsächliche Probleme in der Wohnung bzw. im Haus in Bezug auf die Anforderungen des Älterwerdens.

Abbildung 7: Wohnsituation



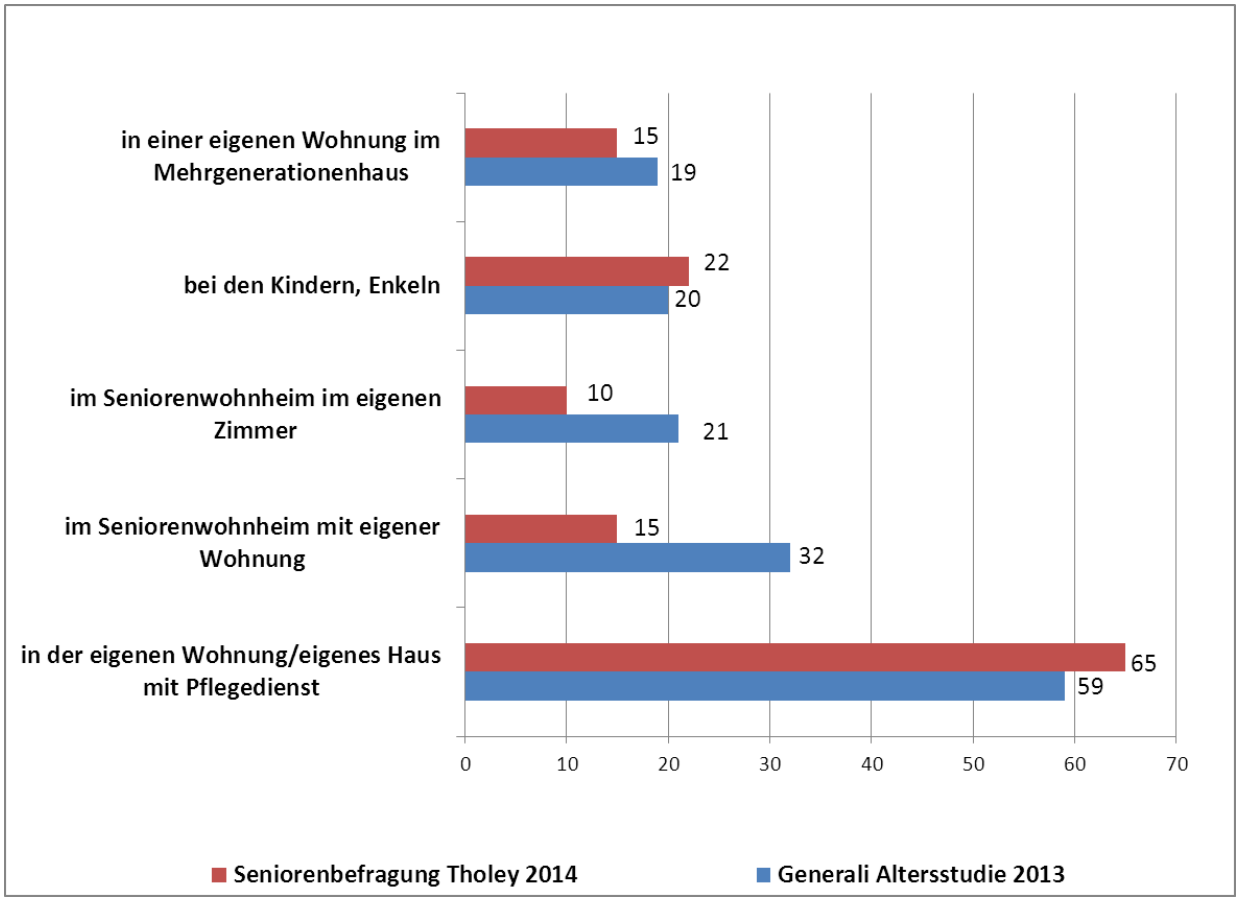
Quelle: Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey 2014, eigene Auswertung

Eine große Verbundenheit mit der Wohnung bzw. dem Haus zeigt sich auch in der Analyse der zukünftigen Wohnwünsche. Schon in der Generali Altersstudie (Generali Zukunftsfonds 2013) spricht sich der überwiegende Teil der Befragten für den Verbleib in der bisherigen Wohnung bzw. dem bisherigen Haus aus ("Wenn Sie einmal nicht mehr alleine leben können, wohin möchten Sie dann ziehen, wie möchten Sie dann am liebsten leben?").

Die Befragten in der Gemeinde möchten auch bei einer eventuellen Pflegebedürftigkeit in ihrem Haus zw. ihrer Wohnung wohnen bleiben.

In der Gemeinde Tholey fällt dieser Anteil noch ein wenig höher aus (vgl. Abbildung 8): Rund zwei Drittel der Befragten möchten auch bei eventuellen Problemen im eigenen Haus bzw. der eigenen Wohnung bleiben und ggf. einen Pflegedienst hinzuziehen. Nur jeder zehnte Befragte kann sich einen Umzug in ein Zimmer in einem Seniorenwohnheim vorstellen, rund 22 Prozent können sich vorstellen, später einmal bei Kindern oder Enkeln einzuziehen.

Abbildung 8: Wohnwünsche



Quelle: Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey 2014, eigene Auswertung

4.1 notwendige Strukturen Im Quartier

Die Ergebnisse der Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey und der Blick in die amtliche Statistik machen folgendes deutlich:

- Die Gemeinden des Landkreises St. Wendel weisen eine vergleichsweise alte Bevölkerungsstruktur auf.
- Die Befragten in der Gemeinde Tholey berichten über eine sehr hohe Lebenszufriedenheit.
- Trotz bestehender Einschränkungen sind die Befragten in der Gemeinde Tholey mit ihrer Gesundheit sehr zufrieden.
- Die Häuser bzw. Wohnungen der Befragten in Tholey sind nur bedingt für das Leben im Alter geeignet.
- Die Befragten in der Gemeinde Tholey möchten auch bei einer eventuellen Pflegebedürftigkeit in ihrem Haus zw. ihrer Wohnung wohnen bleiben.
- Darüber hinaus fühlen sich die Befragten in der Gemeinde Tholey - wie später noch im Detail beschrieben wird - mit ihrem Wohnumfeld sehr verbunden.

Damit deuten die Ergebnisse insbesondere an, dass auch im hohen Alter und bei einer eventuellen Pflegebedürftigkeit oder anderweitigem Unterstützungsbedarf von einem Verbleib im Quartier ausgegangen werden kann. Dies erfordert die Schaffung geeigneter Struk-

turen vor Ort im Quartier.

Notwendig ist die Schaffung von Strukturen vor Ort im Quartier.

Insbesondere die Erreichung der herausgearbeiteten langfristigen Ziele der Beförderung von Generationensolidarität und der Etablierung von sorgenden Gemeinschaften, neuer Subsidiarität und Ehrenamt (vgl. Abschnitt 3.2) setzt aber die Implementierung von Strukturen auf der Gemeindeebene als Querschnittsaufgabe voraus.

Diese Forderung ergibt sich z.B. aus der Kritik an der bestehenden Zergliederung der Sozialplanung für ältere Menschen, die nicht die gesamte Lebenssituation älterer Menschen berücksichtigt, sondern sich sehr stark auf die Altenhilfe als solche konzentriert. "Durch diesen eingeschränkten Blickwinkel der sozialen Fachplanungen werden die örtlichen Lebensräume und die Lebenswelten älterer Menschen institutionell zergliedert […] Beispielsweise beschränkt sich die Altenhilfeplanung auf Angebote der Seniorenarbeit und Altenhilfe, relativ unabhängig davon konzentrieren sich die Gesundheitsplanung, die Planung der Behindertenhilfe und auch die Bildungsplanung auf ihre jeweilige Feldzuständigkeit und auch die Wohn- und Stadtquartiersplanung entwickeln ein Eigenleben, obwohl die genannten Planungsfacetten aus Sicht vieler älterer Menschen zusammengenommen den Gesamtrahmen ihrer alltäglichen Lebensqualität abbilden. Das Spektrum der Dienstleistungen vor Ort wird in eine Reihe unverbundener planerischer Zuständigkeiten zergliedert. Die Barrieren des Ressortdenkens und die fehlende Transparenz der [...] zergliederten Abläufe führen zu operativen Inseln, auf denen die Fachplanungen der verschiedenen Ressorts relativ unabhängig voneinander Konzepte entwickeln, ohne deren Schnittstellen zu beachten" (Schubert et al. 2015: 137).

Gemeinwesenarbeit im Quartier muss als Querschnittsaufgabe angelegt werden.

Von großer Bedeutung ist aber nicht nur die Ausrichtung der Arbeit am Quartier und die Anlage der anstehenden Aufgaben als Querschnittsaufgabe, sondern auch eine Orientierung am (sich verändernden) Verhältnis zwischen Alt und Jung. Sollen tatsächlich die innerfamilialen und vor allem die außerfamilialen Generationenbeziehungen gestärkt werden, wie dies der wissenschaftliche Beirat für Familienfragen in seinem Gutachten fordert (BMFSFuJ (2012), sollen tatsächlich im Quartier sorgende Gemeinschaften in einer generationenübergreifenden Perspektive entstehen, erfordert dies die Schaffung von Strukturen, die hier eine verbindende Position zwischen den Generationen einnehmen. "Sicher ist: Eine sorgende Gemeinschaft bedarf, gerade wenn sie als Leitbild taugen soll, der Unterstützung, Anregung und Ermutigung, einer sicherheitsstiftenden Infrastruktur und eines professionellen Backups“ (Klie 2014: 128). In eine ähnliche Richtung gehen die Überlegungen des Netzwerks "Soziales neu gestalten": "Zur nachhaltigen Förderung von kleinen sozialen Netzen, Nachbarschaftshilfen und bürgerschaftlichem Engagement hat es sich als sinnvoll erwiesen, Angebote der offenen Altenhilfe auch mit denen anderer Generationen zu verknüpfen und zum Teil auch generationenübergreifend auszurichten (bspw. in Nachbarschaftstreffs) [...] Bei der Weiterentwicklung von Wohngebieten muss das Zusammenleben von Alt und Jung besonders gefördert werden, damit hieraus auch Nachbarschaftshilfen erwachsen können. Ein Generationen-Mix stellt eine wichtige Voraussetzung für soziale Netzwerke im Quartier dar. Deren Entwicklung kann durch ein Quartiersmanagement/Gemeinwesenarbeit gefördert werden" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2009: 19).

Die querschnittliche Ausrichtung der Aufgaben sollte auch eine generationenübergreifende Perspektive beinhalten.

Insgesamt ergeben sich im Hinblick auf den Fokus dieses Konzepts - selbstbestimmt Zuhause leben können im Quartier - folgende mögliche Anforderungen an kommunale Strukturen (vgl. u.a. Klie & Spiegelberg 1998; Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013):

- sektoren- bzw. ressortübergreifende Planung, Abstimmung und Zusammenarbeit
- Verbindungen zu anderen kommunal-, sozial- und gesellschaftlichen Themen
- Implementierung von sozialräumlichem bzw. quartiersbezogenem Denken in relevante Teile der kommunalen Verwaltung
- Berücksichtigung von Entscheidungen in anderen Bereichen der kommunalen Strukturen auf Generationenbeziehungen und umgekehrt.
- ressortübergreifende Zusammenführung von Kompetenzen und Ressourcen

Insbesondere die letztgenannten beiden Anforderungen hängen mit der Anforderung zusammen, dass insgesamt eine generationenübergreifende Perspektive eingenommen werden sollte, da Gemeinwesenarbeit im Quartier gleichermaßen ältere Menschen, Familien und Kinder betreffen sollte.

Bedeutsam ist auch die lange Zeitdimension, die mit der Gemeinwesenarbeit im Quartier verbunden ist. Bei dieser handelt sich es nicht um ein Projekt, welches nach Erreichen bestimmter vorher vereinbarter Projektziele abgeschlossen werden kann, sondern um einen Prozess der Begleitung, der nicht nur zur Erreichung der langfristigen Ziele eben keinen Zielpunkt aufweist. Oder, in den Worten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen: "Eine Politik, die sensitiv ist für das Zusammenleben der Generationen und ihr Interesse auf die Sicherung und Stärkung von Generationenbeziehungen richtet, wird […] in anderen Zeitdimensionen denken müssen. In Generationenbezügen denken, heißt das Heute mit dem Morgen und Übermorgen zu verknüpfen – und zwar nicht nur in einer synchronen Betrachtung, in der es gilt, Menschen aller Altersgruppen immer gleichzeitig im Auge zu behalten. Es gilt dies auch in einer diachronen Betrachtung, in welcher der (relative) Gegenwartsbezug politischen Handelns zu überwinden ist und über seine unmittelbaren Folgen hinaus auch die Spätfolgen und langfristigen Wirkungen abzuwägen sind. Denn diese sind es, an denen unser Tun seitens der künftigen Generationen gemessen werden wird" (BMFSFJ 2012: 50f).

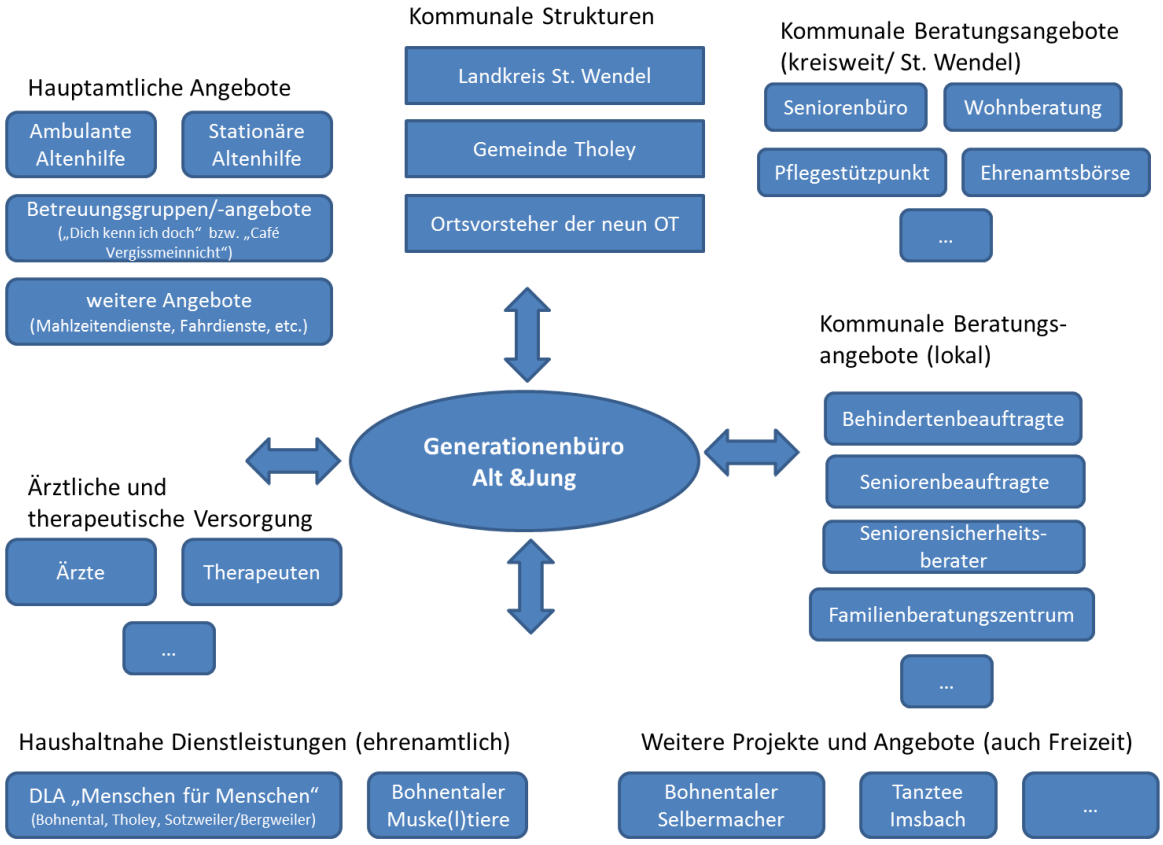
Handlungsschritt 1

Gemeinwesenarbeit für ältere Menschen muss als Querschnittsaufgabe innerhalb der kommunalen Strukturen vor Ort im Quartier verankert und sollte eine generationenübergreifende Perspektive beinhalten

Zur Umsetzung der bisher herausgearbeiteten Ziele und Handlungsschritte und auf der Grundlage der verfügbaren Angebote und Strukturen vor Ort in der Modellgemeinde Tholey empfiehlt sich am Modellstandort die Schaffung eines "Generationenbüros Alt & Jung".

In der folgenden Abbildung wird die strukturelle Verortung einer solchen Anlaufstelle innerhalb der Gemeinde Tholey im Überblick dargestellt.

Abbildung 9: Generationenbüro Alt & Jung“ in der Gemeinde Tholey



Insgesamt zeigt sich an dieser Stelle ein deutlicher Bezug zur **Sozialraumorientierung**, der insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe (auch im Landkreis St. Wendel) große Beachtung findet. Im Rahmen der Sozialraumorientierung geht es darum, "unter tätiger Mitwirkung der betroffenen Menschen Lebenswelten zu gestalten und Arrangements zu kreieren, die dazu beitragen, dass Menschen auch in prekären Lebenssituationen zurechtkommen, und dies u.a. unter Nutzung aller leistungsgesetzlichen Möglichkeiten" (Fehren & Hinte 2013: 17). Die **Sozialraumorientierung lässt sich durch fünf Prinzipien beschreiben** (vgl. Fehren & Hinte 2013):

1. Den Ausgangspunkt dieses fachlichen Konzepts bilden der Wille bzw. die Interessen der Ratsuchenden bzw. der leistungsberechtigten Personen.
2. Aktivierende Arbeit sollte dabei Vorrang haben vor betreuender Tätigkeit.
3. "Bei der Gestaltung einer Hilfe spielen personale und sozialräumliche Ressourcen eine wesentliche Rolle, also eine konsequente Orientierung an den von den betroffenen Menschen formulierten, durch eigene Kraft erreichbaren Zielen [...] Sozialraumorientierte Ansätze richten ihr Augenmerk mehr auf die Stärken als auf die Defizite der Adressat/innen" (Fehren & Hinte 2013: 18).
4. Die Arbeit im Sozialraum sollte unterschiedliche Gruppen erfassen, also zielgruppen- und bereichsübergreifend angelegt sein.
5. Von großer Bedeutung ist die Vernetzung und Integration der verschiedenen Akteure vor Ort: "Über vielfältige Foren werden im Sozialraum tätige (professionelle und ehrenamtliche) Akteure aus verschiedenen Bereichen angeregt, Absprachen zu treffen und Kooperationen bezogen auf Einzelfälle, Gruppierungen und Aktionen einzugehen

sowie gemeinsame Projekte zu entwickelt und durchzuführen" (Fehren & Hinte 2013: 18f).

Vor diesem Hintergrund ergeben sich im Sozialraum bzw. im Quartier folgende **Tätigkeitsfelder**:

1. Tätigkeiten, die sich unmittelbar auf eine Person beziehen (**sog. "fallspezifische Arbeit"**)
2. Im Rahmen der "**fallübergreifenden Arbeit**" richtet sich der Fokus über die Fallarbeit hinaus auf Ressourcen, die in weiteren Fällen von Bedeutung sein könnten. Netzwerkarbeit bildet einen Bestandteil dieser fallübergreifenden Arbeit.
3. Zuletzt bildet die sog. **"fallunspezifische Arbeit"** einen wichtigen Bestandteil der Arbeit: "Über Tätigkeiten und Projekte in diesem Bereich erschließen sich Fachkräfte Kenntnisse in einem sozialem Raum, ohne schon genau zu wissen, ob sie diese Ressourcen für einen zukünftigen Fall benötigen werden. Fallunspezifische Arbeit meint also Tätigkeiten (Aktionen, Einzelkontakte, Absprachen, usw.), die eine 'fallzuständige' Fachkraft zu einem Zeitpunkt vornimmt, zu dem sie noch nicht weiß, welchem Fall diese Tätigkeiten später zugute kommen könnten" (Fehren & Hinte 2013: 31)

Diese Tätigkeiten sind vor allem kennzeichnend für Soziale Arbeit im Quartier im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe und weisen insbesondere einen starken Fokus auf die Fallarbeit auf. Allerdings lässt sich dieses Konzept auch auf die Soziale Arbeit mit älteren Menschen bzw. mit den unterschiedlichen Generationen übertragen. **Die dargestellten Tätigkeitsfelder werden in den folgenden Abschnitten noch im Detail dargestellt:**

- Der Aspekt der konkreten Fallarbeit findet sich wieder im Abschnitt zu den Inhalten der Beratung (4.6)
- Der Aspekt der fallübergreifenden Arbeit ist Bestandteil der Netzwerkarbeit (Abschnitt 4.5)
- Der Schwerpunkt einer koordinierenden Tätigkeit im Quartier liegt in der Identifizierung und Analyse von Quartieren (Abschnitte 4.2 und 4.3) und der Schaffung und Begleitung von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen (Abschnitt 4.4).

Im Rahmen des "Generationenbüro Alt & Jung" könnten die oben beschriebenen Tätigkeiten an einem "Ort" zusammenlaufen bzw. angeboten werden durch das Zusammenspiel der beschriebenen Akteure. Das "Generationenbüro Alt & Jung" bedeutet hier vor allem die räumliche Konzentration der verschiedenen Angebote und Akteure an einem zentralen Ort im Quartier.

Eine Anlaufstelle "Generationenbüro Alt & Jung" verbindet im Quartier die folgenden Aufgaben und Funktionen unter einem Dach:

- zentrale und zugleich lokale Anlaufstelle für alle Generationen im Quartier
- Vermittlung von Informationen bzw. Hilfestellungen durch die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter des "Generationenbüro Alt& Jung", etwa beim Ausfüllen von Formularen und Anträgen bis hin zur Vermittlung von weitergehenden Fachberatungen
- Vermittlung von (ehrenamtlichen) haushaltsnahen Dienstleistungen, Fahrdiensten oder sonstigen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Angeboten
- Informationen über Freizeitangebote
- dezentrale Beratungsstelle für die kreisweiten kommunalen Beratungsangebote vor

Ort in Tholey
- einheitliche Beratungsstelle für die kommunalen lokalen Beratungsangebote vor Ort in Tholey
- Schulungs- und Bildungszentrum für ehrenamtlich Tätige oder sonstige Angebote im Bereich der Familien, Erwachsenen- oder Seniorenbildung
- Tagungsort für lokale Gruppen, Vereine oder Selbsthilfegruppen

- Veranstaltungsort für sozialen Austausch und kulturelle Angebote

Die Anlaufstelle "Generationenbüro Alt & Jung" sollte sich an einem zentralen und gut erreichbaren Ort innerhalb der Gemeinde Tholey befinden und darüber hinaus die räumlichen, technischen und sonstigen Voraussetzungen für die oben beschriebenen Aufgaben und Funktionen bieten. Dazu gehört beispielsweise

- ein barrierefreier Zugang zu den Räumen der Anlaufstelle,
- die Anschaffung von technischer Ausstattung wie z.B. von Laptop, Beamer oder Leinwand und
- die Anschaffung eines behindertengerechten Fahrzeugs als "Dorfmobil", welches von mobilitätseingeschränkten Personen benutzt werden kann, um die Angebote des "Generationenbüro Alt & Jung" in Anspruch nehmen zu können.

Diese und ggf. weitere Voraussetzungen sollten im Vorfeld der Einrichtung der Anlaufstelle "Generationenbüro Alt & Jung" geklärt werden und können beispielsweise unter Nutzung von öffentlichen Finanzierungsmöglichkeiten eingerichtet werden. Eine Übersicht verfügbarer Finanzierungsmöglichkeiten findet sich im Anhang.

Wesentlich für das "Funktionieren" dieser Anlaufstelle "Generationenbüro Alt & Jung" ist aber die Koordination durch mindestens eine Person ("Koordinator"), die das Quartiersmanagement gleichsam im Blick hat (vgl. die Grundprinzipien der Quartiersorientierung nach Maßgabe des KDA, dort wird diese Person auch als "Kümmerer" bezeichnet). Der Schwerpunkt dieser koordinierenden Tätigkeit liegt - darauf wurde schon hingewiesen - in der Identifizierung und Analyse des Quartiers, in der Netzwerkarbeit und der Schaffung und Begleitung von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen. Unterstützt und flankiert werden kann die koordinierende Tätigkeit durch ehrenamtliche Personen aus der Gemeinde, die zugleich Bestandteil der oben dargestellten Akteure sind.

Für diejenige Person bzw. diejenigen Personen, die für die oben beschriebene Koordination verantwortlich ist (bzw. sind), nicht aber für ehrenamtlich Unterstützenden, sollten dabei die folgenden Kompetenzen Beachtung finden, die im Rahmen von Gemeinwesenarbeit im Quartier (nicht nur mit und für ältere Menschen) nützlich sind (vgl. Kricheldorf 2015 & Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013):

- Prozessentwicklung und -begleitung,
- Präsentation und Moderation,
- Fähigkeiten im Bereich der Partizipationsentwicklung,
- zugehende Ansprache und Vernetzung von unterschiedlichen Akteuren und Zielgruppen.
- Methodenkenntnisse im Bereich der Mediation, um bei widerstreitenden Interessen Ausgleich herstellen und Beteiligungsprozesse ergebnisorientiert gestalten zu können

und
- Herstellung von Transparenz der Vorgänge im Quartier durch Öffentlichkeitsarbeit

4.2 Quartiere identifizieren

Aus den bisherigen Ausführungen ist deutlich geworden, dass offene Altenhilfe bzw. Soziale Altenarbeit in den Quartieren ansetzen muss. Dies setzt zunächst einmal die Bestimmung dessen voraus, was von den Bewohnerinnen und Bewohnern als Quartier erlebt wird.

Entscheidend für die intergenerationelle Gemeinwesenarbeit ist die Bestimmung dessen, was von den Bewohnerinnen und Bewohnern als Quartier erlebt wird.

Um eine möglichst große Zustimmung zur Quartiersentwicklung zu erreichen, kann bereits zu diesem Zeitpunkt eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen. "Der Aufbau von sozialen Gemeinschaften benötigt, ebenso wie die kollektive Einflussnahme auf ein Wohnumfeld, einen klar abgesteckten räumlichen und sozialen Rahmen, in dem sich soziale Teilhabe, Engagement und Aktivitäten verankern und auf den sich die gemeinsame räumliche Identität der Beteiligten bezieht. Der Gestaltung des Wohnumfelds muss daher zunächst der Diskurs vorangehen, auf welchen räumlichen und sozialen Kontext sich das kollektive Interesse überhaupt bezieht, welche Vorstellungen und Visionen bestehen und welche Handlungsspielräume die Beteiligten besitzen“ (Betz & Wolter 2015: 216). Um also beispielsweise vorhandene Angebote bündeln und vernetzen zu können (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2014), muss zunächst einmal das Quartier bestimmt werden. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass unter Quartier diejenigen Lebensräume verstanden werden, mit denen sich seine Bewohner und Bewohnerinnen identifizieren (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013).

Im Rahmen der Quartiersbestimmung richtet sich der Fokus auf räumliche und soziale Aspekte der Umwelt.

Kricheldorf (2015) ergänzt, dass es sich um gesellschaftliche Räume handelt, die sowohl von baulichen Strukturen geprägt sind als auch von Interaktionen zwischen der Bevölkerung. Auch wenn der Fokus des Projekts "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" auf der Sozialen Arbeit im Gemeinwesen liegt und weniger auf der Veränderungen der Umwelt (etwa im Sinne der Schaffung von barrierefreien Umwelten), ist eine Trennung zwischen beiden Aspekten im Rahmen der Quartiersbestimmung nicht sinnvoll. Erst im weiteren Prozessverlauf kann dann eine Fokussierung auf die sozialen Beziehungen im Quartier erfolgen. Trotzdem sollte nicht übersehen werden, dass Aspekte der Umwelt und soziale Beziehungen keinesfalls getrennt betrachtet werden sollten.

Quartiere müssen in der Einschätzung der Bewohnerinnen und Bewohner nicht deckungsgleich sein mit der kommunalen Planungsstruktur.

Quartiere, die unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger identifiziert werden, müssen nicht unbedingt deckungsgleich sein mit der kommunalen Logik bzw. Einteilung im Rahmen der kommunalen Planungsstruktur. Dies bedeutet: Innerhalb des Landkreises St Wendel müssen die subjektiv so empfundenen Quartiere nicht zwangsläufig identisch sein mit den acht Gemeinden innerhalb des Landkreises. Auch auf Gemeindeebene ist nicht davon auszugehen, dass alle Ortsteile zusammengenommen jeweils ein gemeinsames Quartier ergeben. Vorstellbar sind zum einen Quartiere, die aus Ortsteilen aus zwei oder mehr Gemeinden bestehen, Quartiere, die aus mehreren Ortsteilen innerhalb einer Gemeinde bestehen oder Quartieren, die jeweils einen Ortsteil innerhalb einer Gemeinde repräsentieren. Trotz dieser möglichen Komplexität wird empfohlen, als Ausgangspunkt die Bestimmung von Quartieren die Gemeindeebene zu wählen. Damit wird auch den Empfehlungen des KDA Rechnung getragen (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013), welches von einer maximalen Quartiersgröße zwischen 3.000 und 5.000 Einwohnern ausgeht und noch ergänzt: "Manchmal ist die Kommune so klein, dass für die gesamte Kommune ein Quartiersprojekt entwickelt wird" (68).

Ausgangspunkt für die Quartiersbestimmung sollten die acht Gemeinden des Landkreises Tholey sein.

Damit ergibt sich insgesamt folgender optionaler Arbeitsschritt:

Handlungsschritt 2

Auf Gemeindeebene muss mit geeigneten Methoden der Frage nachgegangen werden, ob von einer Deckungsgleichheit zwischen den Gemeinden und Quartieren ausgegangen werden kann bzw. ob unterhalb der Gemeindeebene weitere Quartiere bestehen.

Dieser Handlungsschritt ist nicht zwingend notwendig, wenn davon ausgegangen wird, dass eine Deckungsgleichheit zwischen Gemeinden des Landkreises St. Wendel und denjenigen räumlichen und sozialen Umwelten besteht, die von Bewohnerinnen und Bewohnern als Quartier verstanden werden. Sollte eine Quartiersbestimmung in Erwägung gezogen werden, können die im Folgenden dargestellten Methoden hilfreich sein.

4.2.1 Quartiersbestimmung im Rahmen der Nadelmethode

Eine Quartiersbestimmung kann im Rahmen sog. Aktionsraumanalysen beispielsweise mit Hilfe der Nadelmethode erfolgen. Diese Methode dient der Visualisierung von besonderen Orten innerhalb der Gemeinde, die über entsprechende Leitfragen eruiert werden können. Die Bewohner und Bewohnerinnen werden gebeten, die von ihnen regelmäßig aufgesuchten Orte innerhalb des sozialen Nahraums zu benennen bzw. mit Nadeln zu markieren. Die auf diese Weise visualisierten Cluster identifizieren bzw. markieren dann Lebensräume und Quartiersgrenzen (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013; Früchtel et al. 2013; Bleck et al. 2015). Die Nadelmethode, bei der es sich ursprünglich um eine sozialräumliche Technik in der Jugendarbeit handelt, liefert vor allem einen Überblick der wichtigsten Aufenthaltsorte der BewohnerInnen, kann aber auch Hinweise auf Barrieren und die Nahversorgung liefern. Die Methode ist mittels entsprechender Frageanreize besonders hilfreich in der Identifizierung von Orten der Begegnung und Kommunikation: Diese bieten "vor allem niedrigschwelli-

ge Angebote, die nicht an verbindliche Termine und regelmäßige Teilnahmen gebunden sind" (Bleck et al. 2015, 277) und damit mögliche Anknüpfungspunkte für die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen.

Methodenvorschlag: Nadelmethode

Die Nadelmethode dient der Visualisierung von besonderen Orten innerhalb von Gemeinden, die über entsprechende Fragenanreize eruiert werden können. Dies kann etwa im Rahmen einer Veranstaltung geschehen, in der die Bewohner und Bewohnerinne dazu eingeladen werden, gemeinsam die Stärken und Schwächen einer Gemeinde oder eines Ortsteils herauszuarbeiten Mögliche Fragenanreize können in Anlehnung an Bleck et al. 2015 sein:

1) Schöne Orte, an denen ich mich gerne in meiner Umgebung aufhalte

2) Unschöne Orte, an denen ich mich in meiner Umgebung nicht gerne aufhalte

3) Treffpunkte und Orte der Begegnung und Kommunikation in der Umgebung

Diese Fragen könnten zunächst in Kleingruppen besprochen, bevor die Ergebnisse in der Gesamtgruppe zusammengetragen werden. Anschließend werden die Ergebnisse mit farbigen Nadeln auf einer Karte der Gemeinde markiert.

Insbesondere durch die ersten beiden Fragen wurden in der Anwendung durch Bleck et al. (2015) vor allem "nahe Themen" alltäglicher Erfahrungen Älterer im Quartier erfasst, etwa Barrieren oder Aspekte der Nahversorgung. Über die dritte Frage wurden vor allem soziale Ressourcen im Quartier in den Blick genommen. In Bezug auf die dritte Frage ergaben sich bei Bleck et al. (2015) folgende Kategorien von Antworten:

- spezifische Angebote für ältere Bewohner, etwa in Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände oder Kirchengemeinden
- altersgruppenunabhängige Angebote öffentlicher Einrichtungen, etwa Büchereien oder Schwimmbäder
- altersgruppenunabhängige Aufenthaltsorte im öffentlichen Raum, etwa Parks oder Wochenmärkte
- altersgruppennahe Aufenthaltsorte im Bereich der Gastronomie wie z.B. Kneipen, Restaurants oder Cafés

4.2.2 Quartiersbegehung

Die Nadelmethode kann ggf. um eine sog. Quartiersbegehung ergänzt werden. Generell können mittels Quartiersbegehungen Bedarfe und Versorgungslücken in Bezug auf eine altersgerechte Gestaltung der Umgebung aus der Perspektive der älteren Bürger und Bürgerinnen erfasst werden (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013). Konkret können im Rahmen der Quartiersbegehungen diejenigen Orte, die mit Hilfe der Nadelmethode erarbeitet wurden, gemeinsam besichtigt und überprüft werden. Daran anschließen kann ggf. eine gemeinsame Nachbesprechung mit allen Beteiligten, in der eine gemeinsame Reflexion und Analyse der Begehung erfolgt. So gehen Bleck et al. davon aus, dass "eine Begehung vor Ort eine unmittelbare sowie 'sinnliche' und damit oft auch vollständigere Erfassung der Gegebenheiten des ausgewählten Gebietes [erlaubt]. Zudem konnten damit Orte und Angebote des Sozialraums aufgenommen werden, die bei der Nadelmethode 'ad hoc' nicht präsent waren und somit deren Ergebnisse ergänzt werden. Dies hatte vereinzelt auch zur Konsequenz, dass hier

neue Orte der Kommunikation und Begegnung genannt wurden" (278).

Methodenvorschlag: Quartiersbegehung

Die Nadelmethode kann um eine anschließende Quartiersbegehung ergänzt werden. Im Rahmen dieser Quartiersbegehung werden diejenigen Orte, die im Rahmen der Nadelmethode erarbeitet wurden, gemeinsam besichtigt und überprüft und ggf. anschließend nachbesprochen. Die Ergebnisse können über Schnelldokumentationen (etwa Fotos) festgehalten werden und anschließend gemeinsam mit den weiteren Ergebnissen der Quartiersbestimmung im Rahmen von Bürgerdokumentationen in einer Ausstellung oder einer Veröffentlichung der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Das KDA schlägt vor, solche Begehungen mit einer maximalen Anzahl von 8 Personen durchzuführen und auch Menschen mit Einschränkungen der Mobilität mit einzubeziehen (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013)

4.3 Analyse des Quartiers

Im vorhergehenden Abschnitt wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Identifizierung von Quartieren unterhalb der Gemeindeebene einen optionalen Arbeitsschritt darstellt. Denkbar ist aber auch, dass die praktische Entwicklung von "Anlaufstellen für ältere Menschen" direkt auf der Ebene der acht Gemeinden des Landkreises St. Wendel beginnt. Unabhängig davon ist es an dieser Stelle eine Zusammenstellung der wichtigsten Informationen und Daten notwendig.

Unabhängig von einer vorhergehenden Quartiersbestimmung ist eine Analyse des Quartiers zwingend notwendig, in der Bedarfe und die Ist-Situation erfasst werden sollten

Grundsätzlich geht es darum, die besondere Struktur des Quartiers zu erfassen: "Jedes Quartier hat seine spezifischen Eigenschaften und besonderen Problemkonstellationen, aber auch ganz unterschiedliche Ansätze für Entwicklungsmöglichkeiten sowie spezifische Stärken. Es geht darum, der jeweiligen Ausgangslage im Quartier mit individuellen Konzepten zu begegnen und nicht ein Einheitskonzept auf alle Quartiere zu übertragen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 68).

Im Rahmen der Analyse sollen sowohl die Bedarfe der Bewohner und Bewohnerinnen des Quartiers erfasst werden als auch die Ist-Situation. Dabei geht es weniger um die standardisierte Erfassung von Kennzahlen oder ähnlichem wie beispielsweise im Rahmen der Pflegestrukturplanung, sondern um die partizipative Zusammenstellung der wichtigsten Informationen zum jeweiligen Quartier. Entscheidend für die Erfolgsaussichten der Quartiersentwicklung ist die Einbeziehung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Zusammenstellung der Informationen und Daten, wobei auch ein Methodenmix verwendet werden kann.

Entscheidend für die Erfolgsaussichten der Quartiersentwicklung ist die Verwendung beteiligungsorientierter Verfahren für die Analyse des Quartiers.

Die Leitfrage für die Informationssammlung sollte dabei die folgende Frage sein: Was bewegt Menschen im Quartier? Dies beinhaltet u.a. eine Analyse der Stärken und Schwächen im Quartier. Stärken und Schwächen beschreiben einschließlich bestehender Chancen und Risiken sehr gut die aktuelle Lebenssituation und nehmen Stellung zur Lebensqualität im Quartier. Als Raster für die relevanten Daten können hier die "Ziele einer Quartiersentwicklung" des KDA dienen: Für folgende ausgewählte Handlungsfelder sollten Informationen zusammengetragen werden (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013):

- Tragende soziale Infrastruktur: Gibt es Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten, existieren funktionierende Nachbarschaften?
- Generationengerechte räumliche Infrastruktur: Wie steht es um die Teilhabe am öffentlichen Leben?
- Gibt es bedarfsgerechte Wohnangebote?
- Gibt es bedarfsgerechte Dienstleistungen und Angebote bzw. einen bedarfsgerechten Hilfemix?
- Existieren wohnortnahe Möglichkeiten der Beratung und Begleitung?

Die Analyse des Quartiers sollte generationenübergreifend erfolgen.

Bereits zu diesem Zeitpunkt ist in Erwägung zu ziehen, nicht nur den älteren Teil der Bevölkerung bzw. diejenigen Personen einzubeziehen, die im Rahmen der Altenhilfe tätig sind, sondern bereits auch Familien bzw. jüngere Generationen. "Dies ist notwendig, da auch das Bürgerschaftliche Engagement über die Generationen hinweg mobilisiert werden sollte, denn nicht nur Ältere unterstützen Ältere" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 47).

Im Rahmen der Analyse des Quartiers kann mit den Beteiligten auch eine gemeinsame Vision erstellt werden, wie das Leben im Quartier mittel- bis langfristig aussehen sollte.

Denkbar ist im Rahmen der Analyse des Quartiers auch die gemeinsame Klärung von möglichem Handlungsbedarf. So kann beispielsweise eine gemeinsame Vision erstellt werden, wie das Leben im Quartier mittel- bis langfristig aussehen sollte. Diese Vision sollte konkret genug sein, um auch tatsächlich erreichbar zu sein. Auch hier ist eine breite Beteiligung im Sinne von Partizipation bei der Entwicklung der Vision unabdingbar, etwa im Rahmen von Workshops. Von großer Bedeutung ist zu diesem Zeitpunkt, dass die Kommune diesen Prozess anregt, begleitet und dokumentiert. Eine solche Vorgehensweise bietet damit auch Anknüpfungspunkte für die spätere Netzwerkarbeit.

Insgesamt ergeben sich im Rahmen der Analyse des Quartiers die folgenden Handlungsschritte:

Handlungsschritt 3

Durch geeignete partizipative Methoden werden in Bezug auf die räumliche und soziale Infrastruktur, Wohnangebote, Dienstleistungen und Möglichkeiten der Beratung und Begleitung die wichtigsten Informationen zum Quartier zusammengetragen.

Neben der Erfassung von Stärken und Schwächen kann im Rahmen der Analyse des Quartiers mit den Beteiligten auch eine Vision in Bezug auf die Zukunft des Quartiers entwickelt werden.

Im Folgenden werden ausgewählte Methoden zur Analyse des Quartiers vorgestellt. Der Fokus richtet sich dabei auf niedrigschwellige Quartiersanalysen.

4.3.1 Weitwinkelscan

Für einen ersten Blick eignet sich insbesondere der Weitwinkelscan. So weist etwa das KDA darauf hin, dass am Beginn einer Quartiersentwicklung nicht zwangsläufig eine umfassende Sozialraumanalyse mit einer Vielzahl von Indikatoren steht: "Es geht nicht darum, 'Datenfriedhöfe' anzulegen, bevor man im Quartier aktiv wird" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 73). Der Weitwinkelscan stellt demgegenüber ein Verfahren dar, mit dessen Hilfe schnell und ohne größeren Aufwand ein Überblick über das Quartier erstellt werden kann

Methodenvorschlag: Weitwinkelscan

Der Weitwinkelscan ist eine Methode der Sozialraumerkundung, die die Datensammlung auf zentrale Handlungsschritte verkürzt und die Datensammlung zugleich mit der Kontaktsammlung verbindet. Ziel jedes einzelnen Handlungsschritts ist jeweils ein Gespräch über das Quartier. Insgesamt wird für diese Methode ein Zeitraum von drei bis sechs Monaten veranschlagt. Für diese Methode werden folgende Handlungsschritte empfohlen (vgl. Früchtel et al. 2013: 120f; Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 74):

- maximal drei Anläufe zu vorhandenen Sozialstrukturdaten, nur das sammeln, was einfach von Ämtern und aus Berichten zu erhalten ist
- maximal 20 Vier-Augen-Gespräche vor Ort mit Quartiersbewohnern oder Schlüsselpersonen aus unterschiedlichen Lebensbereichen des Quartiers
- Besuch von Geschäften, Restaurants, Einrichtungen vor Ort, Benutzung von Dienstleistungen vor Ort
- Erkundung der öffentlichen Aufenthaltsorte im Quartier
- Besuch der Vorstände ausgewählter Vereine bzw. von Kirchengemeinden
- Analyse aktueller und zurückliegender Zeitungsartikel mit Bezug zum Ort bzw. Quartier
- Einfügen von festen Tagesordnungspunkten für Teamsitzungen unter Beteiligung der koordinierenden Person wie z.B. "Infos aus dem Quartier" oder "Gespräch der Woche im Quartier"
- Darstellung der Ergebnisse z.B. auf einer Karte und Präsentation in politischen oder institutionellen Gremiensitzungen

4.3.2 Beteiligung im Rahmen von Workshops

Weitere Verfahren der beteiligungsorientierten Sozialraumerkundung sind Diskussionsveranstaltungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wichtig ist auch die deutliche Ausrichtung an den Wünschen der Bewohner und Bewohnerinnen, um damit auch das Ziel der Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Ressourcen erreichen zu können (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013).

In der Literatur finden sind eine Vielzahl von Methoden und Praxisbeispielen wie beispielsweise Open-Space-Veranstaltungen, Veranstaltungen nach der Methode der World-Cafés, die Beteiligung von älteren Bewohnern in sog. Quartierswerkstätten (vgl. Schubert et al. 2015) oder Zukunftswerkstätten (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013) bzw. Fokusgruppen-Interviews. Gemeinsam ist diesen Methoden, dass sie von der Kommune initiiert und meist auch moderiert werden sollten. Allerdings handelt es sich zum Teil aber um mehrstufige Verfahren, Verfahren, die mehrere Termine bzw. Tage in Anspruch nehmen oder solche, die auf Seiten der Moderation entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten voraussetzen.

Aus diesem Grund wird im Folgenden mit dem Workshop eine Methode im Überblick und anhand eines Praxisbeispiels vorgestellt, die mit vergleichsweise geringem Aufwand durchführbar ist.

Bei allen Methoden unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sind zunächst einmal die folgenden Aspekte von großer Bedeutung (vgl. Smettan & Patze-Diordiychuk 2014):

- **Ergebnisoffenheit**: Verlauf und Ergebnisse dürfen nicht im Voraus schon bestimmt werden, sondern im Verlauf der Beteiligung gemeinsam mit allen Beteiligten
- **Freiwilligkeit:** eine freiwillige Beteiligung ist die Voraussetzung für kooperative und kreative Ergebnisse
- **Verständnis:** Die Teilnehmer benötigen Verständnis für unterschiedliche Perspektiven
- **Gleichheit**: "Alle werden unabhängig von ihrem sozialen Status und ihrer Herkunft als gleichberechtigte Gesprächsteilnehmer erst genommen und verfügen über dieselben Rede- und Stimmrechte" (Smettan & Patze-Diordiychuk 8)
- **Rationalität**: alle Teilnehmer sollten rational und gemeinwohlorientiert handeln
- **Inklusion: "**Gute Bürgerbeteiligung setzt soziale Inklusion voraus. Denn die Beteiligung darf nicht allein eine Spielwiese für besser ausgebildete und wohlhabende Bevölkerungsschichten sein" (Smettan & Patze-Diordiychuk: 8)

Methodenvorschlag: Workshop

Für das Sammeln von Ideen bzw. zur Identifikation von Bedürfnissen eignet sich etwa die **diskursive Bürgerversammlung**" (vgl. Smettan & Patze-Diordiychuk 2014).In dieser sollen alle Beteiligten miteinander ins Gespräch kommen. eine einseitige Kommunikation ist dringend zu vermeiden. Eingeladen werden alle interessierten Personen beispielsweise aus einer Gemeinde, die maximale Teilnehmerzahl liegt bei 50 Personen, die Länge der Veranstaltung sollte vier Stunden nicht überschreiten. Formen der Gruppenarbeit sind im Rahmen dieser Bürgerversammlung nicht vorgesehen. Wichtige Voraussetzungen sind die Verwendung einer allgemein zugänglichen Bekanntmachungsform und ein Moderator auf Seiten der Kommune, der entsprechend vorbereitet ist und über Einfühlungsvermögen verfügt. Diskursive Bürgerversammlungen können bei Bedarf auch in Form von mehr oder weniger regelmäßigen Abständen stattfinden. Von großer Bedeutung ist das Führen eines Protokolls und die anschließende Veröffentlichung. Die Stiftung Mitarbeit sieht für die Durchführung von diskursiven Bürgerversammlungen u.a. die folgenden Phasen vor:

stellt werden

2) Falls bereits Bürgerversammlungen stattgefunden haben, ist das vorhergehende Protokoll zu bestätigen.

3) Die Vertreter der Kommune sollten durch die Ausgabe von Informationen Transparenz schaffen

4) Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung steht die Debatte zu einem Thema, in der Fakten und Argumente ausgetauscht werden sollen

5) Im Anschluss an den Austausch von Fakten und Argumenten kann auch die Formulierung von Empfehlungen (oder Visionen) stehen

6) Beendet wird die Veranstaltung durch die Zusammenfassung der Ergebnisse und ggf. Verabredungen für die Zukunft im Rahmen der Verabschiedung.

Liegt demgegenüber bereits eine Vision vor, empfiehlt sich die Durchführung eines **kommunalen Planungsworkshops** (vgl. Smettan & Patze-Diordiychuk 2014). Im Kern besteht diese Methode aus drei idealtypischen Arbeitsschritten:

1) Im ersten Arbeitsschritt werden (ggf. in Gruppenarbeit) nach einer Einführung in das Thema die konkreten Ziele auf der Grundlage der bereits bestehenden Vision erarbeitet.

2) Im zweiten Arbeitsschritt sollen für jedes Teilziel konkrete Aktionspläne entwickelt werden, in denen auch konkrete Aktivitäten geplant werden können und Verantwortlichkeiten festgelegt werden können.

3) Im dritten Arbeitsschritt erfolgt dann die Auseinandersetzung mit potentiellen Problemen und Herausforderungen. "Es geht darum, jene Hürden und Stolpersteine zu erkennen, die einem reibungslosen Erreichen des Zieles im Wege stehen" (Smettan & Patze-Diordiychuk 2014: 54).

Üblicherweise erfolgt die Arbeit in kommunalen Planungsworkshops in Gruppenarbeit - die Ergebnisse der jeweiligen Arbeitsschritte werden dann durch den Moderator in der Gesamtgruppe zusammengetragen bzw. durch Vertreter der jeweiligen Gruppen vorgetragen.

Praxisbeispiel: Workshop in der Gemeinde Tholey

Im Rahmen des Projekts "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" wurde am Modellstandort Tholey am 2. Juli 2014 ein Workshop durchgeführt. Die schriftliche Einladung erfolgte dabei durch die Gemeinde Tholey insbesondere an die bekannten haupt- und ehrenamtlichen Vertreter der Altenhilfe in der Gemeinde Tholey per Brief oder E-Mail (vgl. Anhang).

Teilgenommen haben an der 3-stündigen Veranstaltung 21 Teilnehmer aus den Bereichen ambulante und stationäre Altenhilfe, Ehrenamt, medizinische und therapeutische Versorgung, kommunale (haupt- und ehrenamtliche) Vertreter im Bereich der Altenhilfe und Ortsvertreter aus der Gemeinde Tholey.

Nach einer Einführung in die Thematik wurde das **Leitziel** des zugrundliegenden Projekts "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" vorgestellt:

"Ein überschaubares lokales Hilfenetz aus professionellen und nicht-professionellen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Wohnviertel, Dorf oder Stadtteil stellen sicher, dass ältere Menschen ab 60 Jahre mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen auch bei Hilfe- oder

Pflegebedarf - solange wie möglich - und unter Erhalt größtmöglicher persönlicher Zufriedenheit und Lebensqualität selbstbestimmt Zuhause leben können"

Daraus ergab sich die **Leitfrage des Workshops**:

"Was ist notwendig bzw. was wird benötigt, damit in der Gemeinde Tholey jeder älter werdende Mensch solange in seinem Lebensumfeld bleiben kann, wie er bzw. sie es möchte? Was ist aus der Perspektive von Experten und Expertinnen dazu notwendig?"

Diese Leitfrage wurde dann im Rahmen von **drei Diskussionsanreizen** mit den Teilnehmern diskutiert und auf Stellwänden dokumentiert:

1) Welche Angebote sind jetzt schon zielführend bzw. was sollte verändert werden?

2) Welche Angebote sind aus fachlicher Perspektive über die bestehenden Angebote hinaus sinnvoll bzw. notwendig?

3) Wo gibt es bereits jetzt Kooperationen, wo fehlen Kooperationen?

Als **Ergebnis des Workshops** zeigte sich im Rahmen der Bestandsaufnahme eine Vielzahl von haupt- und ehrenamtlichen Angeboten für ältere Menschen, die aber zum einen nicht allen Beteiligten bekannt sind und zum anderen nur unzureichend miteinander vernetzt sind bzw. miteinander kooperieren. Dies war zugleich die wichtigste Forderung aus der Runde der Teilnehmer: Nur wenn die Akteure mehr übereinander erfahren, können die bestehenden Angebote (auch im Rahmen von Beratung) sichtbarer werden und besser genutzt werden. In der Nutzung einiger Angebote sehen die Teilnehmer zum Teil noch Hemms44hwellen oder auch Schamgefühle bei den potentiellen Nutzern, insbesondere alleinlebende und eher einsame Bürgerinnen und Bürger werden bislang nur unzureichend erreicht.

4.3.3 Befragung von älteren Bürgerinnen und Bürgern

Die Analyse des Quartiers kann auch in Form von Befragungen erfolgen. Befragungen können entweder mit Hilfe von standardisierten Fragebögen erfolgen, die zumeist von den zu befragenden Personen selbst ausgefüllt werden oder im Rahmen von Leitfaden-Interviews, die einen Interviewer bzw. eine Interviewerin voraussetzen.

Mit Hilfe einer standardisierten Fragebogenerhebung kann eine Vielzahl von Personen erreicht werden, allerdings setzt insbesondere die Auswertung standardisierter Fragebogenerhebungen die Anwendung und Kenntnis entsprechender EDV-gestützten statistischen Auswertungsprogramme voraus. Die Vergabe der Durchführung und Auswertung standardisierter Fragebogenerhebungen könnte hier zwar Abhilfe schaffen, stellt aufgrund der damit verbundenen finanziellen Aufwendungen aber nur selten eine Option dar. Inhaltlich setzen standardisierte Fragebögen darüber hinaus die Verwendung insbesondere geschlossener Antwortvorgaben voraus. Sind allerdings nicht alle möglichen Antworten bekannt und werden stattdessen auch offene Antworten akzeptiert, erschwert dies die statistische Auswertung deutlich. Darüber hinaus werden mit standardisierten Fragebogenerhebungen nur solche Personen erreicht, die bereitwillig Auskunft geben möchten, während zurückgezogen lebende oder etwa einsame Personen nur schwer erreichbar sind. Allerdings finden sich gerade bei solchen Personen Lebens- oder gar Problemlagen, die mit Hilfe der Befragung erkundet werden sollen. Es ist also unabhängig von der Art der Verteilung der Fragebogen sehr schwierig, einen repräsentativen Rücklauf zu erzielen.

Das Problem der offenen Antworten bzw. nicht vollständig bekannten Antwortvorgaben stellt

sich demgegenüber nicht bei Verwendung von Leitfaden-Interviews, allerdings ist hier der zeitliche Aufwand für die Durchführung deutlicher höher. Insgesamt sollte die Ergänzung von Quartiersanalyen durch Befragungen im Vorfeld gründlich abgewogen werden.

Praxisbeispiel: Befragung in der Gemeinde Tholey

Im Rahmen des Projekts "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" wurde Ende 2014 auch eine Befragung älterer Bürgerinnen und Bürger durchgeführt (Seniorenbefragung Gemeinde Tholey 2014) (vgl. weitergehende Informationen im Anhang)

Die standardisierten Fragebogen wurden über die Jugend- und Generationenbeauftragte der Gemeinde Tholey an die Teilnehmer des Workshops verteilt mit der Bitte, die Fragebogen im Umfeld zu verteilen (das Anschreiben an die Teilnehmer des Workshops findet sich im Anhang). Darüber hinaus erfolgte in den Tholeyer Nachrichten ein Aufruf zur Teilnahme an der Befragung (siehe Anhang).

Auch diese standardisierte Befragung stand unter der Leitfrage: "Was trägt dazu bei, dass Menschen auch im hohen Alter selbständig und zufrieden in ihrer gewohnten Umwelt - ihrem Quartier - leben können?" und umfasste 25 Fragen aus den folgenden Bereichen (der Fragebogen und das Anschreiben befinden sich ebenfalls im Anhang):

- Informationen zur Person,
- Wohnsituation,
- Ehrenamtliches Engagement,
- Gesundheit,
- Einschätzung Ihrer Wohnumgebung,
- Nachbarschaft und
- Nutzung von Angeboten und Dienstleistungen in Ihrem Umfeld.

Die ausgefüllten Fragebogen wurden mittels eines adressierten und frankierten Rückumschlages an die Gemeinde Tholey zurückgesandt und anschließend durch das ism ausgewertet. Insgesamt wurden 300 Fragebogen verteilt, 85 Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde Tholey nahmen an der Umfrage teil.

4.4 Förderung von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen

Ein wesentliches Ziel des zugrundeliegenden Projekts "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St Wendel" besteht nicht nur darin, Ansprechpartner im Sinne von "Kümmerern" im Quartier zu etablieren, sondern auch eine tragende soziale Infrastruktur zu erreichen - so eines der Ziele des KDA in Bezug auf Quartiersentwicklung (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013). Dabei sollte insbesondere der Generationenperspektive Beachtung geschenkt werden: "Zur nachhaltigen Förderung von kleinen sozialen Netzen, Nachbarschafshilfen und bürgerschaftlichem Engagement hat es sich als sinnvoll erwiesen, Angebote der offenen Altenhilfe auch mit denen anderer Generationen zu verknüpfen und zum Teil auch generationenübergreifend auszurichten [...] Hier sind auch eine Zusammenarbeit und Vernetzung mit Selbsthilfegruppen und Vereinen sowie die Einbeziehung örtlicher Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen wichtig" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2006: 19).

(Generationenübergreifende) Begegnungsmöglichkeiten sind ein wichtiger Bestandteil einer tragenden sozialen Infrastruktur.

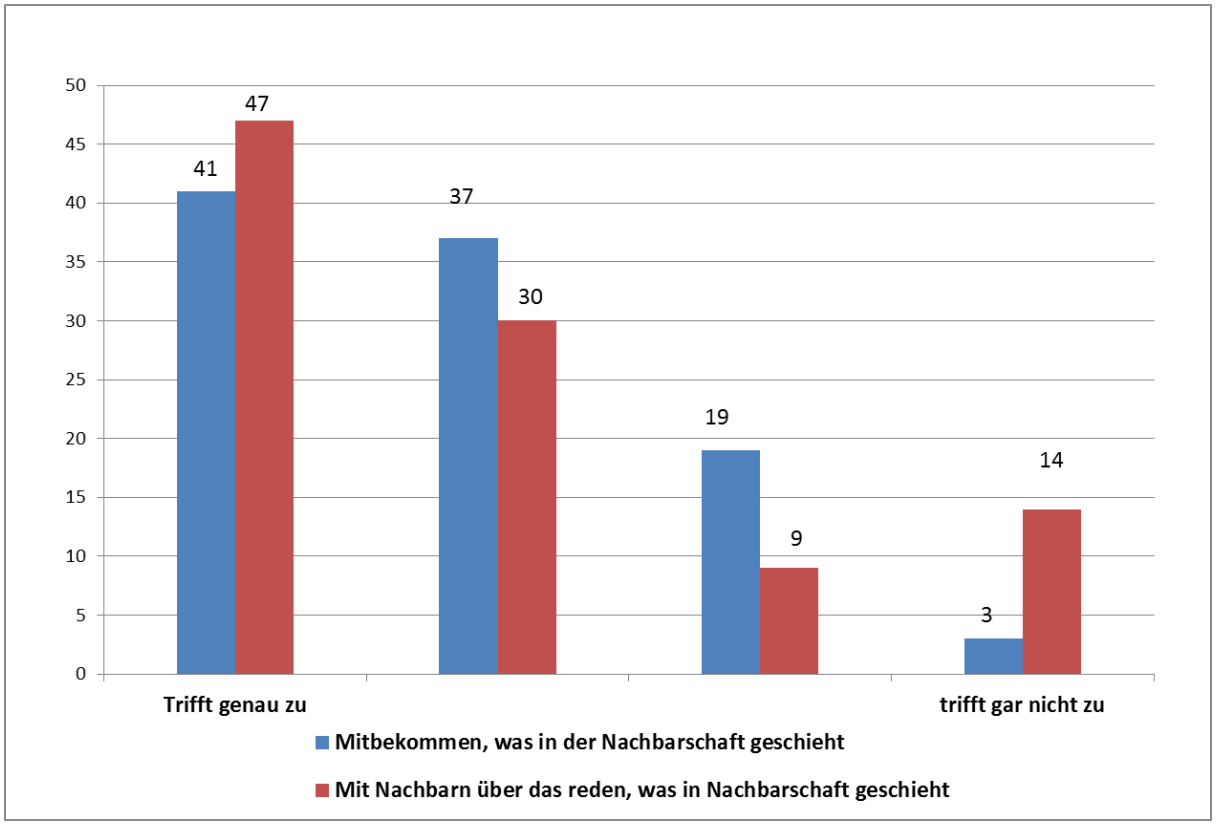
Die Stärkung und Ergänzung innerfamilialer Generationenbeziehungen und die Initiierung und Stützung außerfamilialer Generationenbeziehungen ist ein wichtiges Anliegen nicht nur in einer wissenschaftlichen Perspektive (vgl. etwa BMFSFJ 2012), sondern ist auch Gegenstand familien- und seniorenpolitischer Überlegungen. So sieht etwa der Landesseniorenplan des Saarlandes in generationenübergreifenden Projekten und Aktivitäten die Möglichkeit, neue soziale Beziehungen über Familie, Nachbarschaft und Bekanntenkreis hinaus zu fördern. "Daher werden generationenübergreifende Aktivitäten und Projekte in Gemeinden, Schulen, Seniorenbegegnungsstätten, Gemeinwesenprojekte selbstorganisiert initiiert oder zum Beispiel in Kooperation mit Ehrenamtsbörsen oder Seniorenbüros initiiert. Sie werden im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements und in Ergänzung familialer Netzwerke zukünftig an Bedeutung gewinnen" (Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales Saarland 2007: 110).

Eine besondere Herausforderung besteht allerdings darin, gerade diejenigen Personen zu erreichen, die nicht erreicht werden wollen oder können, weil sie beispielsweise durch gesundheitliche Einbußen daran gehindert werden oder aus anderen Gründen sozial isoliert leben. Gelegenheitsstrukturen bzw. Begegnungsräume müssen damit insbesondere diejenigen Personen ansprechen und aktvieren, die ein hohes Risiko für einen Selbständigkeitsverlust oder soziale Isolation aufweisen.

Von großer Bedeutung ist das Erreichen von Personen mit einen hohen Risiko für Selbständigkeitsverlust oder soziale Isolation.

Der Landesseniorenplan des Saarlandes geht weiterhin davon aus, dass ein Generationen-Dialog insbesondere das bürgerschaftliche Engagement stärkt. Auch zeigen entsprechende Studien, dass "gerade im sehr hohen Alter beliebte Formen der sozialen Teilhabe (mitbekommen, was passiert und darüber reden) auch Chancen auf Beteiligung und Einbindung alter Menschen ins Quartiersleben bieten können" (Oswald et al. 2013: 53). Diese Chance bietet sich auch in der Gemeinde Tholey: Deutlich wird dies an der hohen Bedeutung von sozialen Kontakten und Nachbarschaft in der Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey. Der überwiegende Teil der Befragten bekommt nach eigener Einschätzung mit, was in der umgebenden Nachbarschaft geschieht und tauscht sich diesbezüglich mit den Nachbarn aus. Nur ein kleiner Teil der Befragten scheint in Bezug auf Kontakte in der Nachbarschaft sozial isoliert.

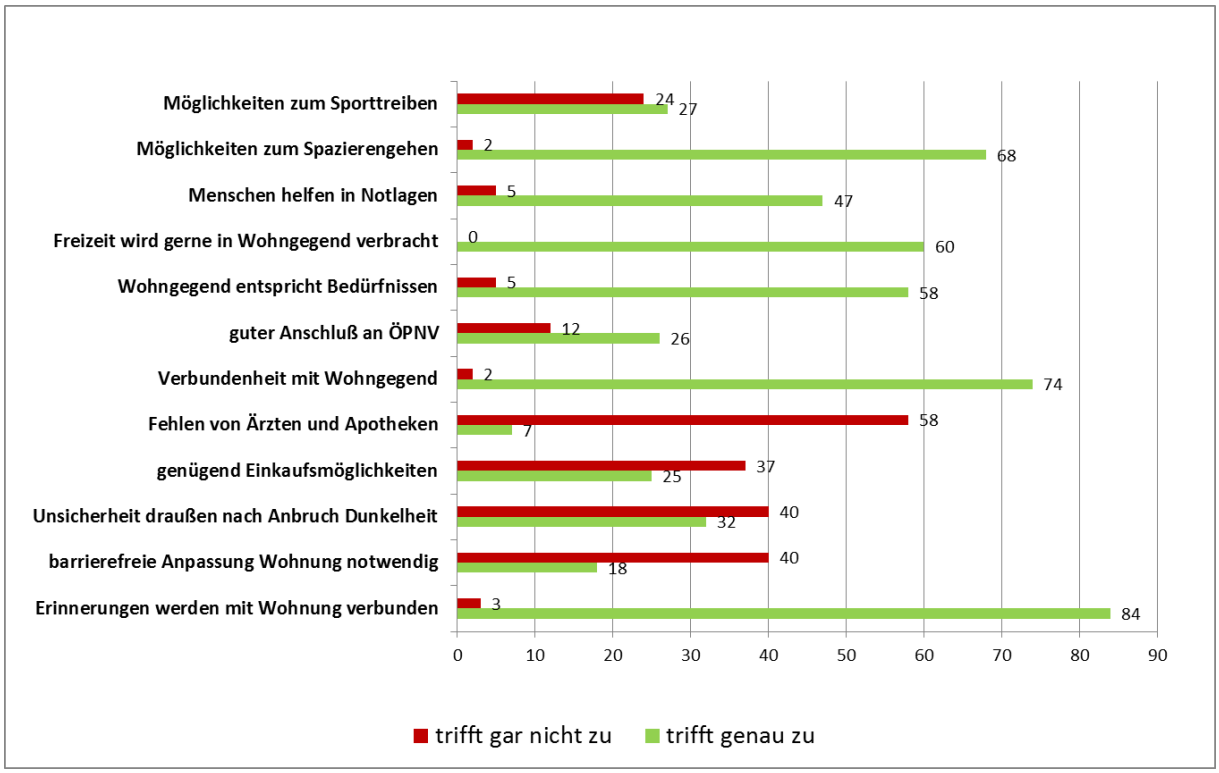
Abbildung 10: Bedeutung der Nachbarschaft



Quelle: Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey 2014, eigene Auswertung

Weitergehende Analysen im Rahmen der Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey bestätigen diesen ersten Eindruck: Deutlich wird zum einen die hohe subjektive Bedeutung der Wohnung, daneben aber auch die generelle Verbundenheit bzw. Zufriedenheit mit der Wohngegend oder die Einschätzung, dass im Umfeld Menschen wohnen, auf die man sich in Notfällen verlassen könne. Insgesamt wird deutlich, dass in Bezug auf verschiedene Aspekte des sozialen Austauschs in der Gemeinde Tholey von einer hohen Zufriedenheit auszugehen ist, während Aspekte der Zugänglichkeit zum Quartier oder der Versorgung etwa im medizinischen Bereich als nicht sehr problematisch angesehen werden.

Abbildung 11: Einschätzung von Wohnung und Wohnumfeld



Quelle: Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey 2014, eigene Auswertung

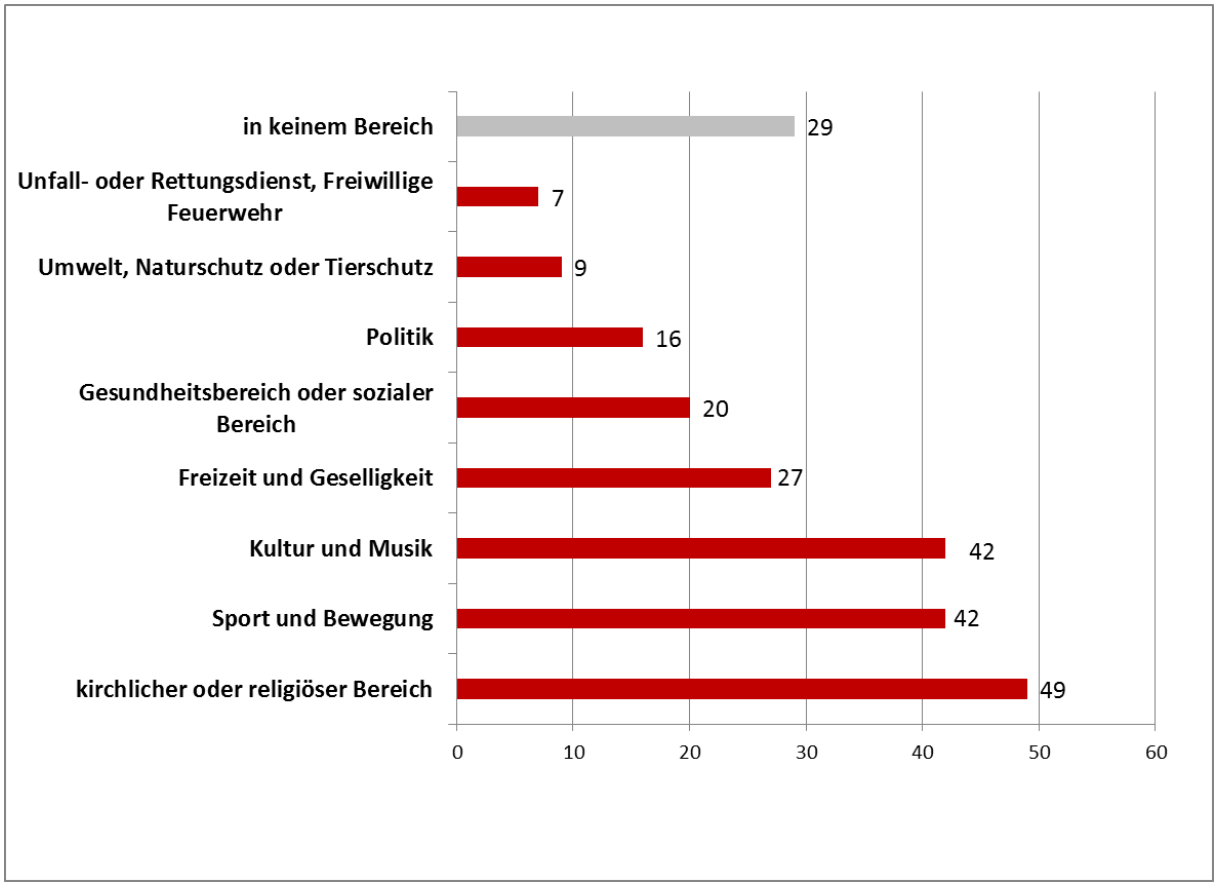
Über den angedeuteten sozialen Zusammenhalt hinaus bildet bürgerschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung und spätere Aufrechterhaltung von Begegnungsmöglichkeiten und sozialen Gelegenheitsstrukturen. So empfiehlt schon der fünfte Altenbericht den Ausbau und die Verstetigung engagementfördernder Infrastrukturen und die Berücksichtigung bürgerschaftlichen Engagements bei Reformen der Versorgungssysteme für ältere Menschen (vgl. BMFSFJ 2006). Zu einer ähnlichen Einschätzung im Hinblick auf die Förderung bürgerschaftlichen Engagements kommt aktuell die Generali-Altersstudie: "Die Erhaltung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit wie auch die Erhaltung der intergenerationellen Solidarität und Generationengerechtigkeit kann in einer alternden Gesellschaft auf Dauer nur gelingen, wenn die Ressourcen älterer Menschen anerkannt, nachgefragt und genutzt werden" (Generali Zukunftsfond 2012: 372). Die Gesellschaft müsse daher geeignete Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Ressourcen des Alters umgesetzt werden können: "Entsprechend sehen wir im Gedanken der 'caring community', der Entwicklung fürsorgender Gemeinschaften auf kommunaler Ebene, wichtige Impulse für die Weiterentwicklung bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft [...]. verstanden als geteilte Verantwortung zwischen professionell Tätigen, Familienangehörigen und bürgerschaftlich oder zivilgesellschaftlich Engagierten" (Generali Zukunftsfond 2012: 380).

Die Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey deutet bereits jetzt auf einen hohen sozialen Zusammenhalt hin, der sich auch in einem umfangreichen ehrenamtlichen Engagement zeigt.

Die Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey deutet neben dem hohen sozialen Zusam-

menhalt auch ein umfangreiches bürgerschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement der befragten Personen an: Rund 70 Prozent der Befragten engagieren sich in wenigstens einem der gefragten Bereiche freiwillig. Der Schwerpunkt liegt dabei in den Bereichen Kirche und Religion, Kultur und Musik, Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit und im sozialen Bereich. Etwa 45 Prozent der Befragten engagieren sich sogar in mindestens zwei der erwähnten Bereiche. Der zeitliche Aufwand pro Woche beträgt dabei im Regelfall zwischen zwei bis unter fünf Stunden. Dies ist die Selbsteinschätzung von rund 56 Prozent derjenigen Personen, die sich freiwillig betätigen. Bei etwa jedem Fünften liegt der zeitliche Aufwand sogar bei fünf Stunden und mehr.

Abbildung 12: Freiwilliges Engagement



Quelle: Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey 2014, eigene Auswertung

Insgesamt also zeigt sich in der Kombination von einem zufriedenstellenden sozialem Zusammenhalt und der Bereitschaft, im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement "Sorge" für anderen Menschen zu übernehmen, ein guter Ausgangspunkt für weitergehende Begegnungsmöglichkeiten, insbesondere im Hinblick auf den intergenerationellen Austausch.

Handlungsschritt 4

Notwendig und sinnvoll ist die Förderung von intergenerationellen Begegnungs- Kommunikations- und Erfahrungsräumen mit dem Ziel, Sozialbeziehungen zu initiieren.

Der Blick in die bundesweite Praxis zeigt eine Vielzahl von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheiten für sozialen Austausch, etwa aus den Bereichen:

- Austausch bzw. Transfer von Wissen, Kenntnissen und Fertigkeiten zwischen Generationen
- Kontaktmöglichkeiten durch soziale und kulturelle Angebote
- generationenübergreifende Nachbarschaftstreffs
- Häuser der Familien
- Mehrgenerationenhäuser
- Pflegestammtische
- Bürgertreffs
- Lokale Bündnisse für Familien
- Zeitzeugenarbeit
- Senior-Junior-Partnerschaften in Ausbildung, Schule und Beruf
- Mehrgenerationenhäuser

Auch in der Gemeinde Tholey zeigen sich insbesondere im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen umfangreiche und erprobte Strukturen zumindest in einigen Ortsteilen. Allerdings erfolgte für den Bereich der Freizeitgestaltung im Rahmen der empirischen keine umfassende Bestandsaufnahme. Es ist aber davon auszugehen, dass insbesondere über die Tätigkeiten der Vereine vor Ort eine Vielzahl von sozialen und kulturellen Kontaktmöglichkeiten bestehen. Allerdings besteht die koordinierende Tätigkeit im Quartier nicht vorrangig in der weiteren Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheiten für den sozialen Austausch. Koordination im Quartier und die Schaffung des "Generationenbüro Alt & Jung" spielen für den sozialen Austausch aber eine bedeutsame Rolle

Bedeutung von Koordination im Quartier und des "Generationenbüro Alt & Jung" für das Quartier

- Insbesondere im Rahmen der Identifizierung und Analyse des Quartiers entstehen umfangreiche Kenntnisse über die verfügbaren Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheiten für den sozialen Austausch.
- Der Koordinator ist Anlaufstelle für alle interessierten Personen im Quartier, vermittelt Kontakte und Informationen, die er im Rahmen der Quartiersanalyse zusammengestellt hat.
- Der Koordinator ist wesentlich für die Vernetzung der Akteure im Quartier verantwortlich: Im Rahmen dieser Tätigkeit können ggf. auch gemeinsam weitere Ideen und Vorschläge für Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheiten für den sozialen Austausch entwickelt werden (etwa die Schaffung von DLA in weiteren Ortsteilen innerhalb der Gemeinde Tholey)
- Zuletzt bietet das "Generationenbüro Alt & Jung" auch den räumlichen Rahmen für die Durchführung von Veranstaltungen aller Art und kann sich auf diese Weise zum Mittelpunkt für Begegnungsmöglichkeiten aller Art entwickeln.

4.5 Vernetzung der Akteure im Quartier

Den Kommunen kommt im Rahmen der Gemeinwesenarbeit die prinzipielle Verantwortlichkeit für die Moderation und Steuerung der Quartiersentwicklung zu (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiss 2013), die zentrale Funktion besteht dabei in der Netzwerkarbeit. So geht etwa Klie davon aus, dass eine sorgende Gemeinschaft "einer sicherheitsstiftenden Infrastruktur und eines professionellen Back-ups“ bedarf (Klie 2014: 128). Diese Elemente sieht Klie vor allem in kommunaler Planung, Steuerung und Vernetzung.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2014) bezeichnet dies auch als Notwendigkeit, Allianzen für das Alter zu schmieden, bestehend aus (älteren) Bürgern und Bürgerinnen und Akteuren, die gemeinnützig oder gewerblich im Bereich der Altenhilfe tätig sind (vgl. Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013). Dabei ist für die Kommunen aber zu beachten, dass sie "zwar eine Koordinierungs-, aber keine dirigistische Steuerungsfunktion haben. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollte es einem pluralen Spektrum freier Träger überlassen bleiben, die nötigen Dienstleistungen im Verbund mit anderen, aber auch im produktiven Wettbewerb untereinander zu erbringen“ (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2009: 12).

Handlungsschritt 5

Notwendig ist eine durch den Koordinator erfolgende Vernetzung aller relevanten Akteure im Quartier.

Der Koordinator ist dabei derjenige, "der Prozesse anstößt, begleitet, motiviert, der zuhört, berät, über Ressourcen verfügt, diese besorgt oder zur Verfügung stellt" (Bott 2014: 27). Nach Ansicht von Bott vermischen sich an dieser Stelle drei Tätigkeiten bzw. Funktionen: Die Funktionen eines Netzwerkers, eines Kümmerers und eines Moderators, die aber letztlich wieder in einer Gesamtaufgabe zusammenlaufen: "Im Grunde genommen haben diese drei Begriffe, neben den gemeinsamen Aspekten des 'Beförderns' von Engagementprozessen, der Einbindung von anderen Personen, der Organisation von freiwilligen Austausch- und Hilfeprozessen zugunsten verschiedener sozialer Gruppen in den Bedeutungsunterschieden Verhaltensaspekte, die alle - zu verschiedenen Zeiten - in solchen Engagementprozessen gebraucht werden. Es gibt Zeiten, in denen das Helfen, Zuhören, Mittragen, Sichkümmern im Vordergrund steht, aber auch Zeiten, in denen man geschickt und versiert an Netzen strickt und sich Einfluss und Gehör verschaffen muss. An anderer Stelle wiederum ist es wichtig, zu begleiten, zu kommentieren, zu verbinden und sich selbst zurückzunehmen, die anderen machen zu lassen, ihnen Anerkennung zu geben" (Bott 2014: 28)

Ein Überblick derjenigen Aufgaben, die Netzwerkarbeit im Quartier zur Folge hat, findet sich bei Früchtel et al. (2013: 135f). In der folgenden Übersicht werden ausgewählte Aspekte im Hinblick auf ihre Umsetzung im Rahmen des Projekts "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" analysiert.

Funktionen und Inhalte der Netzwerkarbeit

Quartiersbezogene Funktio-	**Inhalte der Netzwerkarbeit**
Netzwerke bestimmen	• Akteure identifizieren (Quartiersbestimmung und -analyse) • bestehende Kooperationen und informelle Netzwerke analysieren • durch Workshops (siehe oben)
Netzwerke fördern und institutionalisieren	• Vernetzung anregen • Kontakte zwischen Interessierten anregen • "Kennenlernen" der Netzwerkpartner organisieren (z.B. über Workshop, siehe oben) • Ressourcen zur Verfügung stellen (Generationenbüro Alt & Jung) • Fortbildungen für Akteure organisieren (vor allem Ehrenamtliche)
Lücken im Beteiligtennetzwerk schließen	• Netzwerke auf Träger- und Themenlücken analysieren • Einladungen und Angebote unterbreiten • auf Barrieren einwirken
Netzwerke im Quartier dauerhaft integrieren	• für Offenheit des Gremiums sorgen (über Öffentlichkeitsarbeit/siehe unten) • ggf. regelmäßige Treffen anregen und anbieten
Themen der Netzwerke auf das Quartier beziehen	• über Quartiersentwicklung informieren • Mitwirkung im Prozess der Quartiersentwicklung anbieten • Perspektiven auf das Quartier abfragen/ ggf. Vision für Zukunft des Quartiers gemeinsam erarbeiten
Ziele, Position der Netzwerke konkretisieren	• Transparenz der Vernetzung herstellen • ggf. Ziele und Aufgaben von Gremien präzisieren • ggf. Indikatoren für Zielerreichung formulieren
mit Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit vernetzen	• Schnittstellen gestalten • Informationen zur Verfügung stellen • Kontakte herstellen und moderieren • Sichtbarmachen der erreichten Schritte über Kommunikationskanäle der Gemeindeverwaltung (z.B. Tholeyer Nachrichten, Homepage, etc.) • Berichte in Gremien der Gemeinde -und Kreisverwaltung

4.6 Beratung im Quartier

Auch die Beratung vor Ort im Quartier ist ein wesentliches Element gelingender Gemeinwesenarbeit für ältere Menschen. Im Modell des KDA bildet die wohnortnahe Beratung und Begleitung den Kern einer gelingenden Quartiersentwicklung: "Eine wohnortnahe Beratung und Begleitung informiert, berät und unterstützt in Abhängigkeit von den subjektiven Bedürfnissen der Rat- und Hilfesuchenden. Dabei gilt es, eine große Bandbreite von Aufgabenfeldern - von der Klärung von Fragen zu präventivem Verhalten bis hin zur Organisation und Steuerung eines benötigten Hilfemix - abzudecken" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 25).

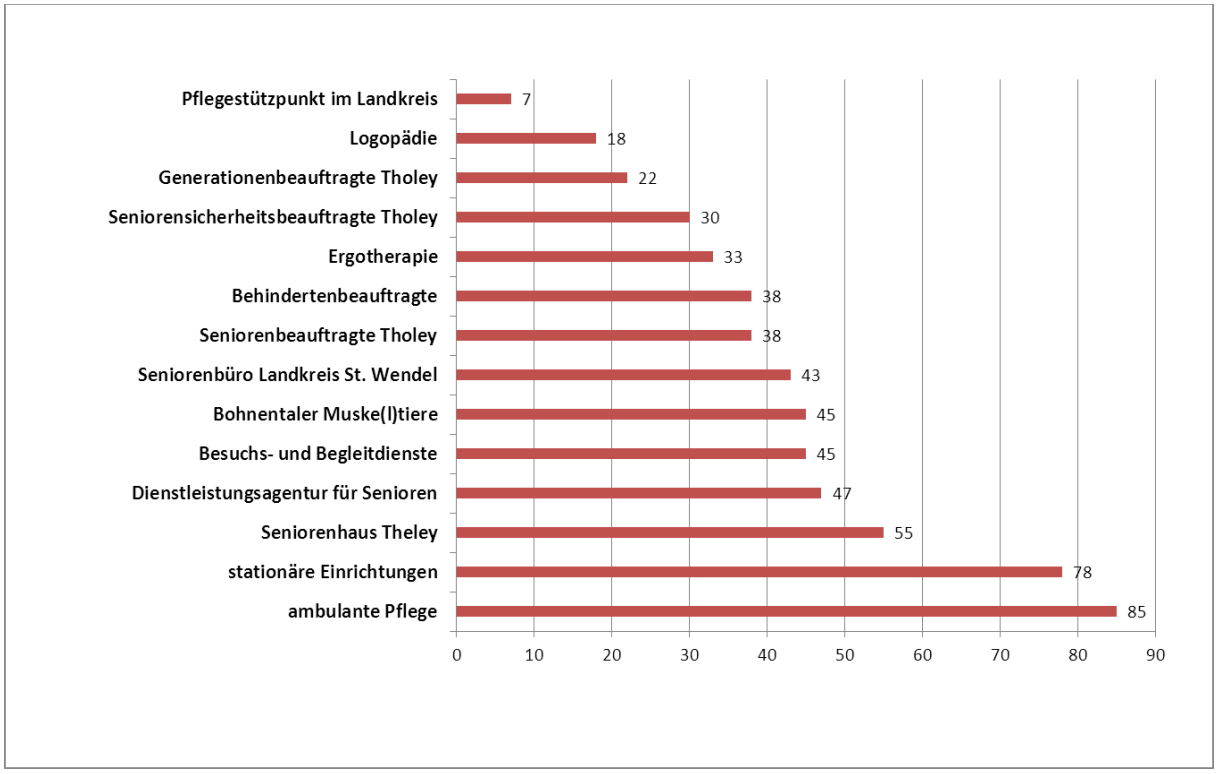
Entscheidend ist dabei nach Einschätzung des KDA die Beratung und Begleitung vor Ort durch Personen, die mit dem Quartier vertraut sind: "Es bedarf der Menschen vor Ort, die mit diesem Wissen Rat- und Hilfesuchende beraten und für sie ein Bündel bedarfsgerechter und aufeinander abgestimmter Hilfen schnüren und - falls notwendig - die Organisation und die Steuerung dieses Hilfemix übernehmen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 25).

Unabhängig vom Inhalt der Beratung ist diese notwendig, da die "Vielzahl von oft unkoordinierten Leistungen bei den BürgerInnen zu Intransparenz und bei den AnbieterInnen - wenn sie zusammenarbeiten müssen - zu Koordinationsproblemen führt" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 24f). So zeigt etwa die Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey, dass die Bekanntheit vorhandener Angebote und Dienstleistungen durch Beratung weiter ausgebaut werden könnte (vgl. Abbildung 13). Erwartungsgemäß ist die Existenz von Angeboten vor Ort (von ambulanten Diensten bis hin zu den Bohnentaler Muske(l)tieren bzw. den Dienstleistungsagenturen einem größeren Teil der Befragten bekannt. Gleiches gilt auch für das überregional tätige Seniorenbüro des Landkreises St. Wendel. Weitergehende Beratungsangebote vor Ort sind demgegenüber zum Teil nur einem kleineren Teil der befragten Personen bekannt.

Handlungsschritt 6

Im Quartier sollte eine kontinuierliche Form der Beratung angeboten, die u.a. auf der Grundlage der Netzwerkarbeit in den Bereichen Care-Management, Wohnberatung bis hin zum Case-Management Informationen vermittelt.

Abbildung 13: Bekanntheit ausgewählter Angebote und Dienstleistungen im Landkreis St. Wendel bzw. in der Gemeinde Tholey (Angaben in Prozent)



Quelle: Seniorenbefragung in der Gemeinde Tholey 2014, eigene Auswertung

Zu Beginn des Abschnitts wurde bereits darauf hingewiesen, dass fallspezifische Arbeit bzw. Beratung eines von drei Tätigkeitsfeldern im Rahmen der Sozialraumorientierung darstellt. Die Tätigkeit der Beratung hingegen wird nur mit wenigen Ausnahmen durch den Koordinator selbst durchgeführt. Die Anlaufstelle bzw. das "Generationenbüro Alt & Jung" hat in Bezug auf Beratungen drei Funktionen (vgl. Abschnitt 4.1):

- Vermittlung von Informationen bzw. Hilfestellungen durch die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter des "Generationenbüro Alt& Jung", etwa beim Ausfüllen von Formularen und Anträgen bis hin zur Vermittlung von weitergehenden Fachberatungen
- dezentrale Beratungsstelle für die kreisweiten kommunalen Beratungsangebote vor Ort in Tholey
- zentrale Beratungsstelle für die kommunalen lokalen Beratungsangebote vor Ort in Tholey

Der Schwerpunkt des "Generationenbüro Alt & Jung" in Bezug auf den Aspekt der Beratung liegt damit vor allem in der Vernetzung der vorhandenen Beratungsangebote. Dies ist zum notwendig, um die vorhandenen fachlichen Kompetenzen zu bündeln und andererseits zur Schaffung von kurzen Wegen für Ratsuchende.

In Bezug auf die Inhalte der Beratung lassen sich mindestens drei unterschiedliche Gruppen von Inhalten ausmachen, die allerdings deutliche Schnittmengen aufweisen. Von besonderer Relevanz ist - unabhängig vom Inhalt der Beratung - die Berücksichtigung auch zugehender

bzw. aufsuchender Beratungs- und Unterstützungsformen für ältere Menschen. Dies ist besonders dort wichtig, wo beispielsweise Quartiere eine kollektive Alterung erfahren oder wo außerhäusliche Mobilität immer voraussetzungsvoller wird (vgl. Kricheldorf 2015).

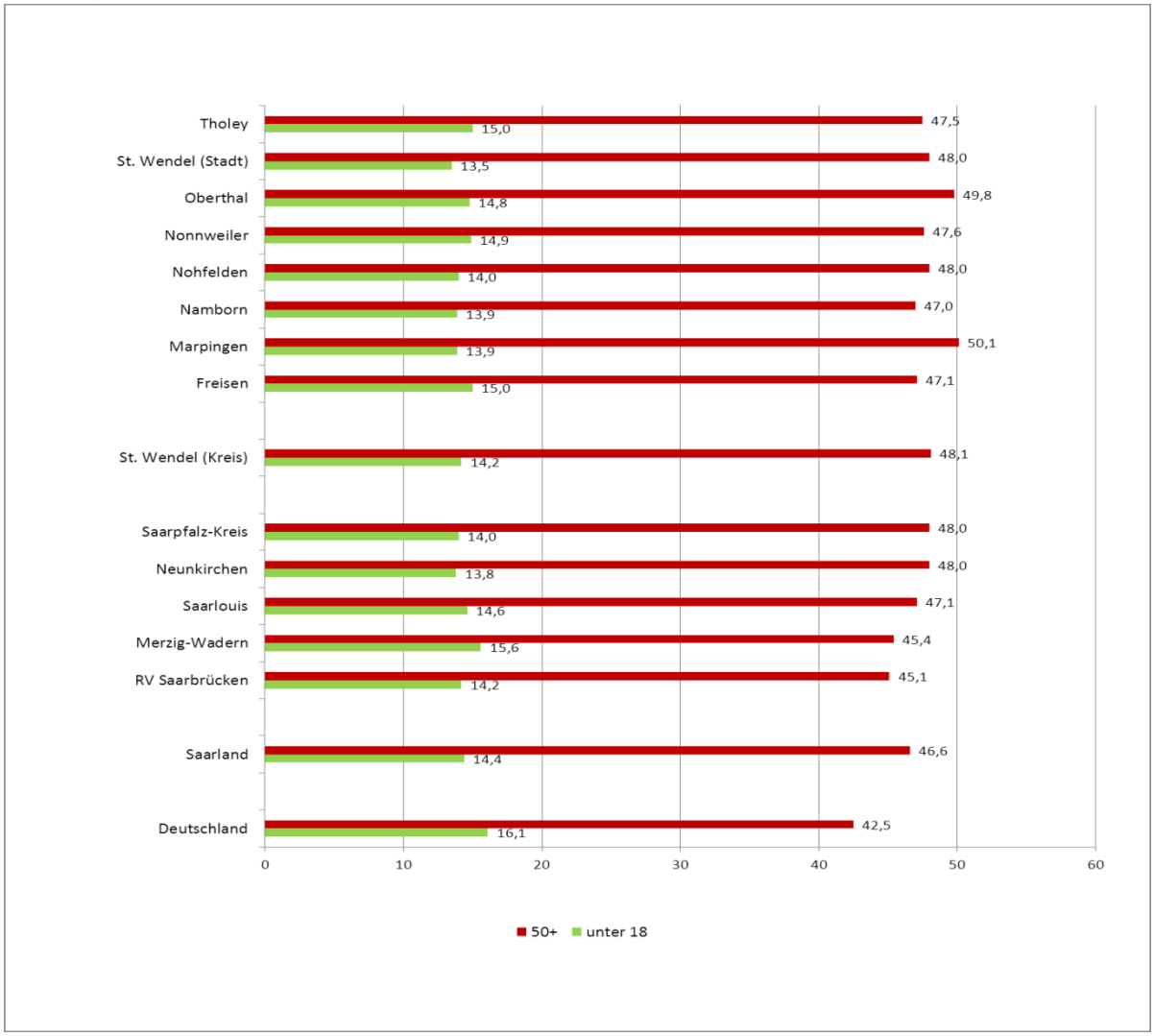
- **Care-Management**: Ausgangslage für das Care-Management sind u.a. unkoordinierte Trägerbeziehungen, undurchsichtige Angebote, Schnittstellenprobleme, Versorgungslücken oder unzureichende Kenntnisse über Alternativen zur stationären Versorgung (vgl. Rüßler 2007). Diese können aus der Perspektive der älteren Bürger und Bürgerinnen zu Problemen führen, die es im Rahmen einer Beratung zu klären gilt. "Damit die Leistungen koordiniert für die Kundin bzw. den Kunden erbracht werden können, ist es [...] notwendig, systematisch an den Schnittstellen und Kooperationsbeziehungen zu arbeiten. Diese Aufgabe - neben der Aufgabe, Versorgungslücken zu identifizieren und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen einzuleiten - wird auch als Care Management bezeichnet" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 26). Dieses sollte direkt bei der wohnortnahen Beratung und Begleitung angesiedelt werden. "Durch das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage [...] werden auch bestehende Versorgungslücken besser evident. Die bestehende Transparenz ermöglicht es, diese zu schließen, sowie Angebote qualitativ und quantitativ auszubauen" (Michell-Auli & Kremer-Preiß 2013: 26). Eine wichtige Voraussetzung für umfassendes und gelingendes Quartiersmanagement ist allerdings die bereits dargestellte Netzwerkarbeit.
- **Case-Management:** Beratung sollte generell die Balance herstellen zwischen den je individuellen Wünschen nach einem selbstbestimmten und selbständigen Leben unter Vermeidung von Risiken, die sich durch den Verbleib in der gewohnten häuslichen Umgebung ergeben können. Hier kann ein quartiersbezogenes Care-Management in den meisten Fällen wertvolle Hilfestellungen leisten. In manchen Fällen ist aber auch ein Case-Management notwendig, also die individuelle und gezielte Steuerung und Organisation eines als notwendig erachteten Hilfemix. "Im Zusammenhang mit der Entwicklung einer stärker integrierten Versorgung kann ein sinnvolles Case-Management eine wichtige Rolle spielen. Die Funktion eines Case-Managements könnte es sein, einen individuell konkretisierbaren 'Sorge-Mix' aus professionellen und nicht-professionellen Angeboten für Pflegebedürftige zusammenzustellen und erkennbar zu machen" (Netzwerk: Soziales neu gestalten 2009: 14).
- **Wohnberatung:** Neben Care- und Case-Management sollte eine qualifizierte Wohnberatung fester Bestandteil der Beratungstätigkeit im Quartier sein. Im Fokus der zu schaffenden "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" stellt ja gerade das möglichst lange selbständige Wohnen in der eigenen Wohnung bzw. im eigenen Haus den Ausgangspunkt der vorliegenden Konzeptentwicklung dar. Wohnberatung ist damit ein wichtiger Bestandteil des Verbleibs im Quartier und könnte beispielsweise folgende Aspekte umfassen:
    - Wohnberatung in Bezug auf verschiedene Wohnformen (Betreutes Wohnen, seniorengerechte Wohnungen, gemeinschaftliches Wohnen), vorrangig aber in Bezug auf das Wohnen in der eigenen Wohnung bzw. dem eigenen Haus
    - Barrierefreies Wohnen und Bauen
    - Technische Unterstützung und Haus und Haushalt bis hin zu "Assisted Ambient Living" (AAL) oder
    - Umzugsmanagement

5. Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Ausgangslage - die Folgen des demografischen Wandels im Landkreis St. Wendel

Im Landkreis St. Wendel sind bis zu 50% der Bevölkerung fünfzig Jahre und älter. Dies deutet im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt auf eine vergleichsweise alte Bevölkerungsstruktur hin. Zugleich kann dies als Hinweis verstanden werden, dass innerfamiliale Unterstützung möglicherweise nicht mehr in ausreichendem Maße geleistet werden kann. Es besteht also Handlungsbedarf in Bezug auf den gesamten Bereich der sozialen Unterstützung - also von sozialem Austausch über Unterstützung im Alltag bis hin zu Unterstützungsleistungen bei einer eventuellen Pflegebedürftigkeit.

Abbildung 14: Anteile ausgewählter Altersgruppen im Landkreis St. Wendel am 31.12.2013 (in Prozent)



Ein überdurchschnittlicher Wegzug jüngerer Generationen und gleichzeitig geringer Zuzug von Familien mit Kindern sowie konstant niedrige Geburtenraten führten sowohl in großen Teilen des Saarlandes als auch im Landkreis St. Wendel zum derzeitigen Verhältnis der Generationen. Vor diesem Hintergrund wird die Schaffung neuer Unterstützungsmöglichkeiten immer bedeutsamer. Mittelfristig wird sich das beschriebene Verhältnis zwischen den Generationen nicht wesentlich verändern. Deutlich wird also die Notwendigkeit, dem sich verändernden Verhältnis zwischen Alt und Jung zeitnah Rechnung zu tragen. Die Lokalpolitik ist hier gefordert: Sie muss dem sich dem sich verändernden Verhältnis zwischen Alt und Jung durch geeignete Angebote und weitsichtige Maßnahmen Rechnung tragen. Konkret geht es um die Beantwortung der Frage, was notwendig ist, damit in den Gemeinden, Ortsteilen oder Quartieren des Landkreises St. Wendel jeder älterwerdende Mensch solange in seinem Lebensumfeld bleiben kann, wie er oder sie es möchte. Einen aktuellen Ansatz hierzu bietet beispielsweise die Diskussion um die sog. "neuen Nachbarschaften".

Leitziel des Konzepts "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel" und Projektverlauf

Damit stellt sich das Leitziel des Konzepts "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St Wendel" wie folgt dar:

"Ein überschaubares lokales Hilfenetz aus professionellen und nicht-professionellen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Wohnviertel, Dorf oder Stadtteil stellt sicher, dass ältere Menschen ab 60 Jahre mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen auch bei Hilfe- oder Pflegebedarf - solange wie möglich - und unter Erhalt größtmöglicher persönlicher Zufriedenheit und Lebensqualität selbstbestimmt Zuhause leben können" (Projektskizze Landkreis St. Wendel 2014)

Mit dem vorliegenden Konzept soll ein Teil der strukturellen Voraussetzungen zur Erreichung dieses Ziels geschaffen werden. Konkret sind folgende Anforderungen mit dem vorliegenden Bericht verbunden:

- Zusammenstellung eines Maßnahmenkatalogs mit Handlungsempfehlungen
- praktische Tipps für das konkrete Vorgehen
- beispielhaftes Aufzeigen eines Hilfe- und Ressourcennetzwerkes in einem Dorf oder Stadtteil
- Musteraufbau einer niedrigschwellig organisierten Anlaufstelle vor Ort zur Beratung und Unterstützung älterer Menschen und ihrer Angehörigen.

Die Konzeptentwicklung erfolgte im Rahmen des Bundesmodellprogramms "Anlaufstellen für ältere Menschen" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und wurde im Jahr 2014 vom Landkreis St. Wendel an das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (ism gGmbH) vergeben. Die Konzeptentwicklung wurde vom ism gGmbH im Zeitraum April bis Dezember 2014 in Abstimmung mit und unter Federführung des Landkreises St. Wendel durchgeführt. Als Modellstandort für die empirischen Arbeiten wurde stellvertretend für alle Gemeinden im Landkreis St. Wendel die Gemeinde Tholey ausgewählt.

Langfristige Ziele der Arbeit im Quartier

Aufbauend auf der oben beschriebenen Ausgangssituation ist der demografische Wandel durch langfristige Maßnahmen zu gestalten. Hierbei werden insbesondere die Kommunen vor eine neuartige Aufgabe gestellt. Diese müssen durch die Schaffung geeigneter Strukturen vor Ort im Quartier die Voraussetzungen dafür schaffen, dass langfristig die folgenden Ziele erreicht werden können:

- Die empirisch gut belegten Veränderungen in den familialen Generationenbeziehungen erfordern Veränderungen in den gesamtgesellschaftlichen Generationenbeziehungen, insbesondere in Bezug auf diejenigen außerhalb von Familien. Vor diesem Hintergrund besteht ein wichtiges Ziel in der Stärkung der **Solidarität zwischen den Generationen**, indem bereits bestehende Beziehungen zwischen den Generationen durch Strukturen vor Ort im Quartier weiter gefördert und unterstützt werden. Selbstverständlich sollen diese Generationenbeziehungen innerfamiliale Beziehungen nicht ersetzen, aber ggf. ergänzen.
- Neben der Beförderung vor allem der außerfamilialen Generationensolidarität sollte Arbeit im Quartier bzw. sollten Strukturen im Quartier langfristig dazu führen, dass sich in diesen Quartieren weitergehende subsidiäre Unterstützungsstrukturen im Sinne "**sorgender Gemeinschaften"** bilden können. Gemeint ist also die Schaffung von weiteren Voraussetzungen dafür, dass die Bewohner und Bewohnerinnen noch stärker als bislang Verantwortung füreinander übernehmen. Hier zeigen sich auch deutliche Bezüge zu einer weitergehenden Mobilisierung des Bürgerschaftlichen Engagements als einer wichtigen Säule des Gemeinwesens. Von großer Bedeutung ist an dieser Stelle aber zugleich, dass bürgerschaftliches Engagement nicht Einsparungen im sozialen Bereich, etwa in der Altenhilfe, in den Kommunen vor Ort kompensieren sollte.
- Voraussetzung für die Schaffung von Strukturen im Quartier, die den Verbleib älterer Menschen im Quartier sicherstellen sollen, ist von Beginn an die **umfassende Partizipation** eben dieser Menschen im Sinne einer direkten und intensiven Beteiligung bereits in der Phase der Planung und Gestaltung des Quartiers. Aus der Perspektive des Empowermentansatzes können die Beteiligten auch als Akteure und Experten in eigener Sache gesehen werden. Von großer Bedeutung ist daher für Beteiligung der älteren Bürger und Bürgerinnen auch die Wahl einer jeweils angemessenen Methode der Beteiligung.
- Entscheidend aber für die Erreichung dieser langfristigen Ziele ist die **Verstetigung der Quartiersarbeit** nach Ablauf einer Projekt oder Anlaufphase. Diese Verstetigung kann nur gelingen, wenn eine nachhaltige Finanzierung der Strukturen vor Ort bzw. im Quartier sichergestellt werden kann. Dieser notwendigen Finanzierung stehen mögliche Einspareffekte gegenüber: So kann beispielsweise durch den längeren Verbleib in der bisherigen Wohnung oder im bisherigen Haus der weitere Ausbau von stationären Pflegeplätzen vermieden werden.

Ausgangssituation am Modellstandort Tholey

Die Analyse der Bevölkerungsstruktur am Modellstandort Tholey, die Durchführung eines Expertenworkshops unter der Leitfrage "Was ist notwendig bzw. was wird benötigt, damit in der Gemeinde Tholey jeder älter werdende Mensch solange in seinem Lebensumfeld bleiben kann, wie er bzw. sie es möchte" und die Durchführung einer schriftlichen Umfrage unter der gleichen Fragestellung mit 85 Befragten liefert nun wichtige Hinweise zur vorhandenen Struktur von Angeboten im Bereich der Altenhilfe sowie Wünschen und Anforderungen auf

der Seite der Bewohner und Bewohnerinnen.

- Die Befragung deutet auf einen starken Bezug der Bewohner und Bewohnerinnen zu ihrem jeweiligen Wohnort hin, der sich u.a. in einer sehr langen durchschnittlichen Wohndauer von rund 46 Jahren im selben Haus bzw. in derselben Wohnung zeigt.
- Trotz bestehender gesundheitlicher Einschränkungen bzw. Veränderungen des Gesundheitszustandes sind die Befragten mit ihrer Gesundheit sehr zufrieden.
- Die Häuser bzw. Wohnungen der Befragten sind nur bedingt für das Leben im Alter geeignet, trotzdem werden aber nur selten tatsächliche Probleme in der Wohnung bzw. im Haus berichtet.
- Die große Verbundenheit sowohl mit der Wohnung/dem Haus, aber auch dem Wohnort zeigt sich in den zukünftigen Wohnwünschen: Der überwiegende Teil der Befragten möchte auch bei einer eventuellen Pflegebedürftigkeit im Haus bzw. der Wohnung wohnen bleiben.
- Die Befragten äußern ausgeprägte nachbarschaftliche Kontakte und ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement. Insgesamt kann von einem hohen sozialen Zusammenhalt ausgegangen werden.
- Die Befragten fühlen sich ihrem Wohnumfeld sehr verbunden, Aspekte der Zugänglichkeit zum Quartier oder beispielsweise die Versorgung im medizinischen Bereich werden nicht als problematisch erachtet.
- Insgesamt äußern die Befragten am Modellstandort Tholey eine sehr hohe subjektive Lebenszufriedenheit.

Die Ergebnisse deuten damit an, dass auch im hohen Alter und bei einer eventuellen Pflegebedürftigkeit oder anderweitigem Unterstützungsbedarf von einem Verbleib im Quartier ausgegangen werden kann. Damit bestätigen die konkreten empirischen Arbeit am Modellstandort zugleich eine wesentliche gerontologische Erkenntnis: Ältere Menschen wollen in ihrer vertrauten Wohnung bzw. ihrem Haus in der bekannten räumlichen und sozialen Umwelt - ihrem Quartier - wohnen bleiben, auch wenn dieses Quartier nicht in jeder Hinsicht eine optimale Umwelt darstellt.

Notwendige Strukturen vor Ort

Die konkreten Auswirkungen des demografischen Wandels und insbesondere die Ausgangssituation am Modellstandort Tholey machen die enorme Bedeutung von Strukturen vor Ort - im Quartier - deutlich. Diese Strukturen sollten insbesondere vor dem Hintergrund der langfristig zu erreichenden Ziele querschnittlich und generationenübergreifend angelegt werden.

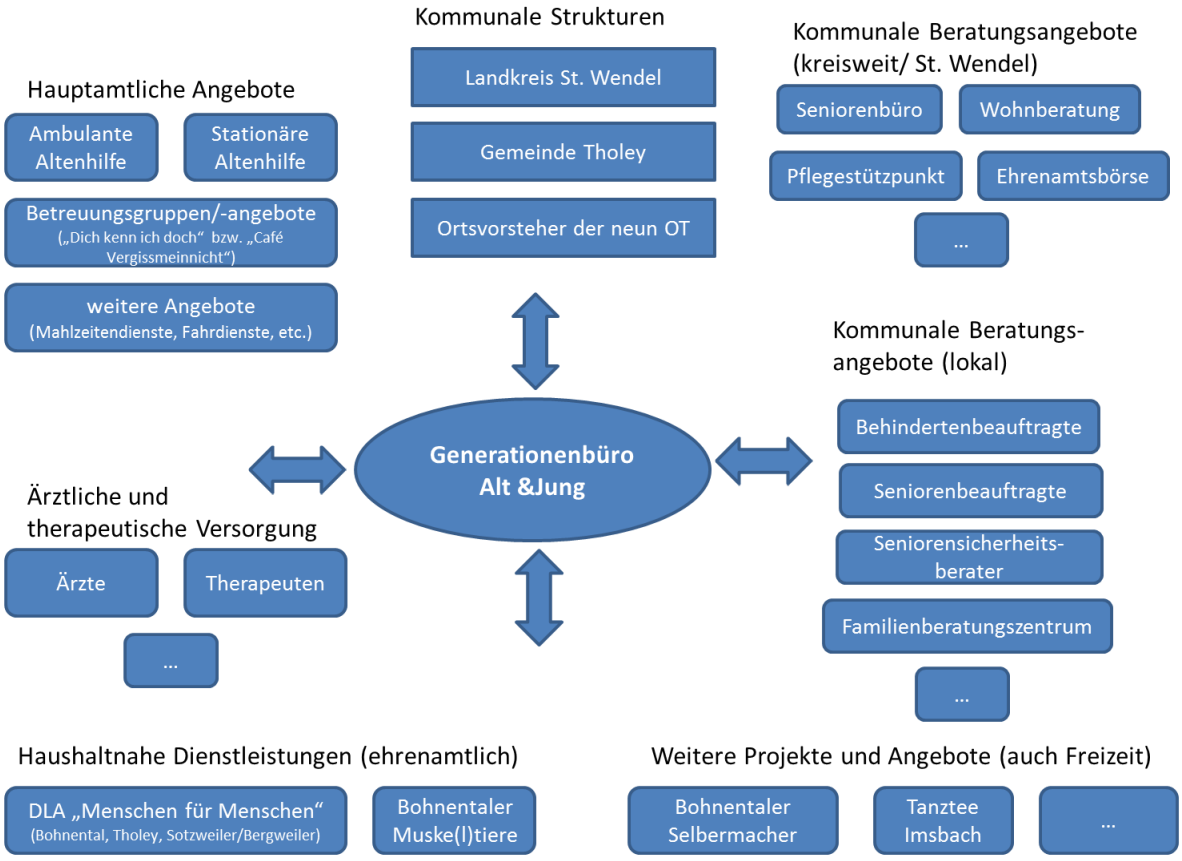
Auf der Grundlage der verfügbaren Angebote und Strukturen vor Ort in der Modellgemeinde Tholey empfiehlt sich beispielsweise in Tholey die Schaffung eines "Generationenbüro Alt & Jung":

Diese Struktur weist zugleich einen deutlichen Bezug zur Sozialraumorientierung auf, die neben der fallspezifischen Arbeit insbesondere durch fallübergreifendes und fallunspezifisches Vorgehen gekennzeichnet ist. Diese Tätigkeiten sind vor allem kennzeichnend für Soziale Arbeit im Quartier im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe und weisen einen starken Fokus zur Fallarbeit auf. Das Konzept der Sozialraumorientierung kann aber auch auf die Soziale Arbeit mit älteren Menschen im Quartier übertragen werden.

Im Rahmen des "Generationenbüro Alt & Jung" könnten die fallübergreifenden und fallun-

spezifischen Tätigkeiten an einem "Ort" zusammenlaufen bzw. angeboten werden. Entscheidend ist das Zusammenwirken aller relevanten Akteure vor Ort im Quartier.

Abbildung 15: Generationenbüro Alt & Jung in der Gemeinde Tholey



Funktionen des "Generationenbüros Alt & Jung" im Quartier

Das "Generationenbüro Alt & Jung" bedeutet hier vor allem die räumliche Konzentration der verschiedenen Angebote und Akteure an einem zentralen, gut zu erreichenden und vor allem barrierefreien Ort im Quartier. Eine Anlaufstelle "Generationenbüro Alt & Jung" verbindet damit im Quartier die folgenden Funktionen unter einem Dach:

- Vermittlung von Informationen bzw. Hilfestellungen durch die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter des "Generationenbüro Alt & Jung", Durchführung von einfachen Beratungen bis hin zur Vermittlung von weitergehenden Fachberatungen
- Vermittlung von (ehrenamtlichen) haushaltsnahen Dienstleistungen, Fahrdiensten oder sonstigen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Angeboten
- Informationen über Freizeitangebote
- Dezentrale Beratungsstelle für die kreisweiten kommunalen Beratungsangebote vor Ort in Tholey bzw. einheitliche Beratungsstelle für die kommunalen lokalen Beratungsangebote vor Ort in Tholey. Als Beratungsinhalte kommt hier vor allem die Wohnberatung in Betrachtung, daneben aber auch weitergehendes Care-Management bis hin zu individuellem Case-Management.
- Schulungs- und Bildungszentrum für ehrenamtlich Tätige oder sonstige Angebote im Bereich der Familien, Erwachsenen- oder Seniorenbildung

- Tagungsort für lokale Gruppen, Vereine oder Selbsthilfegruppen
- Veranstaltungsort für lokale Vorträge und Informationsveranstaltungen
- Veranstaltungsort für sozialen Austausch und kulturelle Angebote

Eine solche Anlaufstelle sollte sich an einem zentralen und gut erreichbaren Ort innerhalb der Gemeinde Tholey befinden und insbesondere die räumlichen, technischen und sonstigen Voraussetzungen bieten, die zur Erfüllung der oben beschrieben Funktionen notwendig sind.

Aufgaben des Koordinators im Quartier

Wesentliche Voraussetzung für die Aufgabenerfüllung einer solchen Anlaufstelle ist die Koordination durch mindestens eine Person. Der Schwerpunkt dieser Koordination liegt vor allem in der Identifizierung und Analyse des Quartiers und der Schaffung und Begleitung von Begegnungsmöglichkeiten und Gelegenheitsstrukturen:

- Am Beginn der Arbeit im Quartier steht aber zunächst einmal die **Identifizierung des Quartiers mit Hilfe geeigneter Methoden**. Entscheidend für eine intergenerationelle Gemeinwesenarbeit ist die Bestimmung dessen, was von den Bewohnern und Bewohnerinnen als Quartier erlebt wird. Auch wenn die Quartiere in dieser Einschätzung nicht unbedingt deckungsgleich sein müssen mit der kommunalen Planungsstruktur, sollten dabei die acht Gemeinden des Landkreises St. Wendel den Ausgangspunkt für die Quartiersbestimmung bilden.
- Daran anschließend erfolgt eine **Analyse des Quartiers**, in der Bedarfe und die Ist-Situation erfasst werden. Jedes Quartier weist eine je spezifische Situation auf, die so analysiert werden soll. Von großer Bedeutung ist hierbei die Verwendung beteiligungsorientierter und auch generationenübergreifender Verfahren. Denkbar ist auch, dass im Rahmen dieser Analyse mit den Beteiligten bereits eine Vision erstellt wird, wie das Leben im Quartier mittel- bis langfristig aussehen sollte. Zur Analyse des Quartiers sollten insbesondere niedrigschwellige Methoden verwendet werden.
- Eine weitere Aufgabe besteht in der Schaffung oder dem **Ausbau von generationenübergreifenden Begegnungsmöglichkeiten** als Bestandteil einer tragenden sozialen Infrastruktur. Eine besondere Herausforderung besteht dabei vor allem im Erreichen von Personen mit einem hohen Risiko für Selbständigkeitsverlust oder soziale Isolation. Aufbauend auf dem hohen sozialen Zusammenhalt in der Modellgemeinde Tholey sollte also intergenerationelle Begegnungsräume geschaffen werden mit dem Ziel, Sozialbeziehungen zu stärken oder aufzubauen.
- Parallel zu diesen Aufgaben kommt der Koordination im Quartier mit der Vernetzung der Akteure - der **Netzwerkarbeit** - eine weitere und andauernde Funktion zu. Diese ist insbesondere gekennzeichnet durch die Bestimmung der Netzwerke, dem Erkennen und Schließen von eventuellen Lücken im Netzwerk und der Institutionalisierung und dauerhaften Integration. Bedeutsam ist darüber hinaus auch die Vernetzung mit der jeweiligen kommunalen Verwaltung innerhalb der Gemeinden und in Bezug auf den Landkreis St. Wendel und eine koordinierte Öffentlichkeitsarbeit.

Ausblick und Übertragbarkeit

Altern im Quartier kann gestaltet werden. Vor dem Hintergrund der empirischen Erkenntnisse am Modellstandort in Verbindung mit den dargestellten langfristig zu erreichenden gesellschaftlichen Zielen ergibt sich zugleich die Notwendigkeit zum kommunalpolitischen Handeln vor Ort im Quartier. Dies zeigt sich zum einen in der demografischen Struktur im Landkreis St. Wendel und zum anderen im Wunsch der Befragten am Modellstandort Tholey, solange

wie möglich, auch bei eventuellen Problemen, in der bisherigen Wohnung bzw. im bisherigen Haus wohnen zu bleiben. Der Landkreis St. Wendel stellt sich der Herausforderung durch die Durchführung des Projekts "Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel". Das vorgeschlagene Konzept gilt es nun umzusetzen.

Die beschriebenen Strukturen, beispielsweise die Etablierung eines "Generationenbüro Alt & Jung" basieren auf den empirischen Arbeiten am Modellstandort Tholey, können und sollen auf die anderen Gemeinden im Landkreis St. Wendel übertragen werden. Entscheidend ist dabei insbesondere die Anknüpfung an vorhandene Strukturen, etwa in Bezug auf die zentrale Anlaufstelle in den jeweiligen Quartieren.

Literatur

Aner, K. (2010): Soziale Altenhilfe als Aufgabe Sozialer Arbeit. In: Aner, K. & Karl, U. (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit und Alter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 33-50.

Backes, G.M. & Clemens, W. (2008): Lebensphase Alter. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Alternsforschung. Weinheim und München: Juventa Verlag.

Baltes, P. B.; Baltes, M. M. (1990): Psychological perspectives on successful aging. The model of selective optimization with compensation. In: Baltes, P. B.; Baltes, M.M. (Hg.): Successful Aging: Perspectives from the Behavioral Sciences. Perspectives from the Behavioral Sciences: Cambridge University Press, 1–34.

Baltes, P. B.; Baltes, M. M. (1992): Begriff, Herausforderung und Brennpunkte. In: Baltes, P. B.; Mittelstraß, J. (Hrsg.): Alter und Altern: ein interdisziplinärer Studientext zur Gerontologie. Berlin, New York: de Gruyter, 1 - 34.

Becker, S.; Kaspar, R.; Kruse, A. (2006): Die Bedeutung unterschiedlicher Referenzgruppen für die Beurteilung der Lebensqualität demenzkranker Menschen. Kompetenzgruppenbestimmung mit H.I.L.DE. In: Zeitschrift für Gerontologie + Geriatrie, Jg. 39, H. 5, 350–357.

Becker, S.; Kaspar, R.; Kruse, A. (2010): Heidelberger Instrument zur Erfassung der Lebensqualität demenzkranker Menschen (H.I.L.DE.) - das Instrument in seinen konzeptionellen Grundlagen und in seiner praktischen Anwendung. In: Kruse, Andreas (Hg.): Lebensqualität bei Demenz? Zum gesellschaftlichen und individuellen Umgang mit einer Grenzsituation im Alter. Heidelberg: Akademische Verlagsgesellschaft, 137-155.

Becker, S.; Kruse, A.; Schröder, J.; Seidl, U. (2005): Das Heidelberger Instrument zur Erfassung von Lebensqualität bei Demenz (H.I.L.DE.). Dimensionen von Lebensqualität und deren Operationalisierung. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, 38 (2), 108-121.

Beetz, S. & Wolter, B. (2015): Alter(n) im Wohnumfeld zwischen Individualisierung und kollektivem Handeln. In: Rießen, A. van; Bleck, C. & Knopp, R. (Hrsg.): Sozialer Raum und Alter(n). Zugänge, Verläufe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 207-224.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2014): Stadt für alle Lebensalter. Wo deutsche Kommunen im demografischen Wandel stehen und warum sie altersfreundliche werden müssen.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2015): Von Hürden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Bertelsmann Stiftung (2014): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt - messen was verbindet. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Gütersloh.

Bleck, C.; Rießen, A. van & Schlee, T. (2015): Soziale Ressourcen Älterer erkennen. Über forschungsmethodische Impulse und Blockaden in der Suche nach Begegnungs- und Kommunikationsorten älterer Menschen. In: Rießen, A. van; Bleck, C. & Knopp, R. (Hrsg.) (2015): Sozialer Raum und Alter(n). Zugänge, Verläufe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 265-287.

Brandenburg, H.; Güther, H. (2014): Lebensqualität und Demenz – theoretische, methodi-

sche und praktische Aspekte. In: Coors, M.; Kumlehn, M. (Hrsg.): Lebensqualität im Alter. Gerontologische und ethische Perspektiven auf Alter und Demenz. Stuttgart: Kohlhammer, 127-149.

Bott, J.M. (2014): Netzwerkarbeit und Selbstorganisation im demografischen Wandel. Berlin: Verlag Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2004): Modellprogramm "Selbstbestimmt Wohnen im Alter". Kurzfassung Ausblick. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2006): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft - Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2012): Generationenbeziehungen - Herausforderungen und Potenziale. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Kurzfassung. Berlin.

Claßen, K.; Oswald, F.; Doh, M.; Kleinemas, U. & Wahl, H.-W. (2014): Umwelten des Alterns. Wohnen, Mobilität, Technik und Medien. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.

Deutsches Zentrum für Altersfragen/DZA (2014): Veränderungen der Gesundheit im Alter. http://www.dza.de/forschung/deas/pressetexte.html (abgerufen am 15.11.2014)

Diener, E. (2000): Subjective Well-Being. The Science of Happiness and a Proposal or for a National Index. In: American Psychologist, Jg. 55, H. 1, 34–43.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2000): Weiterentwicklung der offenen Altenhilfe. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, Nr. 2. Berlin.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2006): Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen mit einer älter werdenden Bevölkerung. Berlin.

Fehren, O. & Hinte, W. (2013): Sozialraumorientierung - Fachkonzept oder Sparprogramm? Ein Beitrag von Oliver Fehren und Wolfgang Hinte. Berlin: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Früchtel, F.; Budde, W. & Cyprian, G. (2013): Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Fieldbook: Methoden und Techniken. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Generali Zukunftsfonds (Hrsg.) & Institut für Demoskopie Allensbach (2012): Generali Altersstudie 2013. Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren. Bonn: Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung.

Jurczyk, K. & Klinkhardt, J. (2014): Vater, Mutter, Kind? Acht Trends in Familien, die Politik heute kennen sollte. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Klie, T. (2014): Wen kümmern die Alten? Auf dem Weg in eine sorgende Gesellschaft. München: Pattloch Verlag.

Klie, T. & Spiegelberg, R. (Hrsg.) (1998): Fürs Alter sorgen. Grundlagen, Methoden, Standards kommunaler Altenplanung. Freiburg: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e.V. an der Evangel. Fachhochschule Freiburg.

Kricheldorf, C. (2015): Altern im Gemeinwesen aus sozialgerontologischer Perspektive. In: Rießen, A. van; Bleck, C. & Knopp, R. (Hrsg.): Sozialer Raum und Alter(n). Zugänge, Verläu-

fe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 15-30.

Kruse, A. (2004): Gemeinsam für ein besseres Leben mit Demenz in Wissenschaft und Gesellschaft. Institut für Gerontologie, Universität Heidelberg. Heidelberg.

Kruse, A. (2013): Alternde Gesellschaft - eine Bedrohung? Ein Gegenentwurf von Andreas Kruse. Berlin: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Lawton, M. P. (1994): Quality of Life in Alzheimer Disease. In: Alzheimer Disease and Associated Disorders, Jg. 8, H. Suppl. 3, 138–150.

Lawton, M. P. (2001): Quality of life and the end of life. In: Birren, J. E.; Schaie, K. W. (Hg.): Handbook of The Psychology of Aging. San Diego: Academic Press, 592–616.

Martin, M. & Kliegel. M. (2005): Psychologische Grundlagen der Gerontologie. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.

Michell-Auli, P. & Kremer-Preiß, U. (2013): Quartiersentwicklung. KDA-Ansatz und kommunale Praxis. Köln: Kuratorium Deutsche Altershilfe.

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2011): Moderne Sozialplanung. Ein Handbuch für Kommunen. Düsseldorf.

Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales Saarland (2007): Ältere Menschen im Saarland. Landesseniorenplan / Erster Teil. Saarbrücken.

Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales Saarland (2009): Ältere Menschen im Saarland. Landesseniorenplan / Zweiter Teil. Saarbrücken.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familien Saarland (2012): Demographischer Wandel im Saarland. Zahlen, Daten, Fakten. Saarbrücken.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Saarland und Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (Hrsg.) (2014): Vierter Kinder- und Jugendbericht für das Saarland 2014 - Neue Familialität als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe. Mainz: Institut für Sozialpädagogische Forschung.

Mollenkopf, H.; Oswald, F. & Wahl, H.-W. (2004): Neue Person-Umwelt-Konstellationen im Alter: Wohnen, außerhäusliche Mobilität und Technik. In Sozialer Fortschritt, Heft 11-12/2004, 301-310.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (2006): Policy Paper. Demographischer und Sozialer Wandel: Zentrale Leitlinien für eine gemeinwesenorientierte Altenhilfepolitik und deren Bedeutung für soziale Organisationen. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Netzwerk: Soziales neu gestalten (2009): Lebensräume zum Älterwerden - Für ein neues Miteinander im Quartier. Memorandum des Netzwerks: Soziales neu gestalten (SONG). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Oswald, F. (2010): Subjektiv erlebte Umwelt und ihre Bedeutung für Selbständigkeit, Identität und Wohlbefinden im Alter. In: Kruse, A. (Hrsg.): Leben im Alter. Eigen- und Mitverantwortlichkeit in Gesellschaft, Kultur und Politik. Festschrift zum 80. Geburtstag von Prof. Dr. Dres. h.c. Ursula Lehr, Bundesministerium a.D. Heidelberg: AKA Verlag, 169-179.

Oswald, F., Kaspar, R., Frenzel-Erkert, U., & Konopik, N. (2013). "Hier will ich wohnen bleiben!“ Ergebnisse eines Frankfurter Forschungsprojekts zur Bedeutung des Wohnens in der Nachbarschaft für gesundes Altern. Goethe-Universität Frankfurt am Main und BHF-BANK-Stiftung: Eigenverlag.

Rießen, A. van; Bleck, C. & Knopp, R. (Hrsg.) (2015): Sozialer Raum und Alter(n). Zugänge, Verläufe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Rohden, S.K. & Villard, H.J. (2010): Kommunale Alten(hilfe-)planung - Rahmung und Standards. In: Aner, K. & Karl, U. (Hrsg): Handbuch Soziale Arbeit und Alter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 51-57.

Rüßler, H. (2007): Altern in der Stadt. Neugestaltung kommunaler Altenhilfe im demographischen Wandel. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag und VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ryff, C. D. (1989): Happiness is everything, or is it? Explorations on the meaning of psychological well-being. In: Journal of Personality and Social Psychology, Jg. 57, H. 6, 1069–1081.

Schubert, H.; Abels, S.; Papenfuß, K.; Spieckermann, H. & Veil, K. (2015): Neuer Infrastrukturansatz für die sozialräumliche Altenhilfe. In: Rießen, A. van; Bleck, C. & Knopp, R. (Hrsg.) (2015): Sozialer Raum und Alter(n). Zugänge, Verläufe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 131-156.

Smettan, J. & Patze-Diordiychuk, P. (2014): Bürgerbeteiligung vor Ort. Sechs Beteiligungsverfahren für eine partizipative Kommunalentwicklung. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Smith, J.; Fleeson, W.; Geiselmann, B.; Settersten, R; Kunzmann, U. (1996): Wohlbefinden im hohen Alter: Vorhersagen aufgrund objektiver Lebensbedingungen und subjektiver Bewertung. In: Mayer, K. U.; Baltes, P. B. (Hg.): Die Berliner Altersstudie. Das höhere Alter in interdisziplinärer Perspektive. Berlin: Akademie Verlag, 497–524.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013): Zensus 2011. Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit ,Familienstand und Religionszugehörigkeit. Wiesbaden.

Staudinger, U. M. (2000): Viele Gründe sprechen dagegen, und trotzdem geht es vielen Menschen gut. Das Paradox des subjektiven Wohlbefindens. In: Psychologische Rundschau, 185.

Thole, W.; Höblich, D. & Ahmed, S. (Hrsg.) (2015): Taschenwörterbuch Soziale Arbeit. 2., durchgesehene und erweiterte Auflage. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt.

Veenhoven, R. (2000): The four qualities of life. Ordering concepts and measures of the good life. In: Journal of Happiness Studies, H. 1, 1.

Wahl, H.-W.; Mollenkopf, H.; Oswald, F. (1999): Alte Menschen in ihrer Umwelt. Beiträge zur ökologischen Gerontologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Zapf, W. (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: Glatzer, W.; Zapf, W. (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt a.M.: Campus, 13-26.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Vier Dimensionen der Lebensqualität nach Lawton 11
Abbildung 2: Rahmenmodell zum Person-Umwelt-Austausch im höheren Erwachsenenalter 12
Abbildung 3: Anteile ausgewählter Altersgruppen im Vergleich zum Stand 31.12.2013..... 33
Abbildung 4: Lebenszufriedenheit..... 34
Abbildung 5: Gesundheitszustand und Zufriedenheit mit der Gesundheit 35
Abbildung 6: Veränderungen des Gesundheitszustandes 36
Abbildung 7: Wohnsituation..... 37
Abbildung 8: Wohnwünsche..... 38
Abbildung 9: Generationenbüro Alt & Jung in der Gemeinde Tholey 41
Abbildung 10: Bedeutung der Nachbarschaft..... 55
Abbildung 11: Einschätzung von Wohnung und Wohnumfeld 56
Abbildung 12: Freiwilliges Engagement..... 57
Abbildung 13: Bekanntheit ausgewählter Angebote und Dienstleistungen im Landkreis St. Wendel bzw. in der Gemeinde Tholey (Angaben in Prozent) 62
Abbildung 14: Anteile ausgewählter Altersgruppen im Landkreis St. Wendel am 31.12.2013 (in Prozent)..... 63
Abbildung 15: Generationenbüro Alt & Jung in der Gemeinde Tholey 67

Anhang

Anlage 1: Flyer "Anlaufstelle für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel"

ANLAUFSTELLEN FÜR ÄLTERE MENSCHEN

Konzeptentwicklung/Weiterentwicklung:

Der Landkreis St. Wendel hat sich für die Fördervariante entschieden, in der zunächst ein Konzept entwickelt oder weiterentwickelt werden soll zur selbständigen Lebensführung im Alter (bspw. Lokale Demografiestrategie, Masterplan Daseinsfürsorge, Seniorenpolitisches Gesamtkonzept, etc.), die zunächst ein solches erarbeiten wollen oder deren Konzept überarbeitet bzw. angepasst werden muss.

Bei diesem Projekttyp geht es um die Förderung der Entwicklung von fachübergreifenden Handlungskonzepten bzw. der Weiterentwicklung von bereits bestehenden lokalen Konzepten und Strategien, die das selbstständige Wohnen im Alter unterstützen.

In 2014 handelt es sich um eine finanzielle Unterstützung des Landkreises St. Wendel zur Erarbeitung bzw. Überarbeitung eines lokalen, fachübergreifenden Gesamtkonzeptes bei dem das selbstständige Wohnen im Alter ein wesentlicher Schwerpunkt ist und in allen Bereichen berücksichtigt wird. Die ausgewählten Kommunen werden fachlich begleitet. Für die Entwicklung eines Konzeptes ist eine Bearbeitungszeit von einem Jahr vorgesehen.

Ab 2015 soll in den Kreisgemeinden und Ortsteile des Landkreises St. Wendel mit der Umsetzung erster Maßnahmen begonne werden, die sich aus dem Umsetzungskonzept ergeben haben.

Die Teilmaßnahmen, die vom BMFSFJ finanziell unterstützt werden, müssen darauf gerichtet sein, das selbstständige Wohnen älterer Menschen im Quartier und ihrem direkten Wohnumfeld zu fördern.

Projektträger

Landkreis St. Wendel
Mommstraße 21–31
66606 St. Wendel/Saarland

Projektleiter

Klaus Lauck, Diplom-Soziologe
Leiter Amt für soziale Angelegenheiten
Tel.: 0049–(0)6851–801–5200
Fax: 0049–(0)6851–801–5290
eMail: K.Lauck@lkwnd.de

Sekretariat: Liane Angel
Tel.: 0049–(0)6851–801–5201
Fax: 0049–(0)6851–801–5290
eMail: L.Angel@lkwnd.de

Kontaktanschrift

Landkreis St. Wendel
Amt für soziale Angelegenheiten
z. Hd. Herrn Klaus Lauck
Projekt: »Anlaufstelle für ältere Menschen« im Landkreis St. Wendel«
Mommstraße 21–31
66606 St. Wendel/Saarland

gefördert vom:

SENIORENBÜRO
LANDKREIS ST. WENDEL
2014

BUNDESMODELLPROJEKT

Anlaufstellen für ältere Menschen im Landkreis St. Wendel

Ein Projekt im Rahmen des Bundesmodellprogramms »Anlaufstellen für ältere Menschen«

Zum Bundesmodellprogramm „Anlaufstellen für ältere Menschen“:

Als Beitrag zur Demografiestrategie der Bundesregierung startete das BMFSFJ im November 2012 das Interessenbekundungsverfahren für das neue Programm "Anlaufstellen für ältere Menschen". Mit diesem Förderprogramm, das sich an Träger und Kommunen wendet, werden Informations- und Beratungsangebote für ältere Menschen niedrigschwellig und zielorientiert weiterentwickelt.

Hierbei soll an vorhandene Strukturen und Angebote bestehender Einrichtungen oder Angebote (z.B. Nachbarschaftszentren, Pflegestützpunkte, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros, Vereine, Ehrenamtsbörsen, Wohnberatungsstellen etc.) angeknüpft werden. So lange wie möglich selbstständig und selbstbestimmt leben und im vertrauten Wohnumfeld alt werden – das entspricht dem Wunsch vieler Menschen.

Im unmittelbaren Lebensumfeld der älteren Menschen sollen Angebote gefördert werden, die einerseits Teilhabe und Engagement andererseits aber auch bedarfsgerechte und passgenaue Hilfen zur Alltagsbewältigung ermöglichen.

Praxisnahe und nachhaltige Lösungen gesucht!

Ziel ist es, älteren Menschen zu ermöglichen, selbstständig und selbstbestimmt leben zu können. Gesucht werden daher praxisnahe, zukunftsorientierte und nachhaltige Lösungen und Vorschläge, um schrittweise ein flächendeckendes Netz von organisierter Hilfe im Quartier aufzubauen.

Projektbeschreibung »Älter werden im Landkreis St. Wendel«:

Es geht um einen „kleinräumigen, quartiersbezogenen, bedürfnisgerechten" Ansatz an der untersten Stufe der Versorgungskette: es geht um das Ansetzen bei den Familien und Menschen im Dorf, im Wohnquartier, in der Nachbarschaft mit folgender Zielrichtung:

+ Schaffung alten- und bedürfnisgerechter Hilfe- und Unterstützer-Arrangements im Dorf
+ Aktivierung und Erhalt quartierbezogener Netz- und Hilfewerke
+ Förderung der sozialen Teilhabe
+ Stärkung der sozialen Infrastruktur und der Solidarität zwischen den Generationen
+ Entwicklung eines „Hilfe-Netzwerkes" für ältere Menschen, die aus dem Dorf heraus für das Dorf und seine Bewohner organisiert wird und das es grundsätzlich erlaubt, so lange wie möglich im gewohnten Umfeld zu verbleiben
+ Im Hinblick auf die demografischen Entwicklung soll zudem einer Entleerung des ländliches

Raumes durch verstärkte Kooperationen (etwa zwischen den Gemeinden; zwischen Altenhilfeträgern, zwischen Nachbarn ...) entgegengewirkt werden.

Anlage 2: Fördermöglichkeiten

Finanzierungsbedarfe: Altengerechte Quartiersentwicklung

Förderthemen

- Konzept-, Strategie-, Maßnahmenentwicklung
- bauliche Anpassung
- ambulante Servicedienstleistungen im Gesundheits- und Pflegebereich
- Beratungsmöglichkeiten, Anlaufstellen, Nachbarschaftsinitiativen
- Wohnortnahe Infrastruktur
- Mobilität

Förderung für

- Räumlichkeiten, Büros
- Personal
- Investitionen

Förderprogramme

Kreditanstalt für Wiederaufbau - KfW

Kuratorium Deutsche Altershilfe

Stiftung Deutsches Hilfswerk

URBAN EXPERT
Integrierte Stadtentwicklung und Planungsprozesse

Förderprogramme: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Förder-programm	IKK – Barrierearme Stadt (233)	IKK – Barrierearme Stadt (234)
Förder-gegenstand	Barrierearme Umgestaltung von • kommunalen Gebäuden, • Verkehrsanlagen und • öffentlichem Raum	Umgestaltung von kommunalen **und sozialen** Gebäuden, Verkehrsanlagen und öffentlichem Raum
Förder-berechtigte	Kommunale Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe, Zweckverbände	Unternehmen mit mehrheitlich kommunalen Gesellschafts-hintergrund, NRO, Kirchen, PPP
Förder-konditionen	Kredit (ohne Höchstbetrag); 100 % förderfähiger Kosten	Kredit (max. 50 Mio. €); 100 % förderfähiger Kosten
Förder-anforderungen	• Maßnahmen im Einklang mit Zielen integrierter Stadt(teil-) entwicklungskonzepte • technische Mindestanforderungen	
Weitere Informationen	www.kfw.de/inlandsfoerderung/Öffentliche-Einrichtungen/Soziale-Kommunen/	

Förderprogramme: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Förder-programm	Altersgerecht Umbauen (159)	Altersgerecht Umbauen (455)
Förder-gegenstand	Wohnraum barriererarm umbauen oder Kauf umgebauten Wohnraums als Ersterwerber	
Förder-berechtigte	Eigentümer, Mieter, Contractor, Ersterwerber	Mieter, WEG-Privat, Eigentümer 1-2 Familienhäuser (max. 2 WE), Ersterwerber
Förder-konditionen	**Kredit** (max. 50.000 €/WE); 100 % förderfähiger Kosten	**Zuschuss** (max. 5.000 € /WE); 8-10 % förderfähiger Kosten
Förder-anforderungen	• technische Mindestanforderungen	
Weitere Informationen	www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestandsimmobilie/Foerderprodukte/Förderprodukte-für-Bestandsimmobilien.html	

Förderprogramme: Stiftung Deutsches Hilfswerk

Förder-programm	Fernsehlottomittel
Förder-gegenstand	**Personal- und Sachkosten** zur Umsetzung – sozialraumorientierter, quartiersbezogener Konzepte im Bereich der Altenhilfe – von email-/internetbasierten Beratungen.
Förder-berechtigte	freie, gemeinnützige Träger
Förder-konditionen	**Zuschuss** max. 100.000 € (über 3 Jahre, 1 Stelle), min. 20 % Eigenmittel
Förder-anforderungen	Sozialraumorientiertes, quartiersbezogenes Konzept im Bereich der Altenhilfe, das min. 3 von 6 vorgegebenen Zielen erfüllt.
Weitere Informationen	www.fernsehlotterie.de/HELFEN/Förderrichtlinien

Förderprogramme: Stiftung Deutsches Hilfswerk

URBAN EXPERT
Integrierte Stadtentwicklung und Planungsprozesse

Förderprogramme: Stiftung Deutsches Hilfswerk

Förder-programm	Fernsehlottomittel
Förder-gegenstand	A: **Baumaßnahmen** und Ausstattung von Einrichtungen zum altengerechten Wohnen; B: Neubau, Umbau, Erwerb und Ausstattung von Immobilien für Einrichtungen mit ambulant betreuten Wohngemeinschaften; C: Bau und Ausstattung von Begegnungsstätten
Förder-berechtigte	freie, gemeinnützige Träger
Förder-konditionen	**Zuschuss** max. 300.000 € (max. 33% der Gesamtkosten), min. 10% Eigenmittel
Förder-anforderungen	Sozialraumorientiertes, quartiersbezogenes Konzept im Bereich der Altenhilfe, das min. 3 von 6 vorgegebenen Zielen erfüllt.
Weitere Informationen	www.fernsehlotterie.de/HELFEN/Förderrichtlinien

Förderprogramme: Kuratorium Deutsche Altershilfe

Förder-programm	Mittel der Stiftung Deutsches Hilfswerk
Förder-gegenstand	1. Qualifizierung von Haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern 2. Starthilfe für innovative Angebote 3. Entwicklung und Implementierung innovativer Konzepte 4. Exkursionen und Besichtigungen
Förder-berechtigte	freie, gemeinnützige Träger
Förder-konditionen	**Zuschuss** max. 80 % (bei Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen 100 %) bzw. max. 10.000 € (unterschiedlich je nach Fördergegenstand)
Förder-anforderungen	unterschiedlich je nach Fördergegenstand
Weitere Informationen	www.kda.de/foerdermittel.html

Weitere Fördermöglichkeiten

- Eingliederungszuschuss der Bundesagentur für Arbeit
- rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft
- Pflegeversicherung
- Landesförderprogramme
- Stiftungen
- Crowdfunding
- Eigenleistungen / bürgerschaftliches Engagement

Fazit

- EIN allumfassendes Förderprogramm gibt es nicht.

- Eine Finanzierung wird sich aus mehreren Einzelbausteinen zusammensetzen (Kombination öffentlicher und privater Fördermöglichkeiten).

- Zeitlich und personeller Aufwand; Bedarf der Zusammenarbeit aller Akteure!

Fragen & Austausch

Nils Scheffler
scheffler@urbanexpert.net

URBAN EXPERT
Integrierte Stadtentwicklung und Planungsprozesse

Anlage 3: Fragebogenaufruf bzw. Einladung zum Workshop durch die Gemeinde Tholey

Bergweiler
Hasborn-Dautweiler
Lindscheid
Neipel
Scheuern
Sotzweiler
Tholey
Tholey
Überroth-Niederhofen

Gemeinde
Tholey

Gemeinde Tholey · Im Kloster 1 · 66636 Tholey

Im Kloster 1
66636 Tholey
☎ 06853-506-0
FAX 06853-50830
www.tholey.de
E-mail: gemeinde@tholey.de

Luftkurort Tholey und Theley

Auskunft erteilt:	Durchwahl:	Zimmer Nr.:	Az.:	Tag:	E-mail:
Ines Ney	0160 97231347		2.5	11.11.2014	jugendwerkhaus@tholey.de

Die Gemeinde Tholey bittet im Rahmen des Bundesmodellprojektes „Anlaufstellen für ältere Menschen" um Ausfüllung eines Fragebogens

Guten Tag,

das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt ein Bundesmodellprogramm mit dem Titel „Anlaufstellen für ältere Menschen". Das Ziel dieses Programms besteht in der Förderung von Angeboten im Lebensumfeld, die Teilhabe und Engagement, im Bedarfsfall aber auch Hilfe, Betreuung oder Pflege ermöglichen. Aus diesem Grund möchten wir Sie heute bitten, an einer Umfrage zum Thema **„Wohnen bleiben im Quartier"** teilzunehmen.

Konkretes Ziel ist, dass ältere Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen auch bei Hilfe- und Pflegebedarf solange wie möglich und unter Erhalt größtmöglicher persönlicher Zufriedenheit und Lebensqualität selbstbestimmt Zuhause leben können. Um dieses Ziel zu erreichen benötigen wir Antworten auf die folgende Frage:

Was trägt dazu bei, dass Menschen auch im hohen Alter selbständig und zufrieden in ihrer gewohnten Umwelt – ihrem Quartier – leben können?

Zur Beantwortung dieser Frage wenden wir uns nunmehr an Sie als Experte/Expertin mit einem Fragebogen zu den folgenden Themen:

- Wohnsituation,
- Ehrenamtliches Engagement,
- Gesundheit,
- Einschätzung Ihrer Wohnumgebung,
- Nachbarschaft und,
- Nutzung von Angeboten und Dienstleistungen in Ihrem Umfeld.

Kreissparkasse St. Wendel
(IBAN) DE35 5925 1020 0000 0406 00 • (BIC) SALADE51WND
St. Wendeler Volksbank
(IBAN) DE54 5829 1000 0000 3940 09 • (BIC) GENODE51WEN

Seite 1 von 2

Postbank Saarbrücken
(IBAN) DE47 5901 0066 0002 7086 63 • (BIC) PBNKDEFF
Volksbank Nahe Schaumberg
(IBAN) DE52 5909 9990 0100 3503 00 • (BIC) GENODE51NOH

Die Ergebnisse dieser Umfrage bilden eine wesentliche Grundlage für die weitere Projektbearbeitung und Konzeptentwicklung, welche vom Landkreis St. Wendel an das Institut für Sozialpädagogische Forschung in Mainz vergeben wurde. Die Gemeinde Tholey wurde dabei im Rahmen dieses Projekts als Modellgemeinde ausgewählt, stellvertretend für alle Gemeinden im Landkreis St. Wendel.

Wir möchten Sie daher bitten, den beiliegenden Fragebogen auszufüllen und mit Hilfe des adressierten Rückumschlags an die Jugend- und Generationenbeauftragte der Gemeinde Tholey, Frau Ines Ney, Im Kloster 1, 66636 Tholey, zurückzusenden.

Die Teilnahme an dieser Umfrage ist selbstverständlich freiwillig und erfolgt unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen: Die Teilnahme erfolgt anonym, ein Rückschluss auf die Person des Teilnehmers ist nicht möglich. Es handelt sich um eine rein wissenschaftliche Erhebung, mit der keine kommerziellen Zwecke verfolgt werden. Sollten Sie weitergehende Fragen haben, wenden Sie sich bitte an:

Frau Ines Ney, Mail: jugendwerkhaus@tholey.de, Telefon: 0160-97231347.

Herzlichen Dank für Ihre Mithilfe!

Viele Grüße aus Tholey

Hermann Josef Schmidt
Bürgermeister

Für weitere Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Bergweiler
Hasborn-Dautweiler
Lindscheid
Neipel
Scheuern
Sotzweiler
Tholey
Tholey
Überroth-Niederhofen

Gemeinde
Tholey

Im Kloster 1
66636 Tholey
☎ 06853-508-0
FAX 06853-50830
www.tholey.de
E-mail: gemeinde@tholey.de

Luftkurort Tholey und Theley

Gemeinde Tholey • Im Kloster 1• 66636 Tholey

«Einrichtung»
«Anrede» «Vorname» «Name»
«Straße»

«PLZ» «Ort»

Auskunft erteilt	Durchwahl	Zimmer Nr.:	Az.:	Tag:	E-mail:
Mathias Wöllner	06853/508-27	Bürgeramt	2.5 – Wö	12.06.2014	m.woellner@tholey.de

Die Gemeinde Tholey lädt Sie zur Expertenrunde für das Modellprojekt „Anlaufstellen für ältere Menschen" ein

Guten Tag,

im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekts „Anlaufstellen für ältere Menschen" lade ich Sie hiermit herzlich zu einer Expertenrunde am

Mittwoch, 02. Juli 2014, um 18.00 Uhr in den großen Sitzungssaal des Rathauses in Tholey

ein.

Im Rahmen dieser Expertenrunde sollen sozialraumbezogene Handlungsansätze aus dem Bereich der Altenhilfe erfasst und zusammengetragen werden. Zu diesem Zweck benötigen wir die Expertise der Multiplikatoren, Fachkräfte und professionellen bzw. nicht-professionellen Helfer und Helferinnen vor Ort aus der gesamten Bandbreite der Altenhilfe.

Die Ziele des Bundesmodellprogramms können wie folgt umschrieben werden:

- Schaffen alten- und bedürfnisgerechter Hilfe- und Unterstützer-Arrangements
- Aktivierung und Erhalt quartiersbezogener Netz- und Hilfemöglichkeiten
- Förderung der sozialen Teilhabe älterer Menschen
- Entwicklung bzw. Ausbau eines „Hilfe-Netzwerkes" für ältere Menschen unter Beteiligung des sozialen Nahfeldes (Nachbarschaft, Dorfgemeinschaft, Angehörige, Freunde, etc.).

Hauptziel des Modellprojekts ist damit die Entwicklung eines überschaubaren lokalen Hilfenetzes aus professionellen und nicht-professionellen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Damit soll sichergestellt werden, dass ältere Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen auch bei Hilfe- und Pflegebedarf – solange wie möglich – und unter Erhalt größt-

möglicher persönlicher Zufriedenheit und Lebensqualität selbstbestimmt zu Hause leben können. Die dafür notwendige Konzeptentwicklung wurde vom Landkreis St. Wendel ausgeschrieben und an das Institut für Sozialpädagogische Forschung in Mainz vergeben. Die Gemeinde Tholey wurde im Rahmen dieses Projekts als Modellgemeinde ausgewählt, das zu erstellende Konzept soll dann später auf andere Gemeinden im Landkreis übertragbar sein.

Von entscheidender Bedeutung im Rahmen der Konzeptentwicklung ist die Beteiligung von Experten und (älteren) Mitbürgern. Dies soll im Rahmen eines zweistufigen Verfahrens geschehen:

In einem ersten Schritt möchten wir uns im Rahmen einer Diskussion mit dem professionellen und nicht-professionellen Helfersystem in der Gemeinde Tholey einen Überblick über die vorhandenen Angebote verschaffen, bevor wir dann in einem zweiten Schritt in den Dialog mit älteren Mitbürgern, Angehörigen und weiteren Interessierten treten.

Es würde uns sehr freuen, Sie am 02. Juli 2014 zur Expertenrunde begrüßen zu dürfen. Bitte geben Sie Frau Ines Ney (Mail: jugendwerkhaus@tholey.de, Telefon: 0160-97231347) eine Rückmeldung, ob Sie an der Veranstaltung teilnehmen oder nicht.

Viele Grüße aus dem Rathaus

Hermann Josef Schmidt
Bürgermeister

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung

Anlage 4: Fragebogenaufruf in den "Tholeyer Nachrichten"

Die Jugendbeauftragte informiert:

Mittwoch, 26.11.
Geschenke- Workshop
Ab 15 Uhr

Freitag, 28.11.
Airhockey- Turnier
Ab 15 Uhr

Dienstag, 02.12.
Basteln für Weihnachten
Ab 15 Uhr

Donnerstag, 04.12.
Plätzchen backen
Rezepte aus aller Welt
Ab 15 Uhr

Kontakt:
Ines Ney
Jugendwerkhaus Theley
Primstalstr. 69
66636 Theley
Telefon: 06853/400982
Handy: 0160/97231347
E-Mail: jugendwerkhaus@tholey.de
Facebook: Jugendwerkhaus Theley
Sprechstunde: nach Vereinbarung

Anmeldungen möglich unter 06853/400982
oder jugendwerkhaus@tholey.de

Bundesmodellprojektes

Die Gemeinde Tholey bittet im Rahmen des Bundesmodellprojektes „Anlaufstellen für ältere Menschen" um Ausfüllung eines Fragebogens.
Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt derzeit ein Bundesmodellprogramm mit dem Titel „Anlaufstellen für ältere Menschen". Die Absicht dieses Programms besteht in der Förderung von Angeboten im Lebensumfeld, die Teilhabe und Engagement, im Bedarfsfall aber auch Hilfe, Betreuung oder Pflege ermöglichen. Aus diesem Grund führt die Gemeinde Tholey gemeinsam mit dem Landkreis St. Wendel und dem Institut für Sozialpädagogische Forschung eine Umfrage zum Thema „Wohnen bleiben im Quartier" durch.
Das konkrete Ziel des Bundesmodellprogramms „Anlaufstellen für ältere Menschen" besteht darin, dass ältere Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen auch bei Hilfe- und Pflegebedarf solange wie möglich und unter Erhalt größtmöglicher persönlicher Zufriedenheit und Lebensqualität selbstbestimmt Zuhause leben können. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Antworten auf die folgende Frage benötigt:
Was trägt dazu bei, dass Menschen auch im hohen Alter selbständig und zufrieden in ihrer gewohnten Umwelt – ihrem Quartier – leben können?

Zur Beantwortung dieser Frage wendet sich die Gemeinde Tholey nun an alle Bürgerinnen und Bürger im Alter von 60 Jahren und mehr mit einem Fragebogen zu den folgenden Themen:

- Wohnsituation,
- Ehrenamtliches Engagement,
- Gesundheit,
- Einschätzung Ihrer Wohnumgebung,
- Nachbarschaft und,
- Nutzung von Angeboten und Dienstleistungen in der Gemeinde

Die Ergebnisse dieser Umfrage bilden eine wesentliche Grundlage für die weitere Projektbearbeitung und Konzeptentwicklung, welche vom Landkreis St. Wendel an das Institut für Sozialpädagogische Forschung in Mainz vergeben wurde. Die Gemeinde Tholey wurde dabei im Rahmen dieses Projekts als Modellgemeinde ausgewählt, stellvertretend für alle Gemeinden im Landkreis St. Wendel.
Die Teilnahme an dieser Umfrage ist freiwillig und erfolgt unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen: Die Teilnahme erfolgt anonym, ein Rückschluss auf die Person des Teilnehmers ist nicht möglich. Es handelt sich um eine rein wissenschaftliche Erhebung, mit der keine kommerziellen Zwecke verfolgt werden.
Was müssen Sie tun, um an der Umfrage teilzunehmen?
Bei Interesse können Sie bei der Gemeinde Tholey einen Fragebogen anfordern, dessen Bearbeitung etwa 10 bis 15 Minuten dauert und der anschließend in einem adressierten und frankiertem Rückumschlag an die Gemeinde Tholey zurückgesandt wird.

- **Fragebögen erhalten Sie bei der Jugend- und Generationenbeauftragten der Gemeinde Tholey, Ines Ney (Mail: jugendwerkhaus@tholey.de, Telefon: 0160-97231347). Dort erhalten Sie bei Bedarf auch weitere Informationen.**

Informationsabende zum 25. Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft"

Unter dem Titel „Mitmacher gesucht" bietet das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz des Saarlandes insgesamt drei Informationsabende zum 25. Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft" an.
Gemeinsam mit Minister Reinhold Jost werden erfahrene Praktiker die Wege ihrer Dörfer zum Siegerdorf vorstellen.
Die Veranstaltungen finden jeweils von **18.00 Uhr bis ca. 19.30 Uhr** statt, und zwar am

04.12.2014 in **Oberwürzbach**, Kultur- und Vereinsraum, Montessori-Grundschule, Am Hasenfels
10.12.2014 in **Gerlfangen**, Dorfhaus, Kumpfweies 4
11.12.2014 in **Oberlinxweiler**, Kulturscheune, Niederlinxweilerstraße 7.

Die Informationsabende richten sich an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.
Beim Dorfwettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft" geht es nicht um schneller, höher, weiter und auch nicht darum, wer wird die Schönste im Land.
Das Besondere an diesem Wettbewerb ist nicht nur, dass ganze Dörfer sich dem Leistungsvergleich stellen, sondern dass es nur Gewinner gibt. Nicht der Preis, sondern das Mitmachen ist der Gewinn.
Es geht um die Förderung der Zusammenarbeit von Menschen, es geht darum, sich selbst zu organisieren und es geht um die Bereitschaft, sich für sein eigenes Dorf und seine Mitbürgerinnen und Mitbürger zu engagieren.
Die Richtlinien und Empfehlungen zum Wettbewerb gibt es unter www.umwelt.saarland.de
Anmeldung unter Nennung des gewählten Veranstaltungsortes per Mail an Dorfwettbewerb@umwelt.saarland.de

„Saarland zum Selbermachen"

Landesregierung unterstützt ehrenamtliche Projekte mit bis zu 3.000 Euro
Mit hohem persönlichem Einsatz, guten Ideen und beispielhafter Kreativität engagieren sich viele Saarländerinnen und Saarländer ohne Bezahlung und in ihrer Freizeit für die Belange ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Häufig sind es kleine Projekte, wie die Instandsetzung von Spielgeräten für Kinder, die Verbesserung von Sport- oder Freizeiteinrichtungen, die Schaffung und Pflege von gemeinschaftlichen Begegnungsmöglichkeiten, die Instandsetzung von Denkmälern oder Maßnahmen zur Verschönerung ortsbildprägender Einrichtungen, denen sich freiwillige Initiativen annehmen oder annehmen möchten. Oftmals aber scheitern gute Projekte an der fehlenden finanziellen Unterstützung, die in vielen Fällen gar nicht einmal so erheblich sein müsste, da umfänglich freiwillige Leistungen eingebracht werden. Dies kann auch darin begründet sein, dass vorhandene Förderprogramme nicht auf das Vorhaben passen. Um in solchen Situationen zu helfen, bietet die Saarländische Landesregierung seit etwa einem Jahr im Rahmen des Projektes „Saarland zum Selbermachen" eine direkte und unbürokratische finanzielle Förderung ehrenamtlicher, gemeinwohlorientierter Vorhaben an. Zur Beantragung einer finanziellen Unterstützung für ein gutes Projekt, das man im Interesse der Allgemeinheit aus eigenen Kräften realisieren möchte, braucht man lediglich ein einfaches Formblatt auszufüllen und an die Staatskanzlei des Saarlandes zu schicken. Eine unabhängige Jury, die mit im Ehrenamt ausgezeichneten Bürgerinnen und Bürgern besetzt ist, begutachtet die Anträge und entscheidet über die Förderhöhe, die bis zu 3.000 Euro pro Projekt betragen kann. Die Projektanträge finden Sie in den Flyern „Saarland zum Selbermachen", die bei den kommunalen Verwaltungen ausliegen oder einfach online unter www.saarland.de/ehrenamt. Auch telefonisch können Flyer und Antrag bei der Staatskanzlei unter der Rufnummer 0681/501-1337 oder per E-Mail unter soe@staatskanzlei.saarland.de angefordert werden.
„Saarland zum Selbermachen" verbindet die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements mit der Möglichkeit bürgerorientierter Lösungen im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen und ist ein Beispiel dafür, wie aus der Summe kleiner Initiativen ein großes lebens- und liebenswertes Ganzes entstehen kann. Das Projekt wurde 2013 von der Ministerpräsidentin des Saarlandes zur besonderen Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den Kommunen ins Leben gerufen.

Stellenausschreibungen

Stellenausschreibung des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz
veröffentlicht im Amtsblatt des Saarlandes
Nummer 46 vom 20.11.2014
Das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Laufbahn des höheren technischen Verwaltungsdienstes des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände eine / einen

Vermessungsreferendarin / Vermessungsreferendar
ein.

Im Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz ist im Geschäftsbereich 2 „Wasser" zum nächstmöglichen Zeitpunkt befristet für 2 Jahre die Stelle einer / eines

Hydrogeologin / Hydrogeologen
zu besetzen.

Stellenausschreibung des Ministeriums der Justiz
veröffentlicht im Amtsblatt des Saarlandes
Nummer 43 vom 30.10.2014
Das Ministerium der Justiz beabsichtigt, in seinem Geschäftsbereich zum 1. Oktober 2015

Anwärterinnen und Anwärter im mittleren Justizdienst
zuzulassen.

Stellenausschreibung der Staatskanzlei
veröffentlicht im Amtsblatt des Saarlandes
Nummer 46 vom 20.11.2014
Beim Saarländischen Landesarchiv in Saarbrücken ist die Stelle der / des

stellvertretenden Leiterin / Leiters des Landesarchivs
zum nächstmöglichen Zeitpunkt unbefristet zu besetzen.

Stellenausschreibung des Rechnungshofes des Saarlandes
veröffentlicht im Amtsblatt des Saarlandes
Nummer 42 vom 23.10.2014
Beim Rechnungshof des Saarlandes ist baldmöglichst die Stelle eines / einer

Prüfers / Prüferin für den Bereich Hochbau
zu besetzen.

Stellenausschreibung des Ministeriums für Finanzen und Europa
veröffentlicht im Amtsblatt des Saarlandes
Nummer 41 vom 16.10.2014
Beim Landesamt für Zentrale Dienste ist in der Abteilung B - Zentrale Datenverarbeitungsstelle für das Saarland (ZDV-Saar) – zeitnah im Sachgebiet B 11 „Steuerung und Planung" eine

Stelle zu besetzen.
Weitere Infos zu den Stellenausschreibungen unter www.amtsblatt-saarland.de

Schulnachrichten

Grundschule Hasborn

Malwettbewerb zur Aktion „Sicherheit beim Fahrradfahren"
Jedes Kind gewinnt einen Fahrradhelm!
Die Klasse 4 a der GS Tholey-Hasborn hat beim Malwettbewerb der Verkehrssicherheitsaktion des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr einen der vorderen Plätze erreicht.
Am 18.11.2014 erhielten alle Kinder als Gewinn einen tollen Fahrradhelm in ihrer Wunschfarbe überreicht.
„Bleib cool – Fahr mit Helm" lautete das Motto der Aktion.
Das Fahren mit Helm dürfte nun angesichts der neuen Helme doppelt so viel Spaß bereiten.
Ein Dank gilt im Besonderen Familie Schütz, die die Umsetzung dieser Aktion tatkräftig unterstützt hat.
Bettina Henkes-Maubach
(Klassenlehrerin)

Anlage 5: Fragebogen

Senioren in der Gemeinde Tholey

Fragebogen im Rahmen des Bundesmodellprojekts

„Anlaufstellen für ältere Menschen“

Mit den folgenden Fragen möchten wir Antworten auf die folgende Frage erhalten:
Was trägt dazu bei, dass Menschen auch im hohen Alter selbständig und zufrieden in ihrer gewohnten Umwelt – ihrem Quartier – leben können?

1. In welchem Jahr sind Sie geboren?

_____ (bitte Jahr eintragen)

2. Sind Sie männlich oder weiblich?

männlich ◯ weiblich ◯

3. Sind Sie berufstätig?

ja ◯ nein ◯

4. Wie ist Ihr Familienstand?

◯ verheiratet
◯ verwitwet
◯ geschieden
◯ verheiratet/getrenntlebend

5. Leben Sie in einem Pflegeheim?

nein ◯ ja ◯ ➔ bitte weiter mit Frage 10

6. Wie wohnen Sie?

◯ Mietwohnung
◯ gemietetes Haus
◯ eigenes Haus
◯ sonstiges, und zwar: _____

7. Seit wann wohnen Sie in diesem Haus/dieser Wohnung?

_____ (bitte Jahr eintragen)

8. Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt?

_____ (Anzahl der Personen)

9. Wer lebt mit Ihnen im Haushalt?

◯ Ehepartner/Lebenspartner
◯ Kind/Kinder
◯ Enkelkind/Enkelkinder
◯ Eltern/Elternteil
◯ Sonstige Personen, und zwar: _____

10. Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, sich zu engagieren, z.B. in einem Verein, einer Initiative oder einem Projekt. In der folgenden Liste sind einige Bereiche aufgeschrieben. Sind darunter welche, in denen Sie sich engagieren, Sie also freiwillig mitarbeiten oder mithelfen, ohne dafür bezahlt zu werden bzw. nur gegen eine Aufwandsentschädigung? (© Generali Altersstudie 2013)

- ○ Sport und Bewegung
- ○ Kultur und Musik
- ○ Freizeit und Geselligkeit
- ○ Gesundheitsbereich oder sozialer Bereich
- ○ Umwelt, Naturschutz oder Tierschutz
- ○ Politik
- ○ kirchlicher oder religiöser Bereich
- ○ Unfall oder Rettungsdienst, Freiwillige Feuerwehr
- ○ sonstiges, und zwar: _____

- ○ nein, in keinem Bereich (weiter mit Frage 12)

11. Einmal alles zusammengenommen: Wie viel Zeit wenden Sie für Ihr gesamtes freiwilliges bzw. ehrenamtliches Engagement im Durchschnitt pro Woche ungefähr auf? (© Generali Altersstudie 2013)

- ○ weniger als 2 Stunden
- ○ 2 bis unter 5 Stunden
- ○ 5 bis unter 10 Stunden
- ○ 10 bis unter 15 Stunden
- ○ 15 Stunden und mehr
- ○ unmöglich zu sagen, da nicht regelmäßig

12. Wie würden Sie derzeit Ihre Gesundheit bzw. Ihren Gesundheitszustand beschreiben?

Eher schlecht ○ ○ ○ ○ ○ ○ hervorragend

13. Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrer Gesundheit?

überhaupt nicht zufrieden ○ ○ ○ ○ ○ ○ völlig zufrieden

14. Hat sich Ihr Gesundheitszustand in den letzten 3 Jahren verändert?

- ○ deutlich besser geworden
- ○ etwas besser geworden
- ○ gleich geblieben
- ○ etwas schlechter geworden
- ○ deutlich schlechter geworden

15. Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrer wirtschaftlichen Situation?

überhaupt nicht zufrieden ○ ○ ○ ○ ○ ○ völlig zufrieden

16. Zum Thema altersgerechtes Wohnen. Wie schätzen Sie ihr Haus bzw. Ihre Wohnung ein: Ist dort alles altersgerecht, oder ist das Haus bzw. die Wohnung für ältere Menschen nur eingeschränkt geeignet, z.B. weil es dort viele Treppen oder hohe Türschwellen gibt? (© Generali Altersstudie 2013)

- ○ altersgerecht
- ○ nur eingeschränkt geeignet
- ○ unentschieden
- ○ keine Angabe

17. Kommen Sie in Ihrem Haus bzw. in Ihrer Wohnung derzeit gut klar, oder haben Sie Probleme, weil das Haus bzw. die Wohnung nicht altersgerecht ist? (© Generali Altersstudie 2013)

- ○ komme gut klar
- ○ habe Probleme

18. Wenn Sie einmal nicht mehr alleine leben können, wohin möchten Sie dann ziehen, wie möchten Sie dann am liebsten leben? (© Generali Altersstudie 2013) **(bitte nur eine Antwort)**

- ○ bei den Kindern, Enkeln
- ○ bei anderen Verwandten
- ○ in eigener Wohnung/eigenes Haus mit Pflegedienst
- ○ in einer Wohngemeinschaft mit älteren Menschen
- ○ im Seniorenwohnheim mit eigener Wohnung
- ○ im Seniorenwohnheim mit eigenem Zimmer
- ○ in einer eigenen Wohnung im Mehrgenerationenhaus
- ○ nichts davon

19. Wie häufig fahren Sie selbst Auto? (© Generali Altersstudie 2013)

- ○ täglich/fast täglich
- ○ mehrmals in der Woche
- ○ etwa einmal in der Woche
- ○ seltener
- ○ nie
- ○ schwer zu sagen,

20. Nutzen Sie öffentliche Verkehrsmittel?

ja ○ nein ○

21. Wenn Sie an Ihre Wohnung und Ihr Wohnumfeld denken, welche der folgenden Aussagen treffen für Sie zu? (© Deutscher Alterssurvey 2011)

Mit der Wohnung, in der ich lebe, verbinden mich viele Erinnerungen.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

In meiner Wohnung sollten barrierefreie Anpassungen vorgenommen werden.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

Nach Anbruch der Dunkelheit fühle ich auf der Straße unsicher.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

Es sind genügend Einkaufsmöglichkeiten vorhanden.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

In dieser Gegend fehlt es an Ärzten und Apotheken.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

Ich fühle mich der Wohngegend verbunden.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

Meine Wohngegend ist gut an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

Meine Wohngegend entspricht meinen eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

In meiner Wohngegend verbringe ich gerne meine Freizeit.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

In meiner Wohngegend wohnen Menschen, auf die ich mich in Notlagen verlassen kann.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

Meine Wohngegend bietet für mich viele Möglichkeiten zum Spazierengehen.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

Meine Wohngegend bietet für mich viele Möglichkeiten zum Sporttreiben.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

22. Durch wen werden Ihrer Meinung nach die Interessen älterer Menschen gegenüber Politik und Verwaltung am besten vertreten? Bitte tragen Sie die 5 wichtigsten Interessenvertreter mit den Ziffern 1 bis 5 ein (1 = für mich wichtigster Interessenvertreter bis 5 = für mich 5. wichtigster Interessenvertreter)

	Bitte Ziffern 1 bis 5 eintragen
Örtlicher Seniorenverein oder Altenclub	
Seniorenbüro auf Kreisebene	
Pflegestützpunkt auf Kreisebene	
Dienstleistungsagenturen (DLA) „Menschen für Menschen" in der Gemeinde Tholey	
Ehrenamtliche Seniorensicherheitsberaterin der Gemeinde	
Ehrenamtliche Seniorenbeauftragte der Gemeinde	
Ehrenamtliche Behindertenbeauftragte der Gemeinde	
einen noch zu gründenden Seniorenbeirat auf Gemeindeebene	
einen noch zu gründenden Seniorenbeirat auf Kreisebene	
Landesseniorenrat auf Landesebene	
Örtliche Kommunalpolitiker (Ratsmitglieder, Ortsvorsteher, Bürgermeister), die direkt angesprochen werden	
Sonstige Personen oder Stellen, und zwar: (bitte eintragen)	

23. In welchem Ausmaß treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu?
(© Oswald, Kaspar, Frenzel-Erkert & Konopik 2013)

Ich bekomme mit, was in der Nachbarschaft geschieht.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

Ich rede mit den Nachbarn über das, was in der Nachbarschaft geschieht.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

Ich bekomme ein Stück weit mit, was in der Nachbarschaft geschieht.

Trifft genau zu ○ ○ ○ ○ trifft gar nicht zu

24. Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrem Leben?

überhaupt nicht zufrieden ○ ○ ○ ○ ○ ○ völlig zufrieden

25. Zuletzt möchten wir von Ihnen wissen, ob Sie die folgenden Angebote oder Dienstleistungen im Landkreis St. Wendel bzw. in der Gemeinde Tholey kennen und ob Sie auch nutzen? Bitte kreuzen Sie jeweils an, ob Sie die Angebote kenne und nutzen

	Ich kenne dieses Angebot	Ich nutze dieses Angebot
Ambulante Pflege (z.B. Pflegedienst Scholl, Pflegedienst Schaumberg, sonstige		
Pflegestützpunkt im Landkreis St. Wendel		
Behindertenbeauftragte der Gemeinde Tholey		
Seniorenhaus Theley		
Seniorenwohnheim Tholey, Caritas Seniorenhaus Hasborn, sonstige Einrichtungen		
Seniorenbüro des Landkreises St. Wendel		
Dienstleistungsagentur für Senioren (DLA)		
Besuchs- und Begleitdienst (z.B. Malteser, Rotes Kreuz)		
Bohnentaler Muske(l)tiere		
Besuchsdienst der Caritas „En bissje sproche“		
Betreuungsgruppe der Caritas „Dich kenne ich doch“		
Ergotherapie		
Logopädie		
Seniorensicherheitsberaterin der Gemeinde Tholey		
Seniorenbeauftragte der Gemeinde Tholey		
Generationenbeauftragte der Gemeinde Tholey		
Sonstige, und zwar:		

Welche Angebote oder Dienstleistungen vermissen Sie?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

www.ism-mainz.de